

sagen, daß die von mir vorher schon zitierte Regelung beziehungsweise die von mir vorher zitierte Schlagzeile der „Kleinen Zeitung“ von heute „Inländer gleicher als EG-Bürger“ eigentlich als Indiz dafür genommen werden, daß wir mit diesem Gesetzesentwurf das Ziel erreicht haben, das wir erreichen wollten. Nicht Schikanen, nicht mehr Bürokratie, nicht kompliziertere Vorgangsweise, aber eine gewisse Kontrolle über den Verkehr mit Baugrundstücken in unserem Land. Ich muß sagen, daß ich abschließend mich sehr darüber freue, daß der Landesrat Pörtl dieses Gesetz so verhandelt hat, daß die Anfangsemotionen weggefallen sind und daß die zuständige Abteilung, die an diesem Entwurf gearbeitet hat – es hat insgesamt 13 oder 14 Entwürfe gegeben –, in einer sehr guten Form zur sachlichen und positiven Diskussion beigetragen hat. Ich würde mir das auch für andere Gesetze wünschen. (Allgemeiner Beifall. – 13.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Majcen davon gesprochen hat, daß wir erfreut sein werden über das Zustandekommen dieses Gesetzes, dann hat er, wie ich glaube, mit Recht dann einen Beistrich gemacht und gesagt, obwohl, und ich möchte einiges von diesem Obwohl gemeinsam andiskutieren, weil gerade er und der Kollege Ebner als Mitglieder des Raumordnungsbeirates wohl auch die Empfindung haben müßten, daß eines hier nicht ganz gelungen ist, nämlich die Abstimmung zwischen Raumordnungsgesetzgebung und Grundverkehrsgesetz. Das ist aber ein Anspruch, mit dem wir in die Verhandlungen gegangen sind.

Schon die Regierung hat in ihrer Disposition zum Raumordnungsgesetz, als dieses schnell aufgelegt werden sollte, beschlossen, man möge das deshalb so schnell machen, um ja die Möglichkeit zu haben, gemeinsam mit unserer Beschlußfassung zum Grundverkehr auch die Aspekte, die natürlich dazugehören, der Raumordnung mitzuberücksichtigen. Und ich muß feststellen, daß das weder in der ersten Vorlage, die dann ja nunmehr heute in eine gemeinsam, einigermaßen akkordierte Abänderung gemündet hat, noch zur Gänze in dieser Abänderung voll befriedigend berücksichtigt ist. Warum? In der ersten Vorlage war dem Grunde nach, und das ist von der Intension der damit befaßten Beamten wohl auch verständlich, immer wieder der Grundverkehrskommission ein eindeutiger Vorrang gegenüber den raumordnungsgesetzgebenden Stellen gegeben worden.

Das heißt, die tatsächliche Nutzung einer landwirtschaftlichen oder sonstigen freien Fläche war maßgeblich erachtet worden, und nicht die rechtswirksamen, von den Gemeinden auf demokratischem Wege beschlossenen, von der Landesregierung genehmigten Festlegungen in den Flächenwidmungsplänen. Ich bin sehr froh, daß wenigstens in einem maßgeblichen Punkt hier noch nachjustiert werden konnte, obwohl ich mich, und das sage ich hier, leider ohne den Angesprochenen vorzufinden, sehr wundern muß, daß von unserer Seite diese Einforderung der Raumordnungskompetenz auch in diesem Bereich ein-

gebracht werden mußte und der Herr Landesrat Schmid augenscheinlich keine Veranlassung gesehen hätte, hier seiner Pflicht als oberster Raumplaner auch tatsächlich ausreichend nachzukommen. Umso mehr bin ich froh, daß wir jetzt gemeinsam einiges in dieser Richtung nachjustiert haben. Ich sage aber bewußt „einiges“.

Es ist nunmehr so festgelegt, daß alle Flächen, die als Bauland ausgewiesen sind, außerhalb der Grundverkehrskommission disponiert werden können, und ich halte das für wichtig. Ich halte diese Umkehrung für wichtig, und wir haben uns auch dazu gefunden, daß das natürlich für Dorfgebiete nicht gelten soll – das ist auch keine Frage. Ich bin nicht glücklich, und die Kollegen aus dem Raumordnungsbeirat werden mir, wie ich fürchte, in Bälde zustimmen, weil wir das sehen werden, daß sich das nicht gut auswirkt, daß nunmehr auch die Aufschließungsgebiete bei den allerletzten Parteienverhandlungen in jene Ausnahmeregelung hineinreklamiert wurden.

Herr Kollege Ebner, ich glaube, daß wir hier den vorausschauenden Raumordnungsgedanken etwas außer Acht lassen. Wo denn dann, wenn nicht in den Bauerwartungsgebieten, wo denn dann, wenn nicht im Aufschließungsgebiet, sind vorausblickende raumordnerische Maßnahmen und Dispositionen zu treffen, die dann möglicherweise von der Grundverkehrskommission konterkariert werden können. Da habe ich so meine Sorgen. Ich denke daran, daß es mir immer noch lieber wäre, wenn vorausschauende Planung der Gemeinden über ihr Gemeindegebiet, ich denke hier an alle im Gesetz vorgesehenen öffentlichen Interessen für Straßenplanungen und, und, in der Flächenausweisung auch tatsächlich bei den Gemeinden verbleiben und nicht so, wie es jetzt ist, im Aufschließungsgebiet auch der Möglichkeit des Einspruches der Grundverkehrskommission unterliegen. Ich halte dafür, daß wir hier dem Raumordnungsgedanken keinen guten Dienst erweisen, wenn wir diese Einschränkungen belassen, sage aber dazu, daß wir froh darüber sind, daß wenigstens das übrige Bauland aus dieser Einflußnahme herausgenommen würde. Mit dieser Einschränkung ist das daraus geworden, was aus den Verhandlungen gerade noch als Positives herauszulesen ist, wobei ich noch einmal betonen muß, im Sinne einer vorausschauenden Raumplanung, im Sinne jener Kompetenz, die der Herr Landesrat Schmid eigentlich wahrzunehmen gehabt hätte, wäre es mir lieber gewesen, wenn auch die Aufschließungsgebiete herausgefallen wären. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 13.53 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch (13.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Nach dieser Wortmeldung, glaube ich, kann man auch ganz offen sagen, daß man sich in dieser Gesetzesmaterie in den Parteienverhandlungen bemüht hat, für das erste den beängstigenden Ausverkauf, den die Bevölkerung immer wieder diskutiert hat, zu regeln und zu klären, und daß es auch gelungen ist, keine weitere Einschränkung des Eigentums vorzunehmen. Wenn hier doch eine Drei-Parteien-

Einigung zustande gekommen ist und unser Gesetz nun sehr EWR- und auch EG-konform behandelt wurde und wir heute auch wissen, daß die Ländervorstellungen in Österreich sehr unterschiedlich sind, daß man sich seitens der EG-Verhandler um eine bundeseinheitliche Vorstellung bemüht, und wenn man hört, daß hier die steirischen Überlegungen in ihrem Konsens, der hier gefunden wurde, sehr vorzüglich sind, dann, glaube ich, kann man mit Befriedigung dieses Gesetz zur Kenntnis nehmen. Ich darf den Abänderungsantrag vorlesen:

Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Sepp Kaufmann, Trampusch, Monika Kaufmann, Dr. Ebner und Peinhaupt, betreffend die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 422/1, betreffend ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz neu geregelt wird, sowie den diesbezüglichen Abänderungsantrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft vom 21. September 1993.

Erstens: Paragraph 2 Absatz 2 hat zu lauten: „Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke sind Grundstücke, die in einem rechtswirksamen Flächenwidmungsplan nach dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz als Freiland einschließlich der Freilandsondernutzungen, als Aufschließungsgebiet oder als Dorfgebiet ausgewiesen sind, sofern sie im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes in einer für die Land- und Forstwirtschaft typischen Weise genutzt werden. Die Bezeichnung eines Grundstückes in Grundsteuer- oder Grenzkataster allein ist für dessen Beurteilung als land- und forstwirtschaftliches Grundstück nicht maßgebend.“

Zweitens: Paragraph 6 Absatz 1 Ziffer 1 hat zu entfallen. Die bisherigen Ziffern 2 bis 7 werden zu Ziffern 1 bis 6.

Drittens: Paragraph 13 Absatz 2 Ziffer 2 hat zu lauten: „Zweitens: ganz oder teilweise land- und forstwirtschaftlich genutzt werden und den Bestimmungen des I. Abschnittes unterliegen.“

Das wäre der Abänderungsantrag, den ich einbringe, und ich bitte um Kenntnisnahme. (Beifall bei der ÖVP. – 13.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (13.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man sieht schon am Abänderungsantrag, den der Kollege Grillitsch eingebracht hat, auch symptomatisch, wer diesen Abänderungsantrag einbringt, nämlich alle drei Parteien gemeinsam, aber man muß sich auch anschauen, wer diesen Abänderungsantrag unterschrieben hat, nämlich sowohl bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ hat jeweils derjenige unterschrieben, der für die Raumordnung zuständig ist, aber auch derjenige unterschrieben, der für die bäuerlichen Interessen zuständig ist. Dieser Konflikt beziehungsweise auch Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Raumordnung zieht sich durch das gesamte Grundverkehrsgesetz. Einen Problempunkt hat der Kollege Grabner hier deutlich angesprochen. Es geht einerseits um den

grünen Grundverkehr, der die landwirtschaftlichen Grundstücke betrifft, aber andererseits auch um den Baugrundstücksverkehr, der die Beschränkung von Zweitwohnsitzen betrifft.

Kollege Grabner hat angesprochen, daß ursprünglich der Vorrang für den grünen Grundverkehr gewesen war. Ich sehe das ein bißchen anders. Kollege Grabner, du wirst mir verzeihen, aber du weißt, gerade wir sind die Raumordnungsgurus, wenn ich ein bißchen übertreiben darf, aber es war eher so, daß grüner Grundverkehr und Raumordnung nebeneinander bestanden haben. Wie es in anderen Dingen auch oft so ist, braucht man sowohl die eine Bewilligung als auch die andere Bewilligung. Wir haben jetzt mit dem Abänderungsantrag, der gemeinsam von allen dreien eingebracht wurde, eigentlich den Primat der Raumordnung hier fixiert. Ich verstehe schon, dieses Herz schlägt auch in meiner Brust, daß man nicht immer 100prozentig zufrieden sein kann, aber es ist doch so, und das war wesentlich hier durchzubringen, daß vollwertig aufgeschlossenes Bauland, also Bauland, das im zentralen Bereich einer Gemeinde liegt, auch dann, wenn es landwirtschaftlich genutzt wird, nicht dem grünen Grundverkehr unterliegt, sondern hier ist eindeutig der Primat des Flächenwidmungsplanes gegeben.

Auf der anderen Seite unterliegen, wie du richtig gesagt hast, Aufschließungsgebiete nach wie vor dem grünen Grundverkehr. Hier sind aber auch zwei Aspekte mit zu beachten. Wir haben in der Steiermark eine sehr große Zersiedelung. Wir bemühen uns alle, diese Zersiedelung in den Griff zu bekommen, und die Aufschließungsgebiete betreffen im Regelfall Gebiete, die dezentral gelegen sind. Wir werden sehen, wie es sich in der Praxis bewährt, aber in vielen Dingen schadet es nicht, wenn hier in so dezentralen Ausweisungen durch den grünen Grundverkehr noch eine weitere Bremse eingebaut wird, um die Zersiedelung in der Steiermark nicht weiter voranschreiten zu lassen. Wir bemühen uns gerade im Raumordnungsbeirat sehr, daß die Zersiedelung nicht weiter voranschreitet, und, wie ich glaube, mit Erfolg, auch wenn man es in diesen Dingen natürlich nicht allen recht machen kann. Aber der wesentliche Teil dieses Gesetzes ist doch der Teil mit dem Baugrundstücksverkehr, sprich Zweitwohnsitz, und zwar deshalb, weil es eine neue Materie ist.

Der grüne Grundverkehr ist ja nichts wesentlich Neues. Das hat es schon immer gegeben. Hier haben wir Änderungen eingeführt. Wie schon meine Vordröner gesagt haben, geht es eben um den EWR-Beitritt, daß wir verpflichtet sind, Inländer mit EWR-Bürgern gleichzustellen, und die EWR-Bürger können sich jetzt in der Steiermark nach dem EG-Recht frei und überall niederlassen. Wir haben gemeint, daß wir nach dem dänischen Modell hier doch eine Kontrolle einsetzen lassen müssen, da wir eben in der Steiermark etliche Gemeinden haben, die bereits über 15 Prozent an Zweitwohnsitzen aufweisen. Und die Probleme, die dadurch insbesondere für kleinere Gemeinden auftauchen, sind nicht gering zu schätzen. So lächerlich das vielleicht für manche scheinen mag, aber bei zu vielen Zweitwohnsitzen bringt die mangelnde Beteiligung an der sogenannten Dorfgemeinschaft auch Probleme. Es gibt Gemeinden, die

haben ernstliche Probleme, überhaupt eine Feuerwehr auf die Beine zu stellen, weil die Zweitwohnsitzinhaber an der dörflichen Gemeinschaft einfach viel zu wenig teilhaben. Das geht dann bis hin zu kleineren Vereinen, sprich, unter dem Strich leidet das Dorfleben oft sehr stark darunter.

Und der zweite Punkt, den man auch in der Raumordnung oft bemerken muß, es gibt oft für Kinder von Ortsansässigen zu wenig Grund für Hauptwohnsitze, und das ist ein weiteres Ziel dieser Bestimmungen. Das heißt, Land soll zuvorderst für Hauptwohnsitze zur Verfügung gestellt werden, und der Grund von Boden ist eben einmal nicht willkürlich vermehrbar. Es gibt jetzt kaum Unterschiede, ob jemand ein Österreicher ist oder ein EWR-Bürger. Das muß man also insbesondere in Richtung EG, die ja sehr darauf achtet, daß es hier keine Diskriminierung der EWR-Bürger gibt, immer laut sagen, es gibt keinen Unterschied zwischen Inländern und EWR-Bürgern.

Dennoch muß man sagen, da eben der Hauptwohnsitz in Österreich notwendige Voraussetzung ist, um einen Zweitwohnsitz zu gründen, ist es natürlich indirekt eine Bevorzugung der Inländer, weil jeder Inländer hat irgendwo in Österreich einen Hauptwohnsitz, und dann kann er eben einen Zweitwohnsitz auch in Österreich gründen. Das heißt, es besteht jedenfalls die Möglichkeit, und zwar einen Hauptwohnsitz in Österreich oder, und das wird oft falsch interpretiert, weil es in den ersten Entwürfen anders drinnen ist, fünf Jahre früher einmal in Österreich gehabt. Man kann durchaus sagen, das ist auch die Bestimmung für die Auslandsösterreicher: geboren und aufgewachsen in Österreich und dann ins Ausland übersiedelt. Warum soll man einem Auslandsösterreicher verwehren, in Österreich einen Zweitwohnsitz zu gründen? Die sind also auch Österreichern gleichgestellt.

Wir haben uns sehr bemüht, und das darf ich gerade von Freiheitlicher Seite aus sagen, hier den Eingriff in das Eigentum so gering wie möglich zu halten und nur dort einzugreifen, wo es unbedingt notwendig ist. Man kann also allen sagen, die derzeit einen Zweitwohnsitz haben und ein Jahr vor Inkrafttreten dieses Gesetzes, also seit 1. Jänner 1993, einen Zweitwohnsitz haben, daß sie diesem Baugrundstücksverkehr nicht unterliegen. Sie können also den Zweitwohnsitz frei weitergeben, und er bleibt Zweitwohnsitz oder wird zum Hauptwohnsitz und wieder Zweitwohnsitz, wie es ihnen beliebt. Diese unterliegen nicht dem Baugrundstücksverkehr. Ebenso, wie Kollege Majcen, glaube ich, schon gesagt hat, die gesetzlichen Erben unterliegen nicht dem Baugrundstücksverkehr. Das heißt, dem Baugrundstücksverkehr unterliegen Neugründungen von Zweitwohnsitzen in den sogenannten Vorbehaltsgemeinden, in diesen 95 Gemeinden, und dort benötige ich zur Gründung eines Zweitwohnsitzes eben eine Bewilligung der Grundverkehrskommission.

Wir haben aber auch im Interesse der Gemeinden hier noch gehandelt und eine Änderung eingebracht, und zwar eine Stärkung der Gemeinden in den Grundverkehrskommissionen. Es ist jetzt neu, daß die Gemeinden, die früher einen Vertreter in den Grundverkehrskommissionen gehabt haben, nunmehr zwei Vertreter in den Grundverkehrskommissionen drinnen

haben. Und auch hier sieht man das Spannungsverhältnis zwischen bäuerlichen Interessen und Raumordnungsinteressen. Wir würden uns wünschen, und so lautet auch der Gesetzestext, einen, der die bäuerlichen Interessen zu vertreten imstande ist und einen, der die Raumordnungsinteressen zu vertreten imstande ist. Die Gemeinden wurden jetzt aufgewertet, und von der Gemeinde, in der das jeweilige Grundstück liegt, sind jetzt zwei Vertreter in der Grundverkehrskommission. Ich glaube, das ist eine echte Stärkung der Gemeindeautonomie und eine Stärkung des Mitspracherechtes der Gemeinden.

Wir haben weiterhin den unabhängigen Richter als Vorsitzenden der Grundverkehrskommission, und wie ich höre gibt es Richter, die sehr engagiert dort arbeiten, ohne eine wesentliche Entschädigung für diese Arbeiten zu bekommen. Ich glaube, hier sollte man von dieser Stelle aus einmal einen Dank an die Richter senden, die sich dieser Aufgabe unterziehen, die ja nicht immer sehr einfach ist und eben finanzielle Anreize ja nur im geringsten Ausmaß vorhanden sind und die das mit sehr viel Engagement machen.

Aber doch zu den Verhandlungen selbst: Ich kann insgesamt sagen, daß diese Verhandlungen, wie schon gesagt worden ist, sehr emotionell begonnen haben. Ich kann aber sagen, daß die Argumente dann doch überwogen haben. Die Argumente sowohl in die eine Richtung als auch in die andere Richtung. Man darf aber nicht übersehen, daß am Anfang dieser Verhandlungen die Standpunkte in vielen Bereichen auch bei der Zusammensetzung der Kommissionen sehr weit auseinandergelegen sind und man sich dann doch gefunden hat. Ich darf aber von dieser Stelle auch danken für die Unterstützung, die wir bei den Verhandlungen von Beamtenseite bekommen haben, die nicht immer so gut funktioniert hat, insbesondere Hofrat Dr. Ressi und Dr. Günther von der Rechtsabteilung 8 und Dr. Temmel vom Verfassungsdienst. Man darf ja nicht übersehen, daß wir über den Sommer unsere Verhandlungen nicht abgebrochen haben, sondern über den Sommer unsere Verhandlungen sehr intensiv weitergeführt haben.

Etwas Neues ist bei diesem Gesetz auch noch. Und das sollte man sich überlegen, ob man es nicht weiterhin beibehält. Üblicherweise sind Erläuterungen bei einem Gesetz nur bei einer Regierungsvorlage dabei. Wir haben es hier mit einem Initiativantrag zu tun, auch wenn es von Regierungsseite ausgearbeitet wurde und die Verhandlungen so geführt wurden. Aber es sind auch Erläuterungen dabei, und das halte ich für ganz wesentlich. Diese Erläuterungen, insbesondere bei einem neuen Gesetz, sind gut geworden, und es sind die Argumente der Verhandlungen auch in die Erläuterungen eingeflossen. Ich muß also sagen, wir haben es hier meiner Meinung nach mit einem guten Gesetz zu tun. Es ist aber, was den Baugrundstücksverkehr betrifft, ein neues Gesetz. Wir werden dieses Gesetz hier heute einmal so mit dieser Abänderung beschließen, und es muß sich dann ohnehin einmal in der Praxis, bewähren. Es kann niemand in die Zukunft schauen, wie es sich in der Praxis bewähren wird. Ich glaube, wir haben alle mit bestem Wissen und Gewissen an diesem Gesetz gearbeitet. Wir können recht zufrieden sein mit dem, was hier herausgekommen ist. Zeigen wird das die Praxis, und

ich würde mir wünschen, wenn wir Mitte nächsten Jahres vom Herrn Landesrat Pörtl einen Erfahrungsbericht hier auch im Haus erhalten würden oder zumindest im Ausschuß haben. Der Erfahrungsbericht, wie hat sich denn eigentlich die Sache mit dem Baugrundstücksverkehr bewährt, und daß wir uns das dann einfach einmal anschauen, ob wir hier Adaptierungen vornehmen müssen. Derzeit haben wir, glaube ich, ein gutes Gesetz und aus einem Guß geschaffen. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 14.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (14.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon sehr viel gesagt worden, daher kann ich es relativ kurz machen und werde es auch tun. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß wir auf der einen Seite ein Glück gehabt haben, daß die Schweizer mit ihrem Veto zum EWR uns diese Luft verschafft haben, daß wir uns eigentlich sehr lange, Herr Landesrat Pörtl, Zeit lassen konnten, damit wir dieses Grundverkehrsrecht zustande gebracht haben. Ich bekenne mich dazu, daß das Werk, das vorliegt, von allen Parteien getragen wurde. Es ist nur nicht so, daß das erst in den letzten Jahren so akut wurde; schon den Vorgänger, Landesrat Schaller, hat der Städtebund im 90er Jahr bereits aufgefordert, etwas zu tun.

Meine Damen und Herren, es war schon berechtigt, warum wir bereits im Sommer 1992 darauf gedrängt und gesagt haben, hier muß etwas passieren; eine Beschleunigung, daß wir ein Grundverkehrsrecht bekommen. Denn es war schon richtig, daß wir Übergangsregelungen bekommen hätten für den EWR, aber diese hätten bedeutet, daß nur bestehende Gesetze in die Übergangsregelung gekommen wären, und unser vorheriges Grundverkehrsrecht war nicht dazu angetan, dieser Angst der Bevölkerung, dem drohenden Ausverkauf von Grund und Boden dementsprechend zu entgegen. Daher waren wir der Meinung, weil viele Beispiele dafür sprechen, daß es rasch an der Zeit ist, und – wie bereits gesagt – durch Umstände, wo wir fast dankbar sein müßten, ist es möglich geworden. Wir wollen auch nicht vergessen, daß durch die Angst der Bevölkerung und von vielen EWR- und EG-Gegnern die Argumente Ausverkauf von Grund und Boden immer in den Vordergrund gestellt wurden.

Meiner Meinung nach ist nach wie vor, und ich bedaure, das ist das einzige, was dementsprechend bei den Parteienverhandlungen auch nicht erfüllt wurde, daß es eine gemeinsame Besprechung oder Arbeitstagung mit den Kollegen vom Raumordnungsbeirat gegeben hat, weil hier eine Verknüpfung unbedingt notwendig ist. Vielleicht kann man einige Dinge, die sich aus der Kapitalfreiheit dann ergeben könnten, im Raumordnungsgesetz noch regeln, sollte das Grundverkehrsrecht, von dem ich überzeugt bin und hoffe, daß es hält, nicht genügen. Wenn wir in der Steiermark einen Zweitwohnsitzanteil von rund 16 Prozent haben und Regionen, zum Beispiel die Dachstein-Tauern-Region, 25 Prozent, Schladming mit 4273 Personen – das sind die letzten ausgewiesenen Zahlen – mit Hauptwohnsitz, 1078 mit Zweitwohnsitz, die

Gemeinde Bad Aussee – Herr Klubobmann Vesko, Sie kennen diese Zahlen wahrscheinlich auch – deutlich über 30 Prozent an Zweitwohnungsbesitzern sind, Bad Mitterndorf 90 Prozent an Eigentümern.

Da kann man sehr wohl erkennen, daß für die Gemeinden auch die Probleme entstehen im Zweitwohnsitzbereich. Die Infrastruktur muß zur Verfügung gestellt werden, und die Einnahmen sind nicht gegeben. Wir haben daher auch vorgeschlagen, daß man für dieses Gesetz einen sogenannten Zweitwohnsitzkataster erstellt, um leichter zu registrieren, und daß manchmal für die Gemeinden die Abgaben, die eigentlich nach dem Gesetz gegeben werden, leichter zu Einnahmen führen könnten.

Ich glaube und bin überzeugt, daß wir sicherlich ein Gesetz haben, das jetzt EWR-, EG-konform ist. Ich hoffe nur, daß die Befürchtungen, die eingetreten sind und die teilweise noch nicht ausgeräumt wurden, weil einiges noch in der Form im Kompromiß vorhanden war, nicht so sehr zum Tragen kommen, aber wir haben dann noch die Möglichkeit, soweit uns die EG nicht einen Schranken einbringt, daß wir noch etwas ändern können. Ich hoffe, und von unserer Fraktion wird das auch angenommen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.15 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke für die kurze Wortmeldung. Ich habe heute zu Mittag im Radio gehört, daß sich anscheinend die Abgeordneten zu Herzen genommen haben, daß eine Tageszeitung veröffentlicht hat, wie viele Minuten die Damen und Herren Abgeordneten hier reden. Ich möchte öffentlich feststellen, es kommt nicht darauf an, wie lange jemand redet, sondern wie exakt und wie gut. (Allgemeiner Beifall.)

Nächster am Wort ist der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (14.16 Uhr): Herr Präsident, ich habe die indirekte Warnung verstanden.

Wenn ihr mich so viel fragt und angeht, muß ich ein wenig ausholen. Es nutzt nichts. Ich mache das sehr gerne und möchte fast ein bißchen überheblich sagen, wir haben jetzt fast ein zweites Mustergesetz. Wir haben derzeit die Situation in Österreich, daß sehr turbulent dieser Grundverkehr abgehandelt wird, und wir haben am Anfang, und da stimme ich wirklich mit dem Kollegen Gennaro überein, eine sehr hektische Situation gehabt, bis hin, daß wir einen Initiativantrag machen mußten. Wir haben – ich möchte das nur festhalten – als einziges Land damals einen Entwurf fertig gehabt, auf dessen Basis wir beraten haben, und daher glaube ich, daß diese Basis und dieser komplizierte Vorgang – mit dem Schlagwort: Wasch mich und mach mich nicht naß –, so hat es in Wahrheit im Land ausgedacht.

Wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die Bewohner die Zweitwohnung nicht diskriminiert haben wollen, zugleich Bewohner unseres Landes sich massiv bedrängt fühlen in jenen Gebieten, wo einfach die Zweitwohnungen die Chance für eine eigene Wohnung rauben. Die Bauern, ganz dasselbe. Ich habe einmal in einem Interview gesagt: Wenn es zur Kapitalanlage europaweit kommt, dann wäre das die Gefahr des Ausverkaufes. Mit der Selbstbewirtschaft-

tung ist in Wahrheit diese Bedrohung sicherlich, vor allem praktisch, weggenommen. Ich bin also der Überzeugung, daß das ein tragbarer Kompromiß ist, auch was die letzten Wortmeldungen über diese heutige Abänderung betrifft. Ich bin der Überzeugung, daß nach meinem Gefühl, ich brauche den Dr. Ebner da nicht verteidigen, Raumordnung und Grundverkehr mit dieser Regelung gut gelöst sind.

Auch bisher hätte, auf Grund der Meinung unserer Abteilung, ohne diese Abänderung nichts passieren können. Aber wir stehen im Grunde zu diesem Kompromiß. Ich möchte daher noch einmal sehr herzlich danken und möchte das doppelt und dreifach unterstreichen. Ich muß Herrn Hofrat Ressi hier besonders erwähnen. Nach meiner Sprache: Ein ganz zäher Spitzenjurist, der das alles hat aushalten müssen, wie wir da umgefuhrt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Mit seinem Kollegen Dr. Günther und vor allem auch mit dem Verfassungsdienst wurden so manche Dinge erleichtert, so daß wir gemeinsam über die Runden gekommen sind. Ich will mich nicht an euch werfen, aber wenn nicht die Verhandlungsführer, Kollege Trampusch und Dr. Ebner, sozusagen in dem gemeinsamen Konzert um die Sache nicht alle gemeinsam gerungen hätten, hätten wir dieses Ergebnis im wahrsten Sinne des Wortes nicht erreicht.

Ich möchte nur abschließend festhalten: Es gibt natürlich fundamentale Interessen um Grund und Boden, wo es um wahnsinnig viel Geld geht, und das ist die unvermehrte Basis auch für die reichsten der Reichen. Das war einer der Hauptgründe, dort einen Riegel vorzuschieben. Ich möchte noch einmal herzlich danken. Es ist uns gelungen, daß wir Neues eingebaut haben, Notwendiges, aber auch Bewährtes erhalten haben, was die Landesgrundverkehrskommission betrifft. Es ist, glaube ich, nicht notwendig, daß man alles verändert, wenn das Bisherige gut funktioniert hat. Ich bin gerne bereit, nach einem Zeitraum der Praxis einen Bericht im Ausschuß beziehungsweise wenn es sein muß auch im Landtag zu präsentieren.

Meine Damen und Herren, mit dieser Wortmeldung komme ich nicht in das Buch der Rekorde, was die Länge betrifft, aber ich möchte mich sehr herzlich bedanken und muß damit einbinden, auch andere entscheidende Gesetze brauchen eine solche Behandlung. Ich möchte nur bitten, daß uns da vor allem Zeit, Energie und Vernunft im ausreichenden Maß zur Verfügung steht, daß wir diese offenen Fragen sehr sachlich abwickeln können. Kollege Vesko lacht. Ich habe das sehr ernst gemeint. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 14.21 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke für die kurze Wortmeldung.

Dieses Gesetz enthält eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit Paragraph 20 Landes-Verfassungsgesetz 1960 hin, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Sepp Kaufmann,

Dr. Ebner, Peinhaupt, Trampusch und Monika Kaufmann, betreffend Steiermärkisches Grundverkehrsgesetz.

Abänderungsanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Sepp Kaufmann, Dr. Ebner, Peinhaupt, Trampusch und Monika Kaufmann, betreffend Steiermärkisches Grundverkehrsgesetz, und zweitens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 422/3, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz neu geregelt wird.

Ich komme jetzt zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Sepp Kaufmann, Dr. Ebner, Peinhaupt, Trampusch und Monika Kaufmann, betreffend Steiermärkisches Grundverkehrsgesetz, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 422/3, Beilage Nr. 64, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 632/1, der Abgeordneten Dörflinger, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger und Ussar, betreffend Landesausstellungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (14.22 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 21. September 1993; Einl.-Zahl 632/1, betreffend Landesausstellungen beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens generell dafür Sorge zu tragen, daß Landesausstellungen in Zukunft nicht mehr ein Kurzzeitereignis sind, sondern daß sie langfristige Auswirkungen auf den Veranstaltungsort beziehungsweise die Veranstaltungsorte haben (Museen, Industrie- und Gewerbebetriebe, touristische Attraktionen und so weiter);

zweitens aus den für die Landesausstellung in Murau budgetierten Mitteln eine Machbarkeitsstudie zu finanzieren, ob die Produktion eines Fertighauses aus Holz (biologisches und ökologisches Wohnen) in Form eines Murauer Holzhauses sinnvoll ist;

drittens im Falle eines positiven Ergebnisses der Machbarkeitsstudie einen Architektenwettbewerb, der teilweise aus Mitteln für die Landesausstellung, teilweise aus Wirtschaftsförderungsmitteln finanziert werden sollte, zur Kreation des Typus Murauer Holzhaus durchzuführen;

viertens dafür zu sorgen, daß vor oder zumindest mit der Landesausstellung 1995 im Murau ein oder mehrere Unternehmen angesiedelt wird/werden, das/die Fertighäuser aus Holz (unter Zurverfügungstellung der Rechte für das Murauer Holzhaus als Förderungsmaßnahme), Holzspielgeräte für Kinderspielplätze und/oder Holzspielzeug erzeugt/erzeugen.

Soweit der Antrag. Ich bitte um Zustimmung. (14.25 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke für den Bericht. Herr Mag. Erlitz ist auch gleich der erste Redner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (14.25 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Anknüpfend an den ersten Punkt des vorliegenden Antrages, der sich auf die generelle Abwicklung und Ausrichtung von Landesausstellungen bezieht, möchte ich noch ein paar kurze persönliche Bemerkungen hinzufügen.

Grundsätzlich meine ich, daß es nicht nur legitim ist, sondern wohl auch notwendig ist, zu diesem jetzigen Zeitpunkt, in dem - soweit mir bekannt ist - noch zwei Landesausstellungen in dem zur Zeit gültigen Vergabepaket aufscheinen, über neue Inhalte, Neustrukturierungen, Zielsetzungen und Effizienzverbesserungen nachzudenken und zu diskutieren. Denn auf der Suche nach Möglichkeiten, die Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu bewältigen, ist die Kulturpolitik sicherlich in eine Schlüsselrolle gewachsen.

Die Entwicklung zu einer arbeitsteiligen Freizeitgesellschaft ist nicht Vision, sondern bereits fortgeschrittene Realität. Und das, was der Begriff Wertewandel so schlagartig umreißt, beschreibt sicher eine tiefgreifende Veränderung in der Prioritätenskala der menschlichen Bedürfnisse. Und die Tatsache, daß Kunst und Kultur auf die vorderen Plätze dieser Skala gerückt sind, hat für sämtliche kulturtragenden Institutionen zur Folge, daß sie sich einem quantitativ wie qualitativ gestiegenen Anspruchsniveau gegenübersehen. Und der hieraus erwachsene Handlungszwang gilt für Gemeinden ebenso wie für das Land gleichermaßen. Und die Frage, ob und in welchem Umfang man diesem Handlungszwang nachgeben soll, stellt sich hier nicht. Diskussionswürdig sind lediglich der Weg und die Mittel, mit denen auf die veränderte Situation reagiert wird.

Und obwohl es keine streng vorgegebene Aufgabenstruktur einer eigenen Kulturarbeit des Landes gibt, von Förderungsmaßnahmen jetzt abgesehen, scheint mir doch die Notwendigkeit und auch die Zustimmung eines weiteren engagierten und durchaus offensiven Vorgehens des Landes bei der Organisation von Landesausstellungen zur Förderung des kulturellen Lebens in diesem Lande durchaus gegeben zu sein.

Wohl ist aber eine inhaltliche Nachjustierung beziehungsweise Adaptierung dieser Landesausstellung in der bisherigen Form und die Schaffung neuer, anspruchsvoller Programmangebote für die veranstaltenden Kommunen und Regionen erforderlich.

Ich meine, daß nicht der Erstellung einer Liste sich anbietender Gemeinden zur Durchführung von Landesausstellungen Priorität eingeräumt werden sollte, sondern dem Themenkatalog von einem überparteilichen Landesgremium, vielleicht von dem Landeskulturrat, der mir ohnehin unterbeschäftigt zu sein scheint, erstellt werden könnte.

Ich meine, daß hier vor allem Themen aufgearbeitet und behandelt werden sollten, die eine hohe gesellschaftliche Brisanz und Relevanz aufweisen, die von allgemeinem Interesse sind, die zukunftsorientiert sind. Ich denke da zum Beispiel an klassische Konfliktfelder, wie Ökonomie und Ökologie oder Wachstums- und Vollbeschäftigung, oder ich denke auch an das sehr reizvolle komplexe Thema Verkehr, wie es die Knittelfelder anstreben, in Form einer Landesausstellung umzusetzen, um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen. Diese Themen könnten durchaus aus dem historischen Blickwinkel heraus, beginnend nach dem letzten Stand der Museumspädagogik, aufbereitet und präsentiert werden.

Entscheidend ist für mich aber immer dabei, daß bei der Bearbeitung und bei der Aufarbeitung dieser Themen entsprechende Perspektiven und Modelle herausgearbeitet werden, Impulse gesetzt werden für unsere gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Den Zuschlag oder die Zustimmung für die Durchführung solcher Ausstellungen sollten auch nur jene Gemeinden und jene Regionen bekommen, deren Bevölkerung auch weitestgehend bereit ist, sich mit dieser Thematik und Problematik intensiv zu befassen und diese entsprechend vor- und aufzubereiten, kurz: es sollten also jene Regionen, jene Gemeinden den Zuschlag bekommen, deren Menschen bereit sind, sich mit diesen Ausstellungsinhalten zu identifizieren.

Dann wird man auch am ehesten die Gewähr haben, daß einerseits die erwachsenen Ansprüche an Qualität und Niveau eines zunehmend sachkundig und kritisch gewordenen Publikums befriedigt werden, und andererseits ein gegenwärtig, also aus einer Sicht zumindest, eher als Kurzzeitereignis zu beschreibende kulturelle Einrichtung doch von den Ergebnissen her zu einer Langzeitwirkung gelangt.

Ein ausreichender Vorlauf, der für eine seriöse Vorbereitungsarbeit unabdingbare Forderung ist, muß der jeweils veranstaltenden Gemeinde, Region, dem Organisationsteam natürlich eingeräumt werden. Es existieren sehr viele Klagen aller Beteiligten über einen zeitlich bedingten Streß, und sehr oft erfahren wir ja selbst, daß der Asphalt bei der Eröffnungsfeier noch warm ist.

In diesem Zusammenhang darf auch auf den des öfteren schon geforderten und angesprochenen Zwei-Jahres-Rhythmus der Landesausstellungen hingewiesen werden. Will man tatsächlich der Qualität der Landesausstellungen einen Vorrang vor der hohen Ausstellungsfrequenz einräumen, dann wird ein zweijähriges Veranstaltungsintervall wohl die logische Konsequenz sein.

Diese damit verringerte Ausstellungsichte bei einer alle zwei Jahre stattfindenden Landesausstellung sollte aber von den jeweiligen kommunalen Bewerbern nicht gegen sie gerichtet mißverstanden werden. Ganz im Gegenteil: Mehr Vorbereitungszeit bedeutet auch mehr Qualität des Ereignisses, verbunden mit einer längerfristig anhaltenden Strahlkraft dieser Landesausstellung, mit der natürlich auch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Dimension verknüpft ist. Denn ich meine schon, daß Kultur und Wirtschaft, Kunst und Geld in engster Wechselwirkung verbunden sind. Kunst kann zwar ohne Geld entstehen, aber ohne das nicht fortbestehen, und umgekehrt, Geld schafft nicht Kunst, erhält sie jedoch am Leben. Für ein zukunftsorientiertes Handeln der Kulturarbeit und vor allem für innovationsbezogene Entscheidungen der Politiker unter anderem im Bereich der Landesausstellungen kommt es sicherlich sehr darauf an, die gegenseitig sich fordernde, fördernde und steigende Wechselwirkung von Kunst und Geld, von Wirtschaft und Kultur als Tatsache zu begreifen und als Chance für die kommunale und regionale Kulturarbeit zu ergreifen. Ich meine, ich brauche nicht eigens darauf hinzuweisen, es braucht wohl nicht eigens vermerkt zu werden, daß – im Falle der Realisierung einer Zwei-Jahres-Frequenz – die damit freiwerdenden Millionen – eine Landesausstellung kostet rund 40 bis 50 Millionen – 20 bis 25 Millionen, wiederum dem Kunst- und Kulturbereich zufließen. Die vielen und vielfältigen freien und regionalen Kulturinitiativen in diesem Lande, ohne die die Kulturlandschaft um ein Vielfaches ärmer und uninteressanter wäre, warten auf die ihnen längst zustehende finanzielle Förderung. Auch könnte ich mir vorstellen, daß der „steirische Herbst“ durchaus eine finanzielle Auffettung vertragen würde.

Abschließend darf ich festhalten, daß für die Stärkung von Innovations- und Kreativitätskräften und für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft auf inhaltlich qualitativ und substantiell weiterentwickelte Landesausstellungen nicht verzichtet werden darf. Nicht zuletzt deshalb, weil ich meine, daß unsere Kulturszenarie dezentralisiert werden muß. Wir müssen einer gewissen Kopflastigkeit vorbeugen. Die Steiermark besteht nicht nur aus Graz allein. Ganz zum Schluß möchte ich auch meinen, daß diese Landesausstellungen nicht zu einem Sechs-Monate-Spektakel verkümmern dürfen, und sie sollen auch nicht vordergründig und in wesentlichen Bereichen, jetzt vom finanziellen Aufwand her gesehen, quasi als Poliermittel für unansehnliche Häuserfassaden oder als Restauration für private Schlösser oder als kurzzeitiger Frequenzbringer für kommunale und regionale Gaststätten und Buschenschänken mißbraucht werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.35 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Frieß.

Abg. Frieß (14.35 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Man könnte jetzt der Meinung sein, daß manche Abgeordnetenkollegen noch nie bei den Vorbereitungen einer Landesausstellung dabei waren oder sogar

noch nie bei einer Landesausstellung waren. Landesausstellungen sind kulturelle Großereignisse in den Regionen mit einer zweifelsohne sehr starken wirtschaftlichen Komponente. Sie leisten einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region, einen Beitrag zum Aufschwung des Tourismus und einen Beitrag zur entsprechenden Förderung der Lebensqualität in diesen Regionen. Und das gehört auch entsprechend mitbedacht und ist auch immer mitbedacht worden. Ich meine aber, daß man eine Landesausstellung nicht nur in Zahlen, in Besucherzahlen und Geldwerten messen kann. Ich glaube aber auch, daß die Begleiterscheinungen immer zu nennen sind, wie etwa die Mitarbeit der Bevölkerung, der Anreiz zur Kreativität und die Zusammenarbeit vieler, vieler Menschen und Gruppen in einer Region, ohne die, lieber Herr Kollege, eine Landesausstellung auch nie zustande kommt. Das gehört wirklich in aller Deutlichkeit gesagt. Dieser Aufschwung erzeugt einen entsprechenden Optimismus im ländlichen Bereich. Die Menschen der Regionen identifizieren sich sehr wohl mit einer Landesausstellung und damit auch immer wieder neu mit ihrer Heimat. Das ist ein besonderer Effekt, der gerade und vielleicht auch nur durch eine Landesausstellung erzeugt werden kann. Ich bin überzeugt, daß der Gedanke der Landesausstellungen ein besonders guter ist und auch für die Zukunft ein guter bleiben wird, wengleich auch immer wieder Adaptionen vorgenommen werden müssen, Veränderungen, die eben im Zuge der Zeit auch entsprechend verdeutlicht werden müssen.

Landesausstellungen sind im Grunde genommen nie Impulse nur für ein Jahr, sie sind wirklich Impulse für die Zukunft einer Region. Und das haben uns die letzten Ausstellungen auch immer wieder sehr deutlich gezeigt. Die Langzeitwirkung war es eigentlich, auf die wir immer Wert gelegt haben. So ist es auch gelungen, bei den Ausstellungen zum Beispiel in Bärnbach „Glas und Kohle“ im Ausstellungsjahr in der Region Voitsberg ein Plus von 3 Prozent an Nächtigungszahlen zusammenzubekommen, aber im Folgejahr dazu ein Plus von 5 Prozent. Das heißt, daß man da wirklich sehr klar auch die Nachfolgewirkungen sehen kann.

In Stubenberg verzeichnete man auch ein erhöhtes Nächtigungsplus von 13 Prozent gegenüber den anderen Regionen in der Steiermark, Herr Kollege, ohne die wir natürlich da entsprechend agieren, und die Zahlen sind auf diese Landesausstellung oder zusätzlich auch entsprechend erarbeitet worden. Es gibt eben die entsprechenden Zahlen für die gesamte Steiermark, aber die zusätzlichen Zahlen für diese Region, wo eben die Ausstellung gemacht wird. In Stubenberg waren es für die Region Hartberg 13 Prozent, und in den Folgejahren wurde zusätzlich noch ein Plus von 3 Prozent verzeichnet. In Riegersburg gab es ja in diesem Ausstellungsjahr ein sehr hohes Plus, nachdem die Region nicht sehr bekannt war. Das waren etwa 35 Prozent, aber in der Folge darauf hat sich das auch entsprechend erhöht, zwar um einen geringen Prozentsatz, aber es war immer ein Plus festzustellen. Und seit der Weinkultur in Gamlitz, meine Damen und Herren, haben wir ein Hoch beim steirischen Wein erlebt. Und das ist in der Zukunft auch sehr, sehr klar feststellbar.

Deutliche Impulse waren natürlich auch in Judenburg, in Mürzzuschlag und in Trautenfels feststellbar. So wurden zum Beispiel auch im vorigen Jahr bei der Landesausstellung in Trautenfels etwa 60 Millionen an infrastrukturellen Maßnahmen gesetzt. Das heißt, daß wirklich die Region Liezen gewonnen hat.

Im heurigen Jahr wurden etwa 210 Millionen an infrastrukturellen Maßnahmen in die Region Birkfeld, St. Kathrein am Hauenstein und im gesamten Bereich der Waldheimat aufgebracht. Und das ist natürlich auch ein sehr, sehr hoher Faktor, wo wir wissen, daß unsere Bürgermeister jahrelang Vorarbeiten und jahrelang Konzepte machen, wo wir natürlich auch von Landesebene sehr, sehr stark dahinterstehen. Der Effekt dieser Investitionen läßt sich aber auch von Wirtschaftskundlern noch mit einem praxisnahen Multiplikator durch Nachfolgewirkungen feststellen, und der beträgt in etwa 1,5 Prozent. Die Wertschöpfung durch die Folgeaufträge schwankt zwar zwischen 30 und 60 Prozent, je nachdem, ob man die Aufträge im Bezirk beziehungsweise in der Region halten und vergeben konnte oder ob man darüber hinaus Betriebe und Vergaben in Anspruch nehmen mußte. Ein allzu deutlicher Faktor für einen Gemeindechef ist natürlich der wesentliche Beitrag und die wesentliche Erhöhung der Getränkesteuereinnahmen, und das hat immer auch einen sehr positiven Effekt, aber einen sehr deutlichen Wert auf alle Fälle.

Als Arbeitnehmervertreterin begrüße ich natürlich auch sehr, daß so eine Landesausstellung mit einem mittleren Wirtschaftsbetrieb im Grunde genommen vergleichbar ist, wo etwa 70 Mitarbeiter ein Jahr hindurch arbeiten, die verstärkt aus den Regionen kommen, die genau aus dieser Region genommen werden, die wir auch fördern wollen. Und das ist auch ein Effekt, der wesentlich ist.

Bezogen auf die laufende Landesausstellung „Peter Rosegger“, haben wir eine wesentliche Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Waldheimat feststellen können, und in ganz Europa haben wir sehr deutliche Wertmaßstäbe diesbezüglich und eine Erhöhung des Bekanntheitsgrades und dadurch auch einen deutlichen touristischen Aufschwung verzeichnen können, durch das Angebot bei Peter Rosegger, durch das Angebot eines attraktiven Paketes verschiedenster Möglichkeiten des Besuches von Ausstellungen, die wir in einer Karte zusammengefaßt haben, die frei disponierbar war. Eine Kombinationskarte von sechs Ausstellungsplätzen im Grunde genommen, von Birkfeld, Krieglach, St. Kathrein über das Geburtshaus, über die Waldschule und das Landhaus in Krieglach ist es wirklich sehr, sehr gut möglich gewesen, daß wir die Besucher animieren, ein zweites und ein drittes Mal in die Region zu kommen und dadurch natürlich wieder auch der Effekt entsteht, daß zusätzliche Tage, zusätzliche Nächtigungen aufgewiesen werden können. Außerdem muß man auch eines sehr deutlich sagen: Die Adaptierung und die Folgenutzung der Ausstellungsgebäude ist immer sehr stark mitbedacht worden. Alle Ausstellungsgebäude stehen jetzt nicht mehr für sich da. Sie haben eine entsprechende Nutzung erfahren, die für die Regionen einen hohen Wert hat.

Für das Rahmenprogramm muß man natürlich auch feststellen, daß sich viele Menschen der Region

bemüht haben, ein gutes Rahmenprogramm festzusetzen. Im Bereich der Waldheimat sind es etwa 60 verschiedene große Veranstaltungen, große Tagungen, aber natürlich auch große Ausstellungen, die für die Zukunft erhalten bleiben. Das Rahmenprogramm unterstützt ja auch die in der Region entstandenen Initiativen im wesentlichen, und dadurch wird das Kreativitätspotential in der Bevölkerung auch erhalten bleiben.

Daher ist auch für die Zukunft eines zu sagen: Für die Möglichkeit einer vorausschauenden und umfassenden Disposition der Landesausstellungen ist – und da nenne ich jetzt ganz konkret Radkersburg und Knittelfeld, was wir schon ins Gespräch genommen haben – sehr deutlich zu sagen, daß eine sehr rasche Entscheidung sinnvoll und notwendig ist, um auch entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen so bald wie möglich zu treffen.

Wenn wir auf den Zwei-Jahres-Rhythmus zu sprechen kommen, dann würde ich meinen, daß für die Zwischenjahre, wo wir durchaus gesprächsbereit sind, aber da bin ich durchaus der Meinung mit Ihnen, Herr Mag. Erlitz, daß wir da entsprechend vorsorgen müssen, daß diese Gelder, die ansonsten anderen Kulturprogrammen zugute kommen, doch wieder in die Regionen hinauswandern sollen. Das möchte ich wirklich sehr, sehr deutlich gesagt haben, und da meine ich, daß wir besondere Schätze der Steiermark anschauen sollen. Ich nenne da heute schon unsere Mariazeller Schatzkammer, und wenn wir die Schatzkammern in der ganzen Welt anschauen, so wäre es inhaltlich durchaus wünschenswert, wenn wir in etwa auch unsere Kronjuwelen der Steiermark so präsentieren, wie es unsere Lady Di in London tun kann. Ich denke aber auch an eine Weiterführung der Eisenstraße, weil dieses Gebiet ja wirklich auch entsprechend gefördert gehört, eine Weiterführung der Eisenstraße hin nach Oberösterreich, hin nach Niederösterreich, so daß wir Regionen insgesamt besser zusammenfassen. Aber ich denke auch an die Alpen-Adria-Region, die durchaus wert wäre, unsere kulturellen Zusammenhänge entsprechend wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Insgesamt geht es immer um längerfristige Maßnahmen und immer um eine ebensolche Wirkung. Und immer soll es auch um ein Miteinander von Kultur und Wirtschaft gehen. Ich glaube, daß ist unsere gemeinsame Linie. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, gebe ich nur noch meiner Freude Ausdruck, daß wir bei der Landesausstellung „Peter Rosegger“ am heutigen Tag etwa 315.000 Besucher verzeichnen können, und es wird nicht zu vermeiden sein, daß wir den Rekord von 351.000 brechen werden. Aber da muß man natürlich auch sehen, daß wir in der heutigen Zeit, also am heutigen Tage, eine kürzere Ausstellungsdauer, dadurch, daß wir später begonnen haben, zu verzeichnen haben. Daher schließe ich natürlich gleich die Bitte an: Wir erwarten einen schönen Herbst. Es möge die Landesausstellung „Peter Rosegger“ sinnvoll verlängert werden. Ein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang natürlich auch unserem Kulturreferenten des Landes, Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, ein Dank aus der Region, aber auch dem Leiter der Kulturabteilung, Hofrat Dr. Dieter

Cwienk, der sich da wirklich auch lange Zeit mit diesen Landesausstellungen auseinandersetzt und immer wieder neue Bereiche vorzuweisen hat. Den größten Erfolg haben nämlich jene Ausstellungen, bei welchen Thema, Ort und Region übereinstimmen und wo der Bekanntheitsgrad der Region einen sehr hohen Aufschwung erleben konnte und wo Langzeitwirkungen feststellbar sind.

Das wird auch eine Devise für die Zukunft sein. (Allgemeiner Beifall. – 14.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Herrn Abgeordneten Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (14.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrat, sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe erst vor kurzem zum zweiten Mal die Landesausstellung in Birkfeld besucht, und ich habe schon seinerzeit bei den Ausstellungen in Gamlitz, Judenburg, Mürzzuschlag, Bärnbach, Trautenfels gesehen, wie positiv sich eine Landesausstellung für einen Ort und für eine Region auswirkt. Ich freue mich ganz besonders, daß mit der Landesausstellung in Murau wieder eine Region unserer steirischen Heimat, eine sehr schöne Region, in den Mittelpunkt gerückt wird. (Abg. Weilharter: „Das ist richtig!“) Freut mich, daß du das bestätigst.

Bei meiner Budgetrede im vorigen Jahr habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Stadtgemeinde Leoben schon seit dem Jahre 1991 an die Steiermärkische Landesregierung herangetreten ist, im Jahre 1997 in Leoben eine Landesausstellung mit dem Thema „Franzosenzeit in der Steiermark“ durchzuführen. In diesem Jahr, sehr geehrte Damen und Herren, jährt sich zum 200. Male das historisch bedeutende Ereignis des Friedensschlusses zwischen Frankreich und Österreich, der uns allen als „Präliminarfriede von Leoben“ bekannt geworden ist und die Landkarten Europas wesentlich verändert hat. Im Jahre 1997 feiert also die Bergstadt Leoben das 200-Jahr-Jubiläum des Friedensschlusses mit Frankreich. Napoleon verhandelte im Gartenhaus des Baron Egger von Eggenwald mit österreichischen Diplomaten und brachte mit diesen den „Präliminarfrieden von Leoben“, der in die Geschichte eingegangen ist, zustande. Dieser Vertrag hat die Staatsgrenzen und Einflußsphären Europas ganz wesentlich verändert. 1797 betraten französische Streitkräfte erstmals das Territorium der österreichischen Erblande. Mit diesem Zeitpunkt hatten die Franzosenkriege begonnen. Die Stadtgemeinde Leoben erachtet nun dieses Ereignis dieser Epoche und ihre Folgen für die Politik, Kultur und Wirtschaft der Steiermark als so groß, daß sie das Ersuchen an die Steiermärkische Landesregierung gerichtet hat, das Jubiläum des Beginns dieser denkwürdigen Zeit mit einer Landesausstellung zu begehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahre 1990 wurde in sehr gelungener Weise am Ort des Geschehens nahe der Jakobikirche das Areal und das Eggenwaldsche Gartenhaus zu einer Gedenkstätte, zu einer Friedensgedenkstätte 1797 um- und ausgebaut. Im Museum der Stadt Leoben, dem zweitgrößten

unserer steirischen Heimat, findet sich außerdem im Franzosensaal eine ganz wertvolle Zusammenstellung der Ereignisse der Franzosenzeit, deren mittelalterlicher Höhepunkt sicher die Schlacht von St. Michael im Jahre 1809 war. Unweit von Leoben mit dem Gebäude des Stadtmuseums Leoben und dem ehemaligen Jesuitenkolleg in der Altstadt sowie dem Ausstellungszentrum, dem groß angelegten Ausstellungszentrum „Neues Rathaus“ wenige Meter davon entfernt, würden sich auch ideale Möglichkeiten für die räumliche Konzeption einer solchen Ausstellung anbieten.

Diese Landesausstellung, sehr geehrte Damen und Herren, könnte in eingehender und spannender Weise die Begegnung der Steiermark mit der Weltmacht Frankreich auf dieser historischen und kulturgeschichtlichen Ebene dokumentieren. Ich betone nochmals, Ausstellungsort – das Museumsgebäude in einer architektonischen Verbindung mit dem Ausstellungszentrum, das neue Rathaus, das Freigelände zwischen neuem Rathaus und dem Museumsgebäude, die Friedensgedenkstätte im Eggenwaldschen Gartenhaus bieten ideale Voraussetzungen für so eine Landesausstellung. Nach meiner Ansicht bietet die Abhaltung einer Landesausstellung aber auch die Möglichkeit, mit Hilfe des Landes die bisher ungenutzten Räume des zweitgrößten Museums unserer steirischen Heimat auszubauen. Dadurch könnte, wie es Kollege Mag. Erlitz auch betont hat, nach dem Ende der Landesausstellung eine bedeutsame Neugestaltung des Museums stattfinden. Auch die vorhandene touristische Infrastruktur spricht für die Abhaltung einer Landesausstellung in der Bergstadt Leoben, und ich ersuche die Steiermärkische Landesregierung, eine rasche Entscheidung zu treffen – ich bitte auch die Frau Landesrat als Mitglied hier mitzuhelfen –, damit die Vorarbeiten rechtzeitig begonnen werden können. Ich sehe ja Herrn Hofrat Dr. Dieter Cwienk in unserer Mitte und würde bitten, daß er diese Botschaft von hier auch wohlwollend aufnimmt.

Ich erlaube mir nochmals festzustellen, daß die Bergstadt Leoben Struktur und Infrastruktur für eine solche Großausstellung zur Verfügung hat. Und um die Planungsarbeiten aber auch von seiten der Stadtgemeinde Leoben entsprechend vorzubereiten, ersuche ich den Herrn Landeshauptmann als zuständigen Kulturreferenten der Steiermärkischen Landesregierung um die Umsetzung dieser Idee. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, auch an die zuständige Kulturabteilung einen Auftrag zur Überprüfung der zweifellos vorhandenen gegebenen Ausstellungsmöglichkeiten und strukturellen Möglichkeiten in Leoben zu geben. Das wäre eine vordringliche Aufgabe. Ein solcher Auftrag, sehr geehrte Damen und Herren, würde – wie es auch meine Vorrednerin betont hat – eine solide Basis für die Inangriffnahme des Themas dieser Landesausstellung bilden.

Ich komme schon zum Schluß. Eine Landesausstellung 1997 in Leoben sollte wie in Murau zeigen – und hier möchte ich das verstärken, was Kollege Erlitz gesagt hat –, daß die durch Landesausstellungen gesetzten Impulse auch langfristige Wirkung haben können. Eine Landesausstellung „Leoben 1997“ wäre

kein Kurzereignis. Sie würde die gesamte Dauer der Franzosenzeit in der Steiermark bis zum Jahre 1811 miteinbeziehen und zum Politischen das Kulturgeschichtliche in vielfältige Beziehungen treten lassen. Eine Landesausstellung 1997 in Leoben würde sicher auch viele Französinen und Franzosen – jetzt komme ich schon zu Ihnen, Frau Landesrat, jetzt kommt Ihr Bereich – in unsere steirische Heimat bringen, die die Friedensgedenkstätte im Eggenwaldschen Gartenhaus in Leoben besuchen würden, wo 1797 von Napoleon und österreichischen Diplomaten der Präliminarfriede von Leoben unterzeichnet wurde.

Und nun auch zu meiner Vorrednerin. Auch ich bin der Ansicht, daß auch die Eisenstraße von diesem Projekt sehr profitieren würde und in der touristischen Bedeutung noch wesentlich steigern würde. Ganz zum Schluß: Eine Landesausstellung soll meiner Ansicht nach aber auch kulturelle und wirtschaftliche Impulse in so eine Region bringen, und ich glaube, daß gerade diese Landesausstellung dazu beitragen würde, daß diese Region von einer Region im Wandel zu einer Region mit Zukunft würde. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. 14.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich habe nur manchmal die Befürchtung, daß wir künftig zwei Landesausstellungen pro Jahr machen werden müssen, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Abg. Bacher (14.58 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

1986 habe ich im Landtag einen Antrag auf Durchführung einer Landesausstellung zum Thema „Leben mit Holz – Bauen mit Holz in Murau“ eingebracht, und wir sind sehr dankbar, daß im Frühjahr auf Antrag des Herrn Landeshauptmannes als dem zuständigen Referenten ein Beschluß in der Landesregierung einstimmig gefaßt wurde, eine derartige Landesausstellung 1995 im Bezirk Murau durchführen zu können. 1986, und ich war damals dabei, wie der damalige Kulturreferent Prof. Kurt Jungwirth gemeint hat, wie präsentieren wir das Thema „Holz“. Es hat einen langjährigen Prozeß gegeben und Diskussionen, dieses Thema wirklich präsentieren zu können. Ich teile deine Meinung, Kollege Mag. Erlitz, daß es um diese Vernetzung geht. Regional mit internationalem Anspruch, vielleicht erheben wir auch in dieser Frage einen zu hohen Anspruch. Aber wir haben gerade deshalb auch versucht, mit international bekannten Architekten und Designern zusammenzuarbeiten, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Eine Region, die primär aus kleinstrukturierten Betrieben besteht, die in den letzten Jahren enormes Engagement im Bereich des Fremdenverkehrs bewirkt hat, könnte Holz als das Thema für Ökonomie, Ökologie wirklich hervorragend aufarbeiten.

Es war gerade das Holzmuseum, und das möchte ich wirklich von dieser Stelle aus sagen, unser Dipl.-Ing. Edler, der quasi durch stetes Bohren im Holzblock mit seinem Holzmuseum diesen Grundstein gelegt hat, in weiterer Folge dann die Holzstraße, und es kann

jetzt am Freitag die größte Holzbrücke Europas in St. Georgen/St. Lorenzen eröffnet werden, quasi als sichtbares Zeichen der Region zu diesem Thema „Holz“. Und wenn wir unseren Bezirk anschauen, wir haben 38 Tischlereibetriebe, 19 Sägewerke, dann sieht man auch, welches Potential in dieser Region steckt. Es waren auch die Initiativen der Kulturabteilung. Es ist auch nicht immer leicht, vor allem in dem Spannungsfeld, wenn eine Zustimmung zu einer Landesausstellung kommt, gibt es natürlich Interessen der Ausstellungsorte, aber auch der anderen Regionen. Daß es gelungen ist, die Murauer Werkstätten zu gründen, acht Tischlereien mit acht international bekannten Designern, war schon interessant. Bei der Messe „Bauen und Wohnen“ in Wien, wo diese Murauer Werkstätten erstmalig vorgestellt wurden und ein sehr hohes Echo gegeben war, ich darf Frau Landesrätin Waltraud Klasnic danken, daß sie diese Initiative fördert und unterstützt. Es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit Pro Holz, mit allen wirtschaftlichen Bereichen, Tischlerinnung, Sägewirtschaft, mit den Kammern, mit allen diesen Bereichen, die mit Holz direkt oder indirekt zu tun haben.

Und es gibt gerade auch diese Vernetzung von Kunst und Kultur zwischen der Region, dem Bezirk und darüber hinaus internationalen erfahrenen Leuten. Ich meine daher, daß diese Landesausstellung Holz, Arbeitstitel „Holzzeit“, sicher eine über das sechsmonatige Ereignis hinaus wirkende Ausstellung sein kann. Es ist natürlich auch wichtig, daß wir selbst in den Regionen positiv daran arbeiten, positiv mitarbeiten, und ich habe schon eingangs erwähnt, das ist manchmal nicht leicht, Eigeninteressen zurückzustellen und dem Gemeinsamen unterzuordnen. Wir werden alles daransetzen, daß diese Landesausstellung „Leben und Bauen mit Holz“ auch zu einem Erfolg wird.

Zu dem im Antrag angeführten Punkt 2. eine Machbarkeitsstudie betreffend eines Holzhauses in Murau „Murauer Holzhaus“ zu machen, glaube ich schon, daß man darüber diskutieren sollte, nur meine ich, daß man es nicht aus dem Budget der Landesausstellung nehmen sollte. Wir haben geradezu in dieser Situation eine Chance auch in der Region mit einer Firma, die eine bekannte Fenster- und Türenfirma im Bezirk übernommen hat, die selbst Holzhäuser produziert, vielleicht einen Anknüpfungspunkt zu finden für ein Murauer Holzhaus. Ich darf hier auch Landesrat Dipl.-Ing. Schmid danken, der es ermöglicht, in St. Ruprecht, aber auch in Murau ein Holzhaus, „ein Modell“ eines Holzhauses zu errichten, das bleibenden Wert haben soll. Es soll im Zusammenhang mit Holzspielgeräten ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben werden, was, glaube ich, ganz interessant ist, es sollte ein Murauer Holzstuhl kreiert werden, der auch internationale Ausschreibung haben wird und der hoffentlich auch dementsprechend angenommen wird.

Abschließend möchte ich einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Cortolezis, Dörflinger und Mag. Erlitz einbringen. Betrifft Einl.-Zahl 632/1, Antrag der Abgeordneten Dörflinger, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger und Ussar: Aus dem 2. Absatz des Antragstextes werden die Worte „aus den für die Landesausstellung in Murau budgetierten Mitteln“,

aus dem 3. Absatz die Worte „der teilweise aus Mitteln für die Landesausstellung, teilweise aus Wirtschaftsförderungsmitteln finanziert werden sollte“ gestrichen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. - 15.02 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.02 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Herr Präsident hat vorhin scherzhaft erwähnt, wir müßten eigentlich zweimal im Jahr Landesausstellung machen. Und ich halte dafür, daß das ein Signal oder ein Symptom dafür ist, wie bedeutsam Landesausstellungen für jene Regionen sind, in denen sie abgehalten werden, und das bestätigt ja die Erfahrung mit den bisher abgewickelten. Es ist also nur verständlich, daß sich sehr viele Gemeinden und Städte immer wieder vehement darum bemühen, eine Landesausstellung zu bekommen. Und ich halte dafür, daß dieser Aspekt des regionalen Wirtschaftsimpulses, wie heute schon von der Kollegin Frieß angesprochen wurde, aber auch vom Kollegen Mag. Erlitz, ein ganz wichtiger ist. Natürlich heißt das auch Stadtkultur, kultivierte Urbanität greift Platz, wird gefördert, wird animiert. Aber das wissen wir ja, daß heute eine Stadtkultur, ein Aufschwung in kultureller Hinsicht unmittelbar zusammenhängt mit wirtschaftlichem Aufschwung, mit Impulsen für die Region, auch für die Gemeinden. Es ist daher selbstverständlich, daß auch wir aus unserem Bezirk Knittelfeld, die wir uns darum bewerben, ebenfalls eine Landesausstellung zugesprochen zu bekommen, hier uns auch nicht verschweigen und heute auch das dazu zu sagen, was wir glauben, aus unserer Sicht einbringen zu können. Wir haben das in einem umfassenden Exposé zusammengefaßt, hatten Gelegenheit, das der Landeskulturabteilung, Herrn Hofrat Cwienk, zu übergeben. Heute ist der Herr Landeskulturreferent nicht mehr in der Lage, das von uns entgegenzunehmen, aber er hat mir gesagt, die Frau Kollegin Pußwald hat es ihm schon angekündigt oder schon übergeben.

Ich möchte das im Anschluß nachholen und allen Fraktionen jeweils ein Exemplar dieses Exposés übergeben. Damit erspare ich mir und Ihnen die umfassende Aufzählung dessen, von dem wir überzeugt sind, daß das Thema „Verkehr“ ein ausgezeichnetes Thema für eine Landesausstellung ist, und weil ich glaube, daß der Kollege Mag. Erlitz recht hat, und auch die Kollegin Frieß hat es in dieser Reihenfolge aufgezählt, vom Thema zum geeigneten Ort, aber unter Berücksichtigung der regionalen Identität, des regionalen Engagements. Das muß von der gesamten Bevölkerung mitgetragen werden. Und all diese genannten Aspekte, und zwar in dieser Reihenfolge, glauben wir, daß wir in der Stadt Knittelfeld zum Thema Verkehr mit der gemeinsamen Bemühung, regionalen Bemühung, hier dokumentiert haben und einbringen können. Die gemeinsame Bemühung wird dadurch unterstrichen, daß in unserem Proponentenkomitee, das wir vor einem Jahr gegründet haben, selbstverständlich die Kollegin Pußwald, alle orts-

ansässigen regionalen Bürgermeister, die sozialpartnerschaftlichen Instrumentarien und Organisationen und wir können sagen die gesamte Bevölkerung voll und ganz dahintersteht.

Und ich glaube auch, sagen zu können, daß dieses gemeinsame regionale Engagement auch jenen gegenüber schon spürbar wurde, die in der letzten Zeit einige Male bei uns waren und mit uns zum Thema diskutiert haben und hier sehr viel auch geholfen haben in der gedanklichen Vorbereitung, wie geht man es an, wenn sich eine Stadt um eine Landesausstellung bewirbt. Ich habe hier Herrn Hofrat Dr. Cwienk recht herzlich danke zu sagen für die stete gedankliche Unterstützung, und ich würde mich freuen, wenn er in die Lage versetzt würde, durch eine entsprechende Anweisung des Landeskulturreferenten, daß er auch die Mittel an die Hand bekäme, um eine entsprechende Vorausstudie veranlassen zu können, die dann klarstellt, wie wir hoffen und überzeugt sind, daß eine solche Landesausstellung mit einem solchen Thema - mit einem solch umfassenden Thema - eine absolute Angelegenheit nicht nur kurzfristigen, sondern langfristigen Effektes ist, weil wir glauben - und da sind wir uns auch alle einig, wie ich gehört habe -, daß ganz, ganz wichtig ist der bleibende Effekt für die Region. Wir sind überzeugt davon, daß wir ein Thema haben, das von der Vergangenheit, aber nicht nur dort verhaftet, in die aktuellen allumfassenden Probleme - keiner von uns kann sich der ständigen Problematik Verkehr, Mobilität entziehen -, aber auch mit einem hohen Maß mit visionärem Blick in die künftigen Technologien, was kommt auf uns zu, was kann uns alles passieren, wenn wir uns in die falsche Richtung bewegen.

All diese Dinge lassen mich erwarten, daß dieses ein Thema ist, in dem wir nicht nur eine entsprechende Anzahl von Interessenten haben werden, sondern ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, auch in Wirtschaftsbereiche hinein attraktiv sein könnten, daß über das Maß an Kulturlandesausstellung hinaus bei dieser Gelegenheit sich auch ein gesamter Bereich der Wirtschaft, alles, was mit Verkehrswirtschaft zu tun hat, sich selbst präsentieren, darstellen und damit möglicherweise auch etwas erreicht werden kann, daß dieser Wirtschaftsbereich sich am Sponsoring für eine Landesausstellung beteiligt und damit es ermöglicht, über den Budgetrahmen hinaus etwas zu machen, weil wir glauben, daß das Thema Verkehr über die Steiermark hinaus und über dieses Jahrzehnt hinaus attraktiv sein würde.

Ich kann von hier aus nur gemeinsam mit der Frau Kollegin Pußwald ersuchen, die Landesregierung möge möglichst bald - und warum, das haben die Kollegen schon ausgeführt, weil wir glauben, daß eine intensive Vorbereitung ganz, ganz wichtig ist für den Erfolg -, möglichst rasch eine konzepthafte Entscheidung darüber treffen, in welchen Abständen und wo bis zur Jahrtausendwende, um einmal etwas in Aussicht zu nehmen, Landesausstellungen passieren sollen, denn wir sehen ja, schon im Vorlauf hat eine Region etwas an Mobilisierung verspürt. Ich denke hier an die Kollegen aus Murau, die jetzt schon Aktivitäten setzen. Und wir wissen, daß das ganz wichtig ist, auch am Weg dorthin ist schon ein hohes Maß an Impulsgebung für die Region spürbar. Und diese

Impulse können wir beschleunigen, indem wir rasch unsere Entscheidung bekommen. Um diese rasche Entscheidung ersuchen wir. (Allgemeiner Beifall. – 15.12 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (15.13 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Außerhalb der zur Debatte stehenden Tagesordnung sei es mir gestattet, mich beim Präsidenten zu bedanken für seine freundlichen Worte für die Faulpelze des letzten halben Jahres, zu denen ich auch scheinbar gehört habe. Aber keine Angst, ich werde meiner Sitte treu bleiben und mich äußerst kurz fassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte im Rahmen der Debatte über die Landesausstellungen zwei Worte des Dankes anbringen. Zum ersten möchte ich der gesamten steirischen Landesregierung den Dank meines Bezirkes übermitteln, daß wir, wenn man es ortsmäßig hernimmt, zwei Drittel der heurigen Landesausstellung übernehmen durften. Und ich kann Ihnen versichern, daß dort der Beweis geliefert wird, was ja auch schon gesagt wurde. Wenn sich eine Region und die Menschen dieser Region mit einer Landesausstellung zu 100 Prozent identifizieren, dann ist eine Landesausstellung sicher ein Erfolg. Und die Leute, vor allem auch im oberen Feistritztal, die dort leben, die in den vergangenen Jahren des öfteren das Gefühl vermittelt bekommen haben, daß sie schon eine vergessene Region sind, wissen es sehr zu schätzen, daß nicht nur die Besucherzahl erfreulich hoch ist, sondern daß ihre Region wieder einmal einen Aufschwung erfahren konnte. Zum zweiten möchte ich mich herzlich bedanken im Namen der steirischen Forst- und Holzwirtschaft dafür, daß wir das Thema Holz in Murau 1995 als Landesausstellung gestalten dürfen. Ich darf Ihnen sagen, ein Beweis, wie groß das Interesse sowohl der Forstwirtschaft wie der Holzwirtschaft in der Steiermark ist, ist die Tatsache, daß wir im Rahmen der Organisation „Pro Holz Steiermark“ im Landesholzwirtschaftsrat, diesem Gremium ich derzeit die Ehre habe vorzustehen, bereits fix einen Betrag von 9,5 Millionen Schilling zur Verfügung haben, um diese Landesausstellung in Murau auch finanziell tatkräftig zu unterstützen.

Ich glaube, wenn man auf der anderen Seite weiß, daß vor allem die Forstwirtschaft und die Sägeindustrie derzeit durchaus keine glorreichen Zeiten mitmachen, ist das wirklich anzuerkennen, denn bei einem der Landesausstellung zur Verfügung stehenden derzeitigen Budget aus Landesmitteln von 42 Millionen bedeuten die 9,5 Millionen, die wir bis jetzt auf der Kante haben, immerhin bereits mehr als 20 Prozent Zuschuß aus der steirischen Forst- und Holzwirtschaft. Zu dem hier vorliegenden Antrag – an sich als Holz- und Waldmensch erfreut mich jeder Antrag, der Initiativen setzt, um Veredelung von Holz durchzuführen – möchte ich nur eine gewisse Skepsis anmerken, was den Bereich von Fertighäusern darstellt, denn erstens wissen wir, daß wir in Österreich und auch in der Steiermark derzeit an einer Überproduktion von Holzfertighäusern zu leiden haben, und zweitens darf

ich Ihnen sagen, daß es ja bekannt ist, daß in St. Lambrecht die Firma Leitner in Ausgleich gegangen ist und derzeit Verhandlungen geführt werden und eventuell die Chance besteht, daß eine Firma aus dem Burgenland dort hinzieht und Fertighäuser fabrizieren wird, so daß wir durchaus die Aussicht haben, daß dieses Produkt in der Region in Zukunft auch dort auf den Markt kommt. Wir werden aber – und das ist bereits fix – neben dem bestehenden Holzmuseum in St. Ruprecht ein Modellwohnhaus aus Holz errichten, das auch ein Miethaus werden soll und in Zukunft nicht nur bei der Landesausstellung gezeigt wird, sondern selbstverständlich auch für Familien zur Miete offenstehen soll. Ich glaube, und das wollen wir von der Holzwirtschaft, daß wir nicht nur – was sehr wichtig ist – der Region dort eine Förderung zuführen können, sondern wir wollen unserer heimischen Forst- und Holzwirtschaft neue Impulse versetzen, auch weit hinaus über unser Land Steiermark, ins Ausland, denn wir alle sind uns bewußt, daß wir vornehmlich auch in der steirischen Holzwirtschaft vom Export zu leben haben. In diesem Sinne bin ich überzeugt, in der exzellenten Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung unseres Landes, daß es uns gelingen wird, hier wirklich eine vorbildliche Ausstellung über Holz zustande zu bringen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.16 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (15.16 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Meine Vorredner haben die Landesausstellungen, die im Lande Steiermark abgeführt worden sind, bis dato sehr positiv dargestellt und auch ihre Auswirkungen auf die einzelnen Regionen hier beleuchtet. Ich melde mich zu Wort, weil Bad Radkersburg schon sehr lange im Gespräch ist, eine Landesausstellung zu bekommen. Sie erinnern sich alle an die Junitage 1991, wo im Nachbarland Slowenien Krieg geherrscht hat und wo unsere Wirtschaft natürlich auch mit dem ganzen Tourismus am Boden gelegen ist und wo dann dank der Hilfe des Landes doch diese wirtschaftlichen Einbußen ein bißchen abgegolten haben werden können. Eine Landesausstellung ist wirklich eine Belebung der ganzen Region. Das zeigen uns alle vorangegangenen. Es ist für mich klar, und inzwischen ist es auch entschieden, daß 1994 Pöllau eine Landesausstellung veranstaltet und Murau 1995 und daß hier die Vorarbeiten auf Hochtouren laufen. Ich darf schon heute alles, alles Gute wünschen den beiden Ausstellungen und guten Erfolg. Ich kann mir auch vorstellen, daß man, obwohl es auf Grund der Bewerbungen bald so sein möge, wie der Herr Präsident sagt, daß zweimal jährlich Landesausstellungen veranstaltet werden sollten, doch die Diskussion führen soll und muß, und ich glaube, der Weg geht auch dorthin, daß man diesen zweijährigen Rhythmus in der Zukunft trachtet oder imstande ist beizubehalten auf Grund der ganzen finanziellen Situation und natürlich auch auf Grund des Interesses des Besuchers. Ich bin der Meinung, daß man hier, wenn nicht zu viele Landesausstellungen veranstaltet werden, sehr wohl das Besucherinteresse mehr

wecken könnte. Die eingesparten Mittel natürlich müßten sehr wohl auch im Kulturbereich eingesetzt werden. Und ich stelle hier in den Raum, daß der Rhythmus paßt: 1994 Pöllau, 1995 Murau, 1996 haben wir das große Österreich-Jahr und 1997, Herr Kollege Ussar, wäre dann Bad Radkersburg dran, das wäre unser Wunsch. Ich darf berichten, daß wir eine Arbeitsgemeinschaft gegründet haben, die sich sehr intensiv mit der Landesausstellung befaßt, auch mit dem Thema unserer Landesausstellung, und ich glaube, daß wir damit am richtigen Wege sind und auch rechtzeitig alle Voraussetzungen erarbeitet haben werden, die dann für die Ausstellung 1997 passen. Und auch wir werden sehr, sehr gut unterstützt vom Leiter unserer Kulturabteilung, von Hofrat Dr. Cwienk, und wir wollen über alle Parteigrenzen hinweg wirklich hier gemeinsam vorgehen und hier an die gemeinsame Sache herangehen.

Thematisch gibt es genügend im Grenzland aufzubereiten, und ich glaube, ich darf es auch sagen, lieber Herr Kollege Ussar, es ist ein Unterschied, im Grenzraum zu leben oder im Ballungszentrum. Auch die Geschichte hat uns Grenzländer geprägt, schon Jahrhunderte hindurch, und daher wird es auch genügend thematische Aufarbeitung geben, genügend Themen geben, die dann das der Landesausstellung sein mögen. Und es soll auch kein Kurzzeiterfolgswort sein, sondern wir stellen uns auch eine exzellente Nachnutzung des Ausstellungsobjektes vor, indem später das Alpen-Adria-College installiert werden könnte und wir daher auch in dieser Richtung auf dem richtigen Wege wären.

Meine Bitte geht an die gesamte Regierung, hier wirklich rasch Klarheit zu schaffen, wer den Termin 1997 bekommt, wo die Landesausstellung 1997 abgeführt werden soll. Es wäre meine Bitte, daß man hier so rasch wie möglich einen Regierungsbeschluß faßt. Ich bin überzeugt, daß es wirklich nur positiv sein kann, wenn unsere Grenzregion im Jahre 1997 die steirische Landesausstellung nach Bad Radkersburg bekommt. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.23 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte den Herrn Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko um Verständnis, wenn ich den Herrn Abgeordneten Günther Prutsch jetzt in der Rednerliste vorziehe, damit wir mit der Geographie nicht auseinanderkommen. Bitte schön.

Abg. Günther Prutsch (15.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke für die Regie, daß ich nach meinem Bezirkskollegen zu Wort komme. Die Mehrzahl der Vorredner hat ja die Problematik Landesausstellung schon eingehend beleuchtet. Ich kann mich also kurz fassen, auch im Sinne des Kollegen Kinsky, obwohl ich auch angeblich zu den Faulen dieses Hauses gehöre.

Ich habe jetzt gemerkt, es sind große Begehrlichkeiten in der Steiermark vorhanden. Jeder möchte seine Landesausstellung, natürlich wir Radkersburger auch. Ich habe ein besonderes Problem mit meinem Freund Sigi Ussar, der gerade und just auf das Jahr 1997 pocht. Lieber Sigi, wenn zu uns vielleicht weniger Französinen kommen werden, aber das muß das Jahr der Radkersburger sein, und ich hoffe schon

sehr, daß 1997 in Bad Radkersburg eine Landesausstellung stattfinden wird.

Zur Gesamtproblematik ein paar kurze Anmerkungen. Auch ich bin der Meinung, daß wir auch das Thema sehr stark in die Entscheidungsfindung in Zukunft einbinden müssen, daß Spannungsfelder aufgearbeitet werden müssen und daß vor allem eine längerfristige Konzeption Platz greifen muß. Wolfgang Erlitz hat gesagt, daß es sehr wichtig ist, daß das Kulturgeschehen verstärkt dezentralisiert wird, und ich glaube, eine Landesausstellung ist ein Teilbereich hierfür, daß wir dies verwirklichen können. Ich persönlich neige auch dazu zu sagen, daß wir in Zukunft einen Zweijahresrhythmus einhalten sollten, aus vielen Gründen. Ein sehr wesentlicher Grund ist mit Sicherheit die Qualitätssicherung, weil man einfach viel mehr Vorbereitungszeit hat. Und ganz, ganz wichtig ist die umfangreiche Einbindung der Regionen. Kollegin Frieb hat das sehr schön gesagt, daß wir Thema, Region und Engagement agieren müssen, um einfach erfolgreich zu sein. Und gerade unter diesen Gesichtspunkten, mein Kollege hat es bereits erläutert, arbeitet seit längerer Zeit bereits die Region rund um Bad Radkersburg. Und der Kollege Gennaro hat mich vorhin gefragt, ob ich nun auch für Altneudörfle eine Landesausstellung fordere. Bei uns soll das ja auch so passieren, daß man einen Schwerpunkt in Bad Radkersburg hat, aber unter Einbeziehung der gesamten Region. Und eben in unserem Bezirk arbeitet seit längerer Zeit eine überparteiliche Arbeitsgemeinschaft, da sind wirklich alle Interessensgruppen und Parteien drinnen vertreten, wir ziehen alle an einem Strang. Es wird in der Folge auch in nächster Zeit – so ist es vereinbart – einen gemeinsamen Landtagsantrag der regionalen Abgeordneten in diesem Haus geben, und auch ich hoffe, daß es sehr rasch zu einer positiven Entscheidung in unserem Sinne kommt. Ich möchte Sie bereits heute um Verständnis und Unterstützung ersuchen, auch alle anderen Regionen, die bereits eine Landesausstellung hatten, denn dort merkt man, daß das Interesse eigentlich gar nicht mehr so groß ist, wie es in der Zukunft weitergeht.

Nochmals zum Abschluß: Um Verständnis möchte ich vor allem bei meinem Freund Sigi Ussar ersuchen, daß er das Jahr 1997 für Bad Radkersburg und die Region Radkersburg freihält. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.30 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (15.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Run auf die Landesausstellung hat begonnen, und ich kann allen, die auf der Strecke bleiben, nur eines sagen: Machen Sie eine Schlangenausstellung, verstecken Sie eine grüne Mamba, und Sie sind wochenlang in der Werbung und in der Presse.

Zu den Landesausstellungen selbst gibt es natürlich auch einiges zu sagen. Selbstverständlich ist es so, daß dann, wenn eine Landesausstellung einen Erfolg zu bieten hat, und wir schauen ja doch alle mit Interesse auf die Region, in der sie gerade noch stattfindet, und wie sehr sie angenommen wird, erhöht sich der Bedarf

und der Wunsch, so etwas auch zu haben. Nach der Landesausstellung in Mürzzuschlag war es hier in diesem Hause sehr ruhig, da hat sich nicht sehr viel getan, und auch wie die ersten Zahlen von Trautenfels gekommen sind, die uns allerdings nicht überrascht haben, war es ähnlich. Was wollen wir denn eigentlich haben? Wir wollen ja haben, daß diese Landesausstellungen überall zum Erfolg führen, doch dafür braucht es verschiedene Kriterien. Erstens ein vernünftiges Thema, und zwar ein Thema, das auch über weitere Distanzen hinwegzieht, und nicht nur lokale Bedeutung hat, zweitens einen entsprechenden attraktiven Ort oder, wie das jüngste Beispiel gezeigt hat, die Summe aktiver Orte und als drittes vielleicht auch noch eine relativ langfristige Vorbereitung, und wir sehen ja, daß wir bereits um das Jahr 1997 streiten, und ich bin ja gespannt, was sich für 1999 und 2001 und so weiter tut.

Eines hat sich, glaube ich, schon herauskristallisiert – auch in der Begehrlichkeit für diese Veranstaltungen –, nämlich der Umstand, daß man es nur mehr alle zwei Jahre tun sollte. Weil das ist wie beim Kinderkriegen: Man soll der Mutter ein Jahr Erhöhung gönnen, das gehört einfach mit dazu (Landesrat Klasnic: „Auch dem Vater!“), auch dem Vater, danke!

Das Maß der Attraktivität ist eine Vielfalt von Dingen, ist aber ein sehr wesentlicher Faktor, und auch das hat sich gerade wieder bei der letzten Ausstellung gezeigt: Die Zusammenarbeit der öffentlichen Institutionen, Vereine, der Gewerbetreibenden, der Gemeinschaft der Orte, der Regionen, an der Gestaltung dieses Bereiches mitzuwirken. Das ist der wesentliche Punkt. Daher glaube ich, daß man im Antrag, der hier Gegenstand dieser Debatte ist, nämlich einen zusätzlichen Impuls für die Landesausstellung in Murau zu schaffen, bereits jetzt antritt, denn Impulse stehen im Widerspruch zu dem, was das Wort Impuls eigentlich aussagt, Impulse sind langfristig zu planen, damit sie erfolgreich sind. In diesem Sinne werden wir dem Antrag zustimmen. Und ich möchte noch eines sagen, natürlich hätte ich auch gerne für die Orte Bad Aussee, Altaussee und Grundlsee eine Landesausstellung. Wir haben das Konzept vorbereitet, es geht jedem Abgeordneten morgen zu. Wir beanspruchen die Jahre 1996, 1998 und 2000. Wir treten aber gerne zurück, wenn wir die Ergebnisse der Olympischen Spiele in Sidney haben, vielleicht ändern wir dann unsere Meinung. Ich danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 15.32 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächste Rednerin die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (15.32 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur allen Damen und Herren, die sich aus allen Fraktionen und aus vielen Regionen gemeldet haben, versichern: Ich gebe Ihre Wortmeldungen den Kollegen in der Regierung gerne weiter, aber ich unterstütze sie auch bei der Erstellung des Budgets.

Präsident Mag. Rader: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Cortolezis, Dörflinger

und Mag. Erlitz, dessen Inhalt Sie kennen. Der Antrag ist ordnungsgemäß unterzeichnet und wurde dem Präsidenten entsprechend der Geschäftsordnung überreicht. Ich lese ihn sicherheitshalber noch einmal vor:

Aus dem zweiten Absatz des Antragstextes des Berichterstatters Mag. Erlitz werden die Worte „aus den für die Landesausstellung in Murau budgetierten Mitteln“ und aus dem dritten Absatz die Worte „der teilweise aus Mitteln für die Landesausstellung, teilweise aus Wirtschaftsförderungsmitteln finanziert werden sollen“ gestrichen.

Dieser zweite Absatz würde dann lauten: „Zweitens: Eine Machbarkeitsstudie zu finanzieren, ob die Produktion eines Fertighauses aus Holz und so weiter sinnvoll ist ...“, und der dritte Absatz würde dann lauten: „im Falle eines positiven Ergebnisses der Machbarkeitsstudie einen Architektenwettbewerb zur Kreation des Typus Murauer Holzhaus durchzuführen“.

Ich stimme zuerst über den Abänderungsantrag ab und dann über den Antrag des Berichterstatters. Wer also diesem Abänderungsantrag, der diese zwei Streichungen beinhaltet, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich stimme jetzt über den Antrag des Berichterstatters ohne die beiden Passagen ab, die wir soeben beschlußmäßig gestrichen haben. Wer dem zustimmt, den bitte ich auch um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

12. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1991, Einl.-Zahl 492/1.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (15.34 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1991 in bezug auf das Bundesland Steiermark bringen:

Zum Prüfungsergebnis:

Verwendung öffentlicher Mittel durch die Steirische Volkshilfe: Der Rechnungshof überprüfte im Jahr 1990 die widmungsgemäße Verwendung der dem Steirischen Landeswohlfahrtsverein „Volkshilfe“ gewährten öffentlichen Mittel. Der überprüfte Zeitraum umfaßte die Jahre 1977 bis 1989.

Zu den Satzungen:

Die „Volkshilfe“ ist ein gemeinnütziger, überparteilicher und nicht auf Gewinn gerichteter Verein, der insbesondere die Betreuung älterer Menschen, die Errichtung und Erhaltung von Heimen, die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen der Sozialhilfe und die Durchführung von Erholungsaktionen bezweckte. Wie erhoben wurde, führte die „Volkshilfe“ seit mehreren Jahren auch medizinische Betreuungsdienste in Form der Hauskrankenpflege durch, ohne daß diese qualifizierte Tätigkeit in die Satzungen Eingang gefunden hätte. Der Rechnungshof empfahl, die Satzungen dem

erweiterten Aufgabenbereich anzupassen. Im überprüften Zeitraum wendeten das Land und der KRAZAF rund 22,3 Millionen Schilling auf. Die Auszahlung der KRAZAF-Mittel wurde für den Bereich der Heimhilfen von der Rechtsabteilung 9 und für die Hauskrankenpflege von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen des Amtes der Landesregierung durchgeführt. Die „Volkshilfe“ legte der Landesregierung jährlich Nachweise über die widmungsgemäße Verwendung der Förderungen vor. Für die mobilen Dienste anerkannte die Landesregierung 1988 und 1989 Ausgaben in Höhe von 6,93 Millionen und Einnahmen von rund 8,21 Millionen Schilling. Der sich hieraus ergebende Überschuß wurde dem Bereich Hauskrankenpflege mit der Begründung des schwierigen Auf- und Ausbaues zugeordnet. Die „Volkshilfe“ führte lediglich ertragsseitig getrennte Kostenstellen für die Heimhilfen und Mobilen Schwestern. Den Aufwand für diese Dienste verbuchte sie auf eine Kostenstelle. Der Rechnungshof empfahl, diesen Mangel zu beheben.

Zur Kapitalreserve:

Die Bilanzen der „Volkshilfe“ wiesen im Jahre 1989 ein ausgewiesenes Eigenkapital von rund 16 Millionen Schilling auf. Die „Volkshilfe“ erachtete die Kapitalreserve zur Abdeckung des Lohnaufwandes im Falle verzögerter Förderungszahlungen für erforderlich. Laut Stellungnahme der Landesregierung wird bestätigt, daß die vorhandene Eigenkapitalreserve für den Ausbau im Bereich der mobilen Dienste vorgesehen ist. Nach Ansicht des Rechnungshofes wäre Vorsorge zu treffen, daß den Trägern der freien Wohlfahrt die mit der Leistung der mobilen Dienste verbundenen Aufwendungen ohne Unterbrechung abgegolten werden, ohne die Ermöglichung einer Kapitalbildung beim Förderungswerber. Kapitalreserven wären auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränken. Weiters kritisierte der Rechnungshof die unklare Grundlage eines Beschäftigungsverhältnisses einer angestellten Angehörigen eines Vorstandsmitgliedes als Buchhaltungskraft.

Zum II. Abschnitt, Verwendung von Mitteln der Stadt Graz durch die Steirische „Volkshilfe“, hält der Rechnungshof fest, daß Förderungen an die „Volkshilfe“ vom zuständigen Stadtsenatsreferenten ohne Beschlußfassung des Stadtsenates genehmigt wurden. Laut Stellungnahme der Stadt Graz würden alljährlich Zuschüsse zu Mieten, Strom, Heizkosten und so weiter bereitgestellt. Aus Vereinfachungsgründen, und nicht, um das zuständige Organ nicht zu befassen, ist man in der Klubobmännerkonferenz am 3. Dezember 1980 übereingekommen, die Entscheidung über die von der Stadt Graz an die einzelnen Institutionen beziehungsweise Vereine zu gewährenden Förderungsbeiträge von dem zur Anweisung zuständigen Stadtsenatsreferenten unmittelbar erfolgen zu lassen.

Zur Förderung eines Grundstückskaufes:

Für die Errichtung eines Pensionistenheimes erwarb die „Volkshilfe“ im Jahre 1972 von der Stadt Graz ein Grundstück. Im Oktober 1975 beantragte die „Volkshilfe“ die kostenlose Überlassung des Grundstückes. Diese Schenkung wurde jedoch nicht verwirklicht. Im Jahre 1978 trat die „Volkshilfe“ neuerlich an die Stadt Graz mit der Bitte um kostenlose Überlassung des Grundstückes heran und ersuchte um Stundung der

ersten Jahresrate. Der Stadtsenat erließ der „Volkshilfe“ die Bezahlung der Wertsicherung, was der Rechnungshof jedoch beanstandet. Der Rechnungshof kritisierte weiter, daß die Stadt Graz die Förderungen, ohne Verwendungsnachweise einzufordern, überwiesen hat. Im Sinne der Empfehlung des Rechnungshofes wurden vorerst bis zur Festsetzung der Richtlinien für Förderungen die Nachweise über die Verwendung von Förderungen auf Grund einer internen Anweisung der Amtsleitung durch die Fachabteilung eingefordert und überprüft.

Zur Verwendung von Mitteln der Stadt Kapfenberg durch die Kapfenberger „Volkshilfe“:

Auch hier stellte der Rechnungshof fest, daß die Stadtgemeinde über keine Förderungsrichtlinien verfügte. Laut Stellungnahme der Stadt Kapfenberg seien im Vorstand der „Volkshilfe“ ständig Organe der Stadtgemeinde vertreten gewesen, so daß die widmungsgemäße Verwendung der gewährten Zuschüsse jederzeit überprüfbar gewesen ist.

Zum Vorwurf des Rechnungshofes bezüglich der Führung eines Sparguthabens außerhalb der Vereinsgebarung ist festzuhalten, daß die „Volkshilfe“ dieses Guthaben bereits in die Vereinsgebarung übergeführt hat. Der Rechnungshof empfahl zusammenfassend, auf Grund der nunmehr vorliegenden Förderungsrichtlinien der Förderungsgewährung erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Zur Gebarungsüberprüfung bei einer Kapitalbeteiligung einer Gemeinde und bei Wasserverbänden, wobei die Wasserversorgung der Landeshauptstadt Graz überprüft wurde, hält der Rechnungshof fest:

Die Überprüfung beschränkte sich schwerpunktmäßig auf die Beurteilung der jetzigen und die Sicherung der künftigen Wasserversorgung von Graz und die in diesem Zusammenhang erheblichen Entscheidungen und Maßnahmen der zuständigen Rechtsträger. Ziel der Überprüfung war eine möglichst zeitnahe und problemorientierte Gesamtbeurteilung der Grazer Wasserversorgung.

Erstens: Die vom Rechnungshof untersuchten Teilbereiche der überprüften Rechtsträger wurden im Hinblick auf die Wasserversorgung der Landeshauptstadt Graz im wesentlichen zweckentsprechend geführt. Die Versorgung von Graz mit Trinkwasser war zur Zeit der Überprüfung in quantitativer und in qualitativer Hinsicht voll gewährleistet. Im überprüften Zeitraum war es möglich, den gesamten Trinkwasserbedarf von Graz im Ausmaß von zuletzt rund 600 Liter pro Sekunde sowohl in quantitativer als auch auf Grundlage der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte in qualitativer Hinsicht problemlos zu decken. Der Wasserverbrauch der Stadt Graz ist seit dem Jahr 1984 ständig abnehmend. Nach den vorliegenden Unterlagen ist auch in Zukunft – entgegen ursprünglichen Annahmen – keine wesentliche Bedarfszunahme zu erwarten.

Zweitens: Qualitative Beeinträchtigungen durch Nitrate und Pestizide – insbesondere der Grundwasserwerke Feldkirchen und Kalsdorf – machten vor allem auch im Hinblick auf zunehmend strengere gesetzliche Qualitätsanforderungen an Trinkwasser, Maßnahmen zur zukünftigen Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung in Graz not-

wendig. Mit den derzeit getroffenen Sicherungsmaßnahmen scheint für Graz eine vollständige Deckung des Bedarfs - zuzüglich einer Reservehaltung - weit über das Jahr 2000 hinaus gesichert.

Drittens: Vor diesem Hintergrund erachtete der Rechnungshof die Erhöhung der möglichen Trinkwasserförderung durch das Projekt einer Beileitung von Wasser aus der Teigtisch als nicht erforderlich und empfiehlt, davon Abstand zu nehmen. Wobei die Sicherung dieses Wassers aus überregionaler wasserwirtschaftlicher Sicht jedenfalls bedeutsam erscheint.

Viertens: Insgesamt erachtet der Rechnungshof die überregionale Zusammenarbeit im Bereich der Trinkwasserversorgung wegen der dadurch besseren Ausnutzung der vorhandenen Wasserreserven als zweckmäßig. Allerdings hielt er aus grundsätzlichen Erwägungen die gewählte Rechtsform einer Kapitalgesellschaft wegen der zum Beispiel dadurch bedingten steuerlichen Belastungen für weniger geeignet, wenngleich anzumerken ist, daß sie in der Praxis bessere Voraussetzungen für rasches und aufgabenorientiertes Handeln bietet.

Fünftens: Die Bedeutung des Wasserverbandes Umland Graz für die Wasserversorgung der Landeshauptstadt stellte sich entgegen den ursprünglichen Absichten als eher gering dar, obwohl dieser Verband für die Trinkwasserversorgung der Grazer Umlandgemeinden wesentlich sein wird.

Sechstens: Die vom Wasserverband gewählte Gestaltung des Wasserpreises für sowohl die Lieferung an Dritte erschien dem Rechnungshof nicht angemessen. Dem Wasserverband Umland Graz empfahl der Rechnungshof eine Überprüfung des bisherigen Abrechnungssystems mit den Gemeinden im Sinne einer verursachungsgerechten Ausgabenverteilung zwischen den Verbandsmitgliedern.

Zur Gebarungüberprüfung beim Sozialhilfeverband Leoben hält der Rechnungshof fest:

Erstens: Die Geschäftsstelle des Sozialhilfeverbandes Leoben war die Bezirkshauptmannschaft Leoben, deren Bedienstete die Angelegenheiten des Verbandes besorgten. Der Rechnungshof beanstandete die fehlende Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bezirkshauptmannschaft und des Verbandes.

Zweitens: Der Kostenersatz für Personal- und Sachaufwand, den der Verband beim Land zu ersetzen hat, entsprach nicht dem tatsächlichen Aufwand. Der Rechnungshof empfahl, die tatsächlichen Kosten zu ermitteln und einen entsprechenden Kostenersatz anzustreben.

Drittens: Im Wohnhaus des Verbandes bewohnten, da der Verband kein eigenes Personal mehr besaß, Landesbedienstete die neun Wohnungen. Auch bei Neuvermietungen wurde an einem seit 1961 vereinbarten geringen Mietzins festgehalten. Der Rechnungshof empfahl, bei Neuvermietungen den Hauptmietzins nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes zu vereinbaren; und die Mieteinnahmen Zwecken der Sozialhilfe zuzuführen; wobei überhaupt die Veräußerung des Hauses umgehend angestrebt werden sollte.

Viertens: Die Rechenwerke waren unvollständig beziehungsweise fehlten der Nachweis über Personal-

leistungen und der Dienstpostenplan; überdies war der Rechnungsquerschnitt unrichtig.

Fünftens: Die Gewährung geringerer Überbrückungshilfen an Stelle richtsatzgemäßer Geldleistungen entsprach nicht den gesetzlichen Vorschriften. Angaben über die Arbeitsfähigkeit von Befürsorgten waren nicht aktenkundig. Der Verband teilte mit, daß die gesamte Sozialhilfe bei der BH Leoben im Juni 1992 auf automationsunterstützte Verarbeitung umgestellt worden ist.

Sechstens: Der Rechnungshof beanstandete die Gewährung eines Darlehens aus Mitteln der Sozialhilfe zum Ankauf einer Liegenschaft. Die monatlichen Rückzahlungsraten waren überhöht festgelegt. Der Verband erklärte, daß das Darlehen mit der pfandrechtlichen Einverleibung und mit einem Veräußerungsverbot abgesichert worden sei und die Gewährung mit der Berücksichtigung der menschlichen und sozialen Seite beim Aufbau und zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Betroffenen abgestimmt worden sei.

Meine Damen und Herren! Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 21. September 1993 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1991, Einl.-Zahl 492/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1991, wird zur Kenntnis genommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (15.45 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke für den Bericht. Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (15.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die sozialen Trägerorganisationen leisten sehr viel gute Arbeit für die Menschen in diesem Land. Ohne sie bliebe viel wertvolle Hilfe ungetan, und unsere Gesellschaft wäre um vieles ärmer. Die sozialen Trägerorganisationen sind tragende Säulen der Sozialarbeit. Damit sie diese Arbeit entsprechend leisten können, erhalten sie neben privaten Spenden auch viele öffentliche Gelder. Die Öffentlichkeit darf sich erwarten, daß mit diesen Geldern möglichst sparsam und effizient umgegangen wird. Das ist im allgemeinen auch der Fall. Die sozialen Träger haben in den letzten Jahren gerade in der Steiermark Großartiges geleistet, wofür wie Politiker uns nur bedanken können.

Ein Skandal hat in den letzten Jahren die Öffentlichkeit erschüttert und die sozialen Träger ins Gerede gebracht. Es war dies der Skandal der „Volkshilfe“. Sie erinnern sich noch: Der Rechnungshof hat diese „Volkshilfe“ in vielen Bundesländern geprüft. Der Rechnungshof hat damals der „Volkshilfe“ in Steyr vorgeworfen, den Großteil ihrer Gelder, öffentliche Gelder ebenso wie Spendengelder, direkt an die SPÖ Steyr überwiesen zu haben. Dem Rechnungshof, der dies alles prüfte, konnte zum überwiegenden Teil nur der Geldfluß, nicht jedoch die tatsächliche Ver-

wendung nachgewiesen werden. Subventionen und Spenden der Bevölkerung wurden damit, wie die Zeitschrift „Profil“ dies damals bezeichnete, zur „Parteisteuer“ umfunktioniert. Im Schlußbericht des Rechnungshofes hieß es damals: „Zusammenfassend kam der Rechnungshof zur Beurteilung, daß die „Volkshilfe“ die öffentlichen Mittel nicht mit der erwarteten Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes verwaltet hat. Negativ zu werten ist weiters, daß ein Nachvollzug der Verwendung von öffentlichen Mitteln vielfach nicht möglich war, weil dem Rechnungshof die maßgeblichen Unterlagen nicht vorgelegt wurden. Schließlich hat die „Volkshilfe“ durch die Nichtbeachtung zahlreicher Vertragsbestimmungen einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verursacht.“ Was die Prüfer damals zutage förderten, war schlimm genug. Immerhin ging es dabei um keinen Pappenstiel, sondern um Förderungsmittel in der Höhe von mehr als 133 Millionen Schilling, ausbezahlt in den Jahren 1977 bis 1989. Förderungsgeber waren das Bundeskanzleramt, Außen-, Innen-, Sozial-, Landwirtschafts- und Unterrichtsministerium sowie der österreichische Solidaritätsfonds für die Kinder der dritten Welt. Auch die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Länder war laut Rechnungshofbericht sehr eigenwillig. Aufgeteilt wurde nach einem Schlüssel, der die Anzahl der SPÖ-Mitglieder berücksichtigte. Einbehalten wurde ein Verwaltungskostenbeitrag von insgesamt 15 Prozent, nach Ansicht des Rechnungshofes weit überhöht, weil die tatsächliche Arbeit überwiegend von einem pensionierten Beamten ehrenamtlich gemacht wurde. Die „Volkshilfe“ hat mit diesem Skandal den sozialen Trägerorganisationen insgesamt einen sehr schlechten Dienst erwiesen, weil das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert wurde. So viel zum gesamtösterreichischen „Volkshilfe“-Skandal.

Heute, meine Damen und Herren, liegt uns – spät aber doch – der Rechnungshofbericht über die „Volkshilfe“ Steiermark vor. Die Steirische „Volkshilfe“, das möchte ich gleich eingangs betonen, steht nach diesem Rechnungshofbericht besser da als ihre Schwesternorganisationen in anderen Bundesländern. Es wurde in der Steiermark nicht veruntreut, aber es wurde, das muß man sagen, mit öffentlichen Geldern teilweise sehr leichtfertig und schlampig umgegangen. Der Prüfungszeitraum der steirischen „Volkshilfe“ umfaßt den gleichen Zeitraum wie den auf Bundesebene, nämlich die Jahre 1977 bis 1989. In diesem Zeitraum hat die „Volkshilfe“ allein vom Land Steiermark und dem KRAZAF 22 Millionen Schilling erhalten. Der Rechnungshof beanstandete folgende Punkte: Die „Volkshilfe“ arbeitete nicht statuten-gerecht, denn die medizinischen Betreuungsdienste waren im Statut gar nicht vorgesehen. Der Aufwand für die Heimhilfen und die Mobilien Schwestern wurde nur auf einer Kostenstelle verbucht, was die Abrechnung sehr erschwerte. Die „Volkshilfe“ hat sich ungerechtfertigterweise aus den Förderungsmitteln eine Kapitalreserve geschaffen. Der Rechnungshof hat dies stark kritisiert und festgestellt, daß das Ziel der Förderung die Aufwandsabgeltung sei, und nicht die Ermöglichung der Kapitalbildung beim Förderungs- werber. Schließlich gab es ein unschönes, unklares Beschäftigungsverhältnis. Die Ehefrau eines Vorstands- mitglieders, nämlich des Kassiers, wurde ohne ent-

sprechenden Präsidiumsbeschluß eingestellt und hat in Heimarbeit in einem nicht kontrollierbaren Ausmaß gearbeitet. Es gab keinen Dienstzettel, ein Akten- vermerk über die Beschäftigung wurde von ihrem Mann nachträglich auf ein Präsidiumsprotokoll drauf- geschrieben.

Der Rechnungshof hat auch die Verwendung von Mitteln der Stadt Graz durch die Steirische „Volkshilfe“ überprüft und auch da große Schlampereien und einen leichtfertigen Umgang mit öffentlichen Geldern festgestellt, und zwar: Die Förderungen der Stadt Graz an die „Volkshilfe“ wurden nicht, wie in der Geschäftsordnung zwingend vorgeschrieben – das hat der Rechnungshof am Schluß repliziert auf die Ein- wendungen der Stadt Graz –, also die Förderungen der Stadt Graz wurden nicht vom Stadtsenat, sondern vom zuständigen Stadtsenatsreferenten allein in Eigen- mächtigkeit gewährt. Förderungsrichtlinien existier- ten in Graz überhaupt nicht. Und, meine Damen und Herren, ein Verwendungsnachweis wurde für die Förderungsmittel in Graz auch nicht verlangt. Die Stadt Graz war also sehr großzügig und vertrauens- selig. Und das sollte bei öffentlichen Mitteln, die da letztlich Steuergelder sind, grundsätzlich nicht sein.

Schließlich hat der Rechnungshof noch die Förde- rungsmittel der Stadt Kapfenberg an die Kapfenberger „Volkshilfe“ überprüft, und er fand auch dabei einiges auszusetzen. Auch in Kapfenberg gab es keine Förderungsrichtlinien. Verwendungsnachweise wur- den nicht verlangt. Es wurden einfach wieder neue Förderungen gewährt. Die „Volkshilfe“ Kapfenberg führte ein zweites Sparbuch außerhalb der Vereins- gebarung. Die Kassenberichte waren durch Jahre hindurch unrichtig. Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gab in der Steiermark keine so großen Ver- fehlungen wie bei der „Volkshilfe“ in Oberösterreich oder Wien, aber doch eine ganze Reihe von Schlampe- reien und Leichtfertigkeiten, die bei öffentlichen Geldern an sich nicht vorkommen sollten. Ich hoffe, daß sowohl die „Volkshilfe“ als auch die Förderungs- geber aus diesem Rechnungshofbericht mittlerweile Konsequenzen gezogen und die Fehler ausgemerzt haben. Es wäre schade, wenn die gute Arbeit, die von den sozialen Trägern in der Steiermark tagtäglich zum Wohl der Bevölkerung geleistet wird, durch Unkorrektheiten in der Gebarung in Verruf käme und das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert würde. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 15.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (15.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Rechnungshofbericht beschäftigt sich auch der Bundesrechnungshof mit der Wasser- versorgung der Stadt Graz. Er hat zusammenfassend festgestellt, daß zum Beispiel das verfolgte Projekt einer Beileitung von Wasser aus der Teigtisch nicht erforderlich ist, und empfahl, davon Abstand zu nehmen. Ebenfalls hat er angemerkt, daß bedeutsame Wasservorkommen im Süden von Graz künftigen Generationen als Reserve zur Trinkwasserversorgung

rechtlich zu sichern sind. Und ebenfalls muß man natürlich hier überlegen, ob das noch möglich ist. Denn heute muß man fragen, wo ist Trinkwasserqualität unter 30 Milligramm Nitrat überhaupt noch zu finden, und wie kann ich es in die Ballungszentren bringen? Wir haben eine Fernwasserzuleitung aus dem Hochschwabgebiet, die ja bis in den Norden von Graz geht und von weiter in Richtung Süden zur Verbesserung des dort befindlichen Trinkwassers. Es ist richtig, und es ist notwendig, daß das in dieser Situation gemacht wird, aber es wird notwendig sein, darüber nachzudenken, daß man die vorhandenen Ressourcen wieder zu Trinkwasser macht, denn es kann ja nicht sein, daß hier mit dem Beileiten und damit mehr oder minder gutem Wasser die Legitimation gegeben ist, das eigene Grundwasser zu verunreinigen. Hier ist Krisenvorsorge durchzuführen, und es kann nicht so sein, daß man Wasser einfach aus Niedrigwasserbereichen ableitet und dort ökologische Schäden verursacht. Ich glaube, daß wir zusätzlich Sperren brauchen, die wir schon von Haus aus so ausrichten, daß wir in den Niederschlagszeiten hier Wasser rückhalten und dann zur Verfügung stellen können mit einer Mehrfachnutzung, wo man eben dann das Wasser abarbeitet und elektrischen Strom erzeugt und noch für die Trinkwasserversorgung verwendet. Wie überhaupt es in der Zukunft zu überlegen sein wird, ob man nicht maßvoller umgehen muß mit unserem höchsten Gut Wasser. Wir verbrauchen zur Zeit 150 Liter pro Kopf und Tag in den Städten, am Land 100 Liter am Tag zum Kochen, Waschen und Trinken. Das soll ja richtigerweise den Familien so billig wie möglich zur Verfügung stehen, aber niemand darf das Wasser über Gebühr beanspruchen. Und so wäre es richtig und notwendig, daß man hier den Mehrverbrauch auf drastische Mehrkosten umlegt, also ein Preissplitting macht, wie überhaupt das gesamte Trinkwasserproblem einer ganzheitlichen Betrachtung zugeführt werden muß. Es ist notwendig, daß wir eine wassersparende Philosophie in der Zukunft entwickeln, und es ist einfach nicht mehr tragbar, daß die Umweltzerstörung so profitabel weiterbetrieben werden darf, Beispiele gibt es von der Schwemmenmistung bis zur Kanalisierung. Wir haben Hochwasserabflußbereiche reguliert, rigoros, haben begründet unter dem Motto „Wasser marsch“ und müssen heute feststellen, daß wir im Leibnitzer Becken, wo hier der Bundesrechnungshof meint, daß hier noch die großen Ressourcen liegen, eine Grundwasserabsenkung haben von 87 Zentimeter und Fachleute, wie der Dr. Katzmann von der Uni Wien, hier sagen, das ist normal nicht mehr reparierbar. Es sind die Sünden der Vergangenheit – Regulierungen, es finden keine Auffüllungen der Grundwasserseen mehr statt. Es ist aber ein Alarmzeichen, und wenn der Wald Trockenschäden hat, dann zeigt sich hier, daß wir wirklich vor dem Kollaps stehen. Es ist Alarm angesagt, wir müssen hier darauf achten, daß wir keine Reserven mehr haben, daß der Raubbau abgestellt werden muß. Und wenn ich noch eines hier von Krisenvorsorge einbringen darf, dann sollten wir auch überlegen, daß bei den derzeitigen Atomkraftwerken die Gefahr besteht, daß es eine Verstrahlung geben kann, daß es dann nur mehr möglich ist, Tiefenwässer heranzuziehen für Trinkwasser. Das ist die letzte Reserve, und hier sollten wir ein Verbot des An-

bohrens von diesen Tiefenwässern finden, weil schließlich und endlich sollen wir späteren Generationen auch die Chance des Überlebens lassen und ihnen eine Möglichkeit der Trinkwassernutzung geben. (Beifall bei der FPÖ. – 16.00 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (16.00 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Wir diskutieren über den Rechnungshofbericht der Überprüfung der Grazer Stadtwerke, und nachdem die Grazer Stadtwerke auch beim genannten Wasserverband Umland Graz beteiligt sind, hat sich dieser Prüfungsumfang auch auf diesen Verband erstreckt, dem ich vorstehe, so daß ich hautnah die Tätigkeit des Bundesrechnungshofes erleben konnte.

Vorausgesetzt, muß ich sagen, daß ich ihn natürlich grundsätzlich für sehr positiv halte. Es haben drei Herren mit Spezialkenntnissen jeweils aus der Wassertechnik, aus dem Verwaltungsrecht und aus dem kaufmännischen Bereich den Verband untersucht. Und diese Spezialisten haben die gleiche Aufgabe in ganz Österreich zu vollziehen, das heißt, sie haben einen immensen Erfahrungsschatz, und sie können überall nachschauen, wo ist etwas gut und wo ist etwas schlecht, und das Beste aus den vorhergegangenen Prüfungen ist dann der Prüfungsmaßstab für die neuen Prüfungen. Und sie können natürlich permanent dabei lernen und die Idealbedingungen als Maßstab stellen. Trotzdem, glaube ich, haben sie bei der Prüfung bei uns auch etwas lernen können, und ich möchte hier einige Dinge erwähnen.

Es sind die Grazer Stadtwerke erwähnt worden und daß es betriebswirtschaftlich beziehungsweise steuertechnisch unwirtschaftlich ist, diesen Betrieb in Form einer Ges. m. b. H. zu führen. Ich kenne die Hintergründe, sie sind in einem marktstrategischen Verhalten der Grazer Stadtwerke begründet, denen seinerzeit der jetzige Landeshauptmannstellvertreter als Generaldirektor vorstand. Und bekanntlich hat der Wasserverband Hochschwab-Süd sich zuerst die Rechte der Gewinnung am Hochschwab-Süd gesichert und hat dann aber diese Rechte an die Hochschwab-Zentralwasserversorgungsgesellschaft abgetreten, die nach dem Kapitalgesetz nunmehr als Nichtverband von den Grazer Stadtwerken dominiert werden konnte. So haben also die Gemeinden ihr politisches Gewicht in der Obersteiermark eingesetzt, um das Wasserrecht zu bekommen, den wirtschaftlichen Nutzen hat man aber dann über die Ges. m. b. H. an die Stadtwerke Graz abgetreten, auch das Verfügungsrecht. Das war ein marktstrategischer Zug, der aus der Sicht der Grazer Stadtwerke sicher richtig war, aber demokratiepolitisch doch einigmaßen weniger.

Ich möchte noch aufklären, daß die Konsensmenge im Hochschwab-Süd 150 Sekundenliter derzeit beträgt und Hochschwab-Nord mit Wien rund 6000 Sekundenliter hat. Das heißt, das Vierzigfache in etwa. Und die Leitung vom Hochschwab-Süd wird, wenn nicht neue Quellen erschlossen werden können, nie und nimmer voll ausgelastet werden können. Das heißt, man muß neue Gebiete in der Obersteiermark

erschließen. Und hier ist auf Grund der Topographie in erster Linie wohl Eisenerz das nächste Ziel, das erforderliche. Der Kollege Tilzer ist gerade nicht da, aber es wird hier sicherlich auch zu lokalen Spannungen kommen, kann ich mir vorstellen, wenn man aus diesen Bereichen Wasser ableitet.

Und da muß ich noch eine Mär zerstreuen: Die Meinung, daß das Hochschwabwasser in den Süden von Graz und ins Grazer Feld kommt, ist also wirklich eine Mär. Denn es gibt durch Graz keine geeignete Transportleitung, die eine entsprechende Wassermenge durchließe, weil das Grazer Wasserleitungsnetz zu schwach ist, und man müßte eine eigene Transportleitung durch Graz durchbauen, die einen sehr hohen Aufwand kosten würde, wirtschaftlich praktisch nicht durchführbar wäre, das heißt, man müßte am besten abwarten, bis der zweite Plabutschunnel gebaut wird, wo man in einem Zug diese Transportleitung mitlegen könnte. Seinerzeit wurde das verabsäumt. Das heißt also wiederum als Folge: Das Wasserwerk Kalsdorf muß aufrecht bleiben, damit im Grazer Feld eine Wasserversorgung funktioniert. Und, Kollege Chibidziura, ich darf dir sagen: In Kalsdorf ist man zur Zeit bei einem Nitratwert von 30 Milligramm pro Liter angelangt, das heißt, der Wert, der im Jahre 1999 rechtskräftig wird, 1994 bekanntlich 50 Milligramm, ist schon jetzt dort erreicht. Und zur Zuleitung der Teigtisch ist wohl zu sagen, daß man diese weiterhin im Auge behalten muß. Es ist eine Reserve, die unter Umständen genutzt werden muß, vielleicht sogar früher als man glaubt. Ich habe bei dieser Prüfung durch den Bundesrechnungshof mitgeteilt bekommen, daß wir einige Investitionen getätigt hätten, die wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen wären. Das war im Frühjahr des vergangenen Jahres. Und dann kam der trockene Sommer, und im Sommer hätten wir die Wasserversorgung nicht mehr aufrechterhalten können, wenn wir nicht diese Investitionen getätigt hätten. Das heißt also: Trotz aller Fachkenntnis der Prüfer ist die politische Verantwortung der Funktionäre nicht zu ersetzen und die Vorausschau über Jahre, denn eine Wasserleitung läßt sich nicht von heute auf morgen neu konstruieren oder umbauen, zumindest schwer möglich. Ich glaube, daß die Prüfung des Bundesrechnungshofes sehr sinnvoll ist, möchte aber abschließend noch einmal darauf hinweisen, daß Funktionäre mit einer guten Ortskenntnis und einem großen Verantwortungsbewußtsein nicht zu ersetzen sein werden. (Beifall bei der ÖVP. - 16.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Tschernitz.

Landesrat Tschernitz (16.06 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Nur ganz kurz zur Wortmeldung der Frau Abgeordneten Dr. Karisch: Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß die steirischen Wohlfahrtsträger eine wirklich hervorragende Arbeit leisten. Das ist sicherlich keine Frage. Ich möchte auch hier zur Klarheit nur sagen, daß sicherlich jene Beträge, die vom Sozialressort bezahlt werden, wirklich genau auch von der Rechtsabteilung 9 abgerechnet wurden, bevor ein Beschluß in der Regierung gefaßt wurde, weitere Subventionen zu vergeben. Es ist hier wirklich genauestens geprüft

worden. Probleme gibt es bei diesen Organisationen, und die sind bei allen gleich, daß sie sehr viel in diesem Bereich vorstrecken müssen, weil die Abrechnung immer erst sehr spät erfolgt. Erst rückwirkend, wenn die Unterlagen am Tisch liegen, weiß man, was die tatsächlichen Kosten sind. Also, diese Probleme haben alle diese Organisationen. Und ich weiß im Moment selbst nicht, ob es hier unter Umständen andere Möglichkeiten gibt. Derzeit ist es ja so, daß der Hauptanteil über die Rechtsabteilung 7 abgerechnet wird und von den Organisationen immer wieder die Sorge kommt: Wir müssen schon soviel Zinsen bezahlen, bis wir endlich das Geld erhalten. Es ist also auch für diese Organisationen schwierig. Ich möchte nur sagen: Von Seiten des Landes, in dem Bereich, wo ich etwas sagen kann, ist sicherlich 100prozentig von der Rechtsabteilung 9 geprüft worden.

Ich glaube aber - und ich sage das auch nur ganz kurz -, daß es doch zu einer gewissen Veränderung kommen soll. Daß man in der Novelle zum Sozialhilfegesetz die integrierten Sozial- und Gesundheitsprengel verankern soll, um damit wirklich eine Neuordnung finden zu können. Etwa auch mit diesem Koordinations-Ausschuß, wo alle Verantwortungsträger zusammengefaßt sind. Oder mit diesem Finanzierungstopf, in dem alle miteingebunden sind, so daß auch alle diese Wohlfahrtsträger nach einem einheitlichen Maßstab, nach gewissen Rahmenbedingungen sozusagen, die Subventionen erhalten könnten.

Ich glaube, daß dieser Weg diskutiert werden muß, daß es vielleicht doch auch für den einzelnen Träger dann besser sein wird und daß der Überblick eigentlich für alle Parteien, die überhaupt dazu beitragen, dann gegeben wäre.

Ich wollte nur anmerken, daß meinerseits sehr, sehr geprüft wurde in diesem Bereich und daß es andererseits schon einige Dinge gibt, die man, wie ich glaube, auch im Interesse der privaten Wohlfahrtsträger vielleicht besser gestalten könnte. (Beifall bei der SPÖ. - 16.11 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 694/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 33, betreffend die Überprüfung der laufenden Gebarung des Vereines Steiermark-Werbung, erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kurt Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (16.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 8. Juni 1993 ausführlich mit dem Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 33, betreffend die Überprüfung der laufenden Gebarung des Vereines Steiermark-Werbung, Einl.-Zahl 694/1, befaßt. Der Landesrechnungshof hat in Übereinstimmung mit Paragraph 18 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 am 5. August 1993 mitgeteilt, ob und in welchem Umfang der Bericht Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthält. Auch den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes wurde Rechnung getragen. Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 21. September 1993 beschlossen, den Bericht Nr. 33 unter Herausnahme jener Teile des Berichtes des Landesrechnungshofes, die zwischen den im Landtag vertretenen politischen Parteien unter Mitwirkung des Landesrechnungshofes und des Verfassungsdienstes vereinbart wurden, in der nunmehr aufliegenden Fassung dem Landtag zuzuleiten. Von einem Drittel der Abgeordneten des Kontroll-Ausschusses wurde gemäß Paragraph 18 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 begehrt, jene Berichtsteile des Landesrechnungshofberichtes Nr. 33, die durch das Ergebnis der Abstimmung in der Sitzung des Kontroll-Ausschusses vom 21. September 1993 von der Vorlage an den Landtag nicht ausgeschlossen wurden, dem Landtag vorzulegen. Ich darf Ihnen aus dem umfangreichen Bericht einige Feststellungen bringen. Der Bericht basiert auf Anträgen der zuständigen Landesrätin und einem Beschluß des Steiermärkischen Landtages.

Der Rechnungshof stellt im wesentlichen folgendes fest: Die Unterbringung der Steiermark-Werbung erfolgte disloziert im Landhaus und in St. Peter. In St. Peter ist der Verein Mieter in einem Objekt der Handelskammer. Zum Organigramm stellt der Landesrechnungshof fest: Obwohl der seinerzeitige Geschäftsführer seit Mai 1989 tätig war, erfolgte die Genehmigung des Organigrammes durch das Präsidium erst am 9. Juni 1990. Auch dieses Organigramm wird vom Rechnungshof kritisiert wegen mangelnder Effizienzkontrolle der einzelnen Bereiche, der Verwendung von zwei Chefsekretärinnen. Hierarchien im Betrieb sind nicht effektiv gestaltet, Abteilungsleiter sind nicht ausgelastet. Nicht alle Mitarbeiter sind Abteilungsleitern zugeordnet, für die EDV gibt es keine Kompetenzregelung.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse: Subventionen des Landes sind 1989 in Höhe von 22 Millionen Schilling, 1990 in Höhe von zirka 27 Millionen Schilling, 1991 in Höhe von 30 Millionen Schilling ergangen. Die Altlasten des Vereines konnten 1989 beim Antritt des neuen Geschäftsführers nicht festgestellt werden. Der interimistische Geschäftsführer vorher schreibt am 3. Mai 1989 an die Präsidentin, daß die für 1989 budgetierten Mittel nicht ausreichen. Außerdem beschwert er sich darüber, daß trotz wiederholter Versuche in dieser Angelegenheit kein Termin bei der Präsidentin zustande gebracht wurde. Bei Antritt des zwischenzeitlich entlassenen Geschäftsführers lag keine Eröffnungsbilanz vor. Es wurde auch weder vom Geschäftsführer noch vom Präsidium eine beauftragt. Der Landesrechnungshof ermittelt die Altlasten zum Antritt des Geschäftsführers mit 8 Millionen Schilling,

die akkumulierten Abgänge bis 1991 betragen 12,6 Millionen Schilling. In diesen 12,6 Millionen Schilling sind durch das Präsidium ergangene Überziehungsermächtigungen von 8 Millionen Schilling enthalten. Im Oktober 1991 tritt Zahlungsunfähigkeit der Steiermark-Werbung ein. Die Jahresabschlüsse wurden vom Präsidium und Vorstand jeweils genehmigt. Zum Berichtszeitpunkt war eine Eigenkapitalzufuhr in Höhe von 14 Millionen Schilling erforderlich.

Zum Geschäftsführer: Der Dienstvertrag war ungenau, die Überstundenregelung nicht korrekt. Der Rechnungshof beanstandet hohe Reisekosten, er beanstandet die Verdoppelung des Personalstandes unter diesem Geschäftsführer, obwohl beziehungsweise dafür war die Genehmigung des Präsidiums gegeben. Er beanstandet, daß keine Quartalsberichte vorgelegt wurden. Es ist aber dem Bericht zu entnehmen, daß einige vom Präsidium zur Kenntnis genommen wurden. Ebenso herrscht Unklarheit, ob das Budget 1990 jemals genehmigt wurde. Am 9. Juni 1990 wurde jedoch eine Überziehungsermächtigung über das vielleicht genehmigte Budget in Höhe von 5 Millionen Schilling erteilt. Ab Sommer 1990 kalkuliert der Geschäftsführer unwidersprochen mit einer Jahressubvention seitens des Landes von 50 Millionen Schilling. Nach einem Gespräch zwischen dem Präsidium und dem Herrn Landeshauptmann, an dem der Geschäftsführer nicht teilnahm, wurde am 29. Oktober 1990 dem Geschäftsführer mitgeteilt, daß die Subvention nur mehr 30 Millionen betragen werde. Der Geschäftsführer ersucht das Präsidium mehrmals um Diskussion, welche Aktivitäten einzuschränken seien, um mit den 30 Millionen Schilling auszukommen. Leider kam es zu einer derartigen Diskussion nicht. Am 19. April 1991 erging seitens des Präsidiums über Antrag von Bürgermeister Kröll eine weitere Überziehungsermächtigung von 3 Millionen Schilling. Im November 1991 wurde der Geschäftsführer entlassen. Verantwortliche Organe für den Berichtszeitraum waren der Geschäftsführer, dessen wesentliche Kompetenz war, die Beschlüsse der Organe zu vollziehen, die Mitgliederversammlung, die die Jahresabschlüsse zu genehmigen hatte, der Vorstand, dessen Kompetenz in der Mittelaufbringung und der Überwachung des Präsidiums und des Geschäftsführers lag, beziehungsweise das Präsidium und die Präsidentin, deren Aufgabe die Überwachung der Geschäftsführung, die Kontrolle der Vereinstätigkeit, die Beratung und Beschlußfassung des Budgets und die Verwaltung des Vermögens war.

Ich ersuche namens des Kontroll-Ausschusses, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (16.18 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 695/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 35, betreffend die stichprobenweise Überprüfung der Landesfremdenverkehrsabteilung im Sinne des Beschlusses vom 26. November 1991 des Steiermärkischen Landtages,

dem Herrn Abgeordneten Dr. Martin Wabl das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Dr. Wabl (16.18 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bezüglich der Vorgangsweise und der Vorlage dieses Berichtes über die Landesfremdenverkehrsabteilung darf ich auf die Ausführung meines Vordröners verweisen, wonach die Beschlußfassungen in denselben Sitzungen erfolgt sind und auch ein Drittel der Abgeordneten beantragt hat, daß der bereinigte Bericht heute dem Landtag vorgelegt wird. Was den Inhalt selbst anlangt, so darf ich darauf verweisen, daß die Landesfremdenverkehrsabteilung im Laufe der zehn Jahre durch verschiedene Ausgliederungen um einiges schlanker geworden ist. Und zwar wurde das Referat Marketing und Werbung dem Landesfremdenverkehrsverband übertragen, die Sportabteilung war kurzzeitig als Landessportbüro in die Landesfremdenverkehrsabteilung integriert, ist später wieder ausgegliedert worden, das Landesreisebüro ist dann privatisiert worden, die Fremdenverkehrskreditadministration wurde an die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung abgegeben. Andere neue zugeordnete Aufgabengebiete, wie Aktivitäten im Rahmen der ARGE Alpen-Adria, die Privatbettenaktion, Pisten- und Loipengütesiegeladministration, sind in ihrer Bedeutung und Effizienz nicht so gewichtig, daß sie die abgegebenen Bereiche wettmachen könnten. Auf Grund dieser Schlankheitskur ist auch die Anzahl der Bediensteten gesunken. Verblieben sind eigentlich im wesentlichen die Administration zum Steiermärkischen Tourismusgesetz 1992, die Privatbettenaktion im Bereich der Fremdenverkehrsförderung, die Wahrnehmung zwischenstaatlicher Beziehungen vor allem im Zusammenhang mit der ARGE Alpen-Adria und vielfältige Grundlagenarbeiten und Erarbeitungen von Fremdenverkehrskonzepten, vor allem auch im legislativen Bereich.

Ich beantrage, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (16.19 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Nach meiner Uhr ist es 16 Uhr und 19 Minuten. Ich habe elf Wortmeldungen. Wenn Sie sich entsprechend bemühen, könnten wir gegen 22 Uhr fertig sein. Aber wenn Sie sich etwas mehr anstrengen, könnte es 21 Uhr sein, und wenn Sie parlamentarisch wirken, könnte es 18 Uhr sein. Ich lasse mich darauf ein, daß es parlamentarisch sein wird.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg.

Abg. Dr. Frizberg (16.21 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir haben mit dem Bericht über die Landesfremdenverkehrsabteilung und über die Prüfung der Steiermark-Werbung sicherlich einen politisch brisanten Bereich vorliegen, aber auch eine Prüfung über einen Zeitraum, der auf Grund der vielen Veränderungen, die sich in diesem Zeitraum abgespielt haben, hochinteressant ist.

Es ist deshalb vor allem sehr viel auch an Kritik zustande gekommen, weil in diesem Wandel der Aufgaben die Verwaltung zum Teil nicht schnell genug sich auf diese neuen Aufgaben eingestellt hat und dort, wo Aufgaben verloren gegangen sind, abgegeben wurden, nicht entsprechend rasch sich darauf auch eingestellt hat und reduziert hat.

Die Hauptkritik, gerade bei der Landesfremdenverkehrsabteilung, für die Vergangenheit, also für diese Zeit der Umwandlung besteht auch darin, daß es eine Vermischung von Aufgaben, von Kompetenzen und eine Unübersichtlichkeit in der Abwicklung gegeben hat. Ich sehe diesen Hauptkritikpunkt insofern auch als bedeutsam an für alle anderen Bereiche, die wir in der Verwaltung haben, und als Lehrbeispiel gerade für die Sektoren, in denen wir Ausgliederungen machen, denn in meinen Augen ist ein wesentlicher Punkt die Inkonsequenz, daß man Ausgliederungen zwar macht, aber auf der anderen Seite, dort, wo ausgegliedert wurde, dann nicht rasch genug eben eine Neuorganisation und Einsparungen macht. Es ist jedoch schon auch festzuhalten, daß über die lange Frist, wenn man vergleicht, 1983 waren 27 Mitarbeiter allein in der Landesfremdenverkehrsabteilung für diese Bereiche zuständig, 1992 hat man da auf neun hauptamtliche, zwei halbtägig Beschäftigte und zwei geschützte Arbeitsplätze reduziert, also es ist durchaus der Fall, daß bis heute diese Konsequenz jetzt durchgezogen wurde. Es bleibt natürlich offen, daß noch einiges hier im Laufe der Zeit fertiggestellt wird.

Die Aufgabenstellung der Landesfremdenverkehrsabteilung hat sich heute vor allem natürlich auf das Tourismusgesetz konzentriert, und es war eine der ganz wesentlichen Aufgaben der Landesfremdenverkehrsabteilung, dieses Tourismusgesetz auszuarbeiten. Und gerade jetzt ist die Hochphase der Umsetzung, für das auch hier die Abteilung, glaube ich, nicht zu wenig zu tun hat. Die neuen Schwerpunkte sehe ich für diese Abteilung vor allem in Fremdenverkehrskonzepten und in der Erarbeitung von Infrastrukturüberlegungen, Aufgabenstellungen, die insbesondere dort Bedeutung haben werden, wo wir mit direkten Förderungen und dergleichen mehr entweder gar nicht mehr eingreifen können, weil solche Förderungen nicht möglich sind, auch finanziell vielleicht nicht machbar sind, auf der anderen Seite ist es einfach ein Rechnungstragen der Tatsache, daß über Infrastruktur auch gerechter Förderungen verteilt werden können.

Ich möchte jetzt da kurz zur Steiermark-Werbung hinüberstreifen, weil auf diesem Sektor auch der politisch brisantere Bereich für mich zu sehen ist. Und ich erinnere daran, wir haben ja nicht zum ersten Mal eine Debatte über dieses Thema, sondern wir haben am 26. November 1991 eine dringliche Anfrage der Kollegen Vollmann, Flecker, Vesko, Weilharter und so weiter gehabt, Betreff: Entlassung des Geschäftsführers der Steiermark-Werbung. Also diese Entlassung des Geschäftsführers der Steiermark-Werbung war eine eigene dringliche Anfrage und Diskussion hier wert. Es ist eigentlich eine Generaldebatte dann geworden über Tourismuspolitik, über die Abteilung und auch über die Ausgliederungen. Aber was mich heute interessiert, ist: Der Herr Abgeordnete Vollmann war es insbesondere, der sich damals besonders hervorgetan hat, einerseits in durchaus nicht ganz unüblichen Anwürfen, die wir schon kennen, aber vor allem auch als Haus- und Hofverteidiger des Herrn Geschäftsführers, des entlassenen Herrn Geschäftsführers, unter dem es in der Steiermark-Werbung zu dieser Inliquidität gekommen ist. Und der Herr Abgeordnete Vollmann hat damals

sich auch als Antragsteller betätigt, dahin gehend, in einem Zusatzantrag „der Geschäftsführer möge die Geschäfte weiterführen“. Und genau aus diesem Blickwinkel heraus ist es für mich schon interessant, jetzt zu schauen: Was hat die Prüfung des Rechnungshofes, die wir damals gemeinsam einstimmig beantragt haben, ergeben über die Tätigkeit in dieser Geschäftsführung und in diesem Verein „Steiermark-Werbung“ – damals war es ja noch ein Verein, heute ist es eine Ges. m. b. H. geworden.

Der Rechnungshof hat hier wirklich eine tadellose Arbeit geleistet, ich darf mich hier an dieser Stelle bei allen Beamten, die damit befaßt waren, recht herzlich bedanken, weil es war nicht immer einfach, es war teilweise sehr heikel. (Abg. Dr. Flecker: „Es war vor allem sehr schwer, die Präsidenten aus dem Bericht herauszunehmen!“) Und es ist uns vor allem sehr bekannt, daß die Unterlagen, die hier vorgelegt wurden, auch dem Rechnungshof gerade in den Beantwortungen durch die Geschäftsführung nicht immer einfach, nicht immer leicht gemacht haben. Die Kritikpunkte des Rechnungshofes, die wir heute vorliegen haben, waren einerseits an den Verein, an die Organe, daß diese Organe des Vereines auf klaren Budgetentwürfen, auf Plan-Ist-Vergleichen hätten drängen müssen und das nicht ausreichend passiert ist und daß diese Organe, nachdem der Geschäftsführer seinen Aufgabenstellungen teilweise nicht nachgekommen ist und die Vorschläge und Aufträge der Organe nicht erfüllt hat, daß sie diesen gegenüber schon rascher hätten handeln müssen. Und damit kommt man zum Hauptproblem: Rasches Handeln der Organe wird nämlich deshalb verlangt, weil die Geschäftsführung ihren Pflichten nicht nachkommt. Und da gibt es doch eine lange Latte von offenen Kritikpunkten, die der Rechnungshof festhält.

Ich führe einige davon an, Kritikpunkte an der Geschäftsführung, am Geschäftsführer. Wider besseres Wissen wurde mit einem überhöhten Budget spekuliert, sagt der Rechnungshof. Mangelnde Organisation, es wurde kein Organigramm vorgelegt. Keine einheitliche Organisation der Einzelabteilungen. Die Angebotsbetreuer wurden nicht ausreichend auf ihre Effizienz, auf ihre Tätigkeit kontrolliert. Das Incoming-Reisebüro war nicht kosteneffizient. Die Vergaberichtlinien wurden nicht eingehalten. Trotz Auftrag des Präsidiums wurden keine Vergaberichtlinien erstellt. Der Sommerhauptkatalog 1991, die Produktionsaufträge wurden teilweise nicht an Billigstbieter vergeben. Und es gibt die bekannte Geschichte, die wir schon letztes Mal debattiert haben, daß der Geschäftsführer Aufträge unterteilt hat, um innerhalb der ihm zustehenden Rahmen vergeben zu können, obwohl der Gesamtauftrag diese Grenzen bei weitem überschritten hat. Mit diesen Bereichen werden sich ohnedies noch die Verfahren beim Gericht beschäftigen müssen. Es gibt noch eine Reihe von anderen Geschichten, vom Fotomodell aus London bis zu den Prospekten, die dann von einer Entsorgungsfirma vernichtet werden mußten, nachdem sie nicht mehr verwendet werden konnten.

Also, es gibt wirklich eine lange Latte. Und alle diese schwerwiegenden Mängel der Geschäftsführung haben ja dann zu dieser Entlassung des Geschäftsführers durch die Frau Landesrat, als Vereinsobfrau,

geführt. Die Frau Landesrat Klasnic hat also gehandelt. Die Vorwürfe, die dieser Entlassung zugrunde liegen, sind ja jetzt im Rechnungshof überwiegend bestätigt und nachzulesen.

Was das Arbeitsrecht und die Konsequenzen daraus besagt, das ist eine Frage. Und das ist eine Frage, die nicht wir hier zu behandeln haben, sondern das werden die Gerichte zu klären haben.

Heute möchte ich Ihnen aber schon, Herr Kollege Vollmann, die Frage stellen, wie sehen Sie heute Ihren Zusatzantrag vom 26. November 1991, der interessanterweise auch von den Freiheitlichen mitbeschlossen wurde? Sie haben damals beantragt, den entlassenen Geschäftsführer mit der Geschäftsführung weiter zu betrauen. Würden Sie den Herrn Geschäftsführer auch in Kenntnis der Berichte des Rechnungshofes, die heute vorliegen, mit der Geschäftsführung weiterbetrauen? Würden Sie ihm auch heute wieder dieses Vertrauen aussprechen, das es Ihnen wert war, eine eigene dringliche Anfrage hier im Landtag einzubringen? Und die politische Frage, die sich daran natürlich auch schon anknüpft – geht natürlich an SPÖ und FPÖ, die das ja gemeinsam beschlossen haben –, sehen Sie es von der Vorgangsweise heute noch als richtig an, so wie Sie es beschlossen haben als Landtag, als Gesetzgeber, als Legislative, dem Regierungsmitglied, also der Exekutive, vorzuschreiben, wer als Geschäftsführer zu beschäftigen ist? Das haben Sie ja mit Ihrem Antrag und dem Beschluß darüber quasi versucht. Ich glaube, an dieser Beantwortung, ob Sie das heute auch noch in Ihrer politischen Linie so sehen würden, sollte man sich nicht vorbeibewegen.

Das ändert selbstverständlich nichts daran. Und ich habe mich für die Arbeit des Rechnungshofes bedankt, weil ich wirklich der Meinung bin, daß man alle Kritikpunkte auch vorzeigen soll, daß wir die Lehren in der Verwaltung, in der Fremdenverkehrsabteilung, in der nunmehrigen Tourismus-Ges. m. b. H. natürlich ziehen müssen aus den Fehlern der Vergangenheit. Und eine Schlußfolgerung, die – glaube ich – auch klar ist: Wenn wir in Zukunft wiederum Ausgliederungen, in welcher Form auch immer, machen, dann bitte mit Konsequenz. Ich glaube, das ist eine Schlußfolgerung, deren wir uns alle bewußt sein sollen bei all den Beschlüssen, die wir auch jetzt noch in diesem Landtag in diesem Jahr noch treffen werden. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (16.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Eigentlich bin ich ein wenig stolz darauf, daß mich mein Vorredner, der Herr Dr. Frizberg, als den Verteidiger, als den Haus- und Hofverteidiger – darf ich das so sagen – des Herrn Pohl bezeichnet, denn ich bin immer dafür eingetreten, daß Konsequenzen dann zu ziehen sind, wenn klare Verantwortungsbereiche vorliegen, und daß dann jemand zu verurteilen ist, wenn seine Schuld bewiesen ist. Nun habe ich schon dafür Verständnis, daß jemand, der selber seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat, versucht, diese Verantwortung in dem Augenblick loszuwerden,

wo er meint, er könnte diese Verantwortung nicht mehr abdecken. Das zeigen auch die Protokolle des Präsidiums, die sich hier zum Teil bei mir befinden und die ich zitieren könnte, mit der Abgabe eines Teiles der Verantwortung an einen Geschäftsführer, an den Herrn Merlini, von der Frau Klasnic als Landesrätin, die ja im Statut und in den bezughabenden Bestimmungen, die der Verein beschlossen hat, als die Verantwortliche gilt und dasteht, weil sie eben – das habe ich auch bitte, um es richtigzustellen, ihr einmal gesagt – einfach nicht die nötige Zeit aufgebracht hat, sich den Problemen des Vereines zu widmen und damit auch des Fremdenverkehrs. Ich darf das auch untermauern mit einem Amtsvortrag des Herrn Schnedlitz vom 3. Mai 1989, wo er schreibt: Liquidität des Landesfremdenverkehrsverbandes per Anfang Mai 1988: „Sehr geehrte Frau Landesrat! Ich versuche nun schon längere Zeit, einen Termin bei Ihnen zu bekommen, um über den momentanen Stand unserer Finanzen und dessen Folgen mit Ihnen zu sprechen.“ Und dann schreibt er weiter: „Wir bezahlten bisher an Sachaufwand 6,950.000 Schilling, aus dem Sachaufwand dazu noch 6,400.000 Schilling, und es würde gerade reichen mit der Zuteilung der zwei Sechstel, diesen Schuldenstand, der sich in vier Monaten angewachsen hat, abzudecken.“

Meine Damen und Herren, ich bin gerne bereit, hier auch den Nachweis anzutreten, daß es guter Brauch war, in der Landesfremdenverkehrsabteilung, in der späteren Werbung- und Marketingabteilung, in der Steiermark-Werbung und in der heutigen Tourismus-Ges. m. b. H. hoffe ich, wird es nicht fortgesetzt, Herr Kollege Dr. Frizberg, Schulden zu machen. Und, lieber Kollege Dr. Frizberg, Sie haben selber gesagt, daß der Wandel der Aufgaben lange Anpassungszeiten verlangt hat und daß auch als Entschuldigung für die Untersuchung beim Landesfremdenverkehrsverband und den Fehlern, die es dort gegeben hat, aufgezeigt hat und angeführt hat. Ich teile völlig Ihre Meinung. Es treten bei Ausgliederungen und in deren Folgen Fehler auf, wo man erst im Zuge des Verantwortungsbereiches darauf aufmerksam gemacht wird oder daraufkommen muß. Und ich sehe auch die Verantwortung des Präsidiums und der Präsidentin, die genau taxativ aufgezählt ist, darin, daß die Überwachung der Bereiche viel früher erfolgen hätte müssen, wobei ich damit oder dabei noch immer nicht sagen will, daß der Herr Pohl als Geschäftsführer hier Fehlhandlungen an den Tag gelegt hat. Ich bin auch dann noch bereit, einige Dinge dazu vorzulesen.

Meine Damen und Herren! Aber um das gesamte Konvolut einmal aufzulisten, muß man erst einmal die Entstehungsgeschichte der österreichischen oder steirischen Tourismus Ges. m. b. H. überhaupt sehen. Die österreichische ist mir deswegen eingefallen, weil wir rund 12 Millionen Schilling dort als Beitrag jährlich hinzahlen und verhältnismäßig wenig an Feedback im Endeffekt auch erhalten. (Abg. Purr: „Das ist aber so üblich! Das ist kein Einzelfall!“)

Na ja, was üblich ist, müssen wir ja nicht unbedingt fortsetzen, Herr Kollege. Wenn wir feststellen, daß es nicht gut ist, sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, was wir unternehmen könnten.

Meine Damen und Herren! 1964 ist die Gründung des Landesfremdenverkehrsverbandes erfolgt. Im Juni

1984 dann ein eigenes Referat für Fremdenverkehr errichtet worden, das damals noch im Bereich des Landes einen Geschäftsführer Friedel hatte, der einen besonderen Status in dem Bereich gehabt hat. Er ist nämlich angestellt gewesen beim Landesfremdenverkehrsverband und beim Land Steiermark mit einem Salär, das fast dem des späteren Geschäftsführers entsprochen hat, allerdings bitte acht Jahre vorher. Und am 1. Mai 1986 ist dann dem der Herr Hotter gefolgt als Nachfolger, der kurze Zeit später, nämlich im Oktober 1988, wegen der Querelen und der Probleme, die er gehabt hat, bereits das Handtuch geworfen hat. Und, meine Damen und Herren, Josef Schnedlitz, der vom Abgang von Hotter bis zum Eintritt von Pohl kurze Zeit Geschäftsführer war, hat selber in einem Brief und in mehreren Darstellungen aufgelistet, welche Probleme er hatte. Ich darf Ihnen jetzt deshalb diesen letzten Absatz seines damaligen Amtsvortrages vorlesen, wo er schreibt: „Wenn wir nun diese beiden Budgets“ – da hat es nämlich noch zwei Budgets gegeben – „zusammenfassen, ergibt sich folgendes Bild: Für das Jahr 1989 steht uns ein Gesamtbudget von 28,5 Millionen zur Verfügung. Davon haben wir bisher bereits 11,9 Millionen für Rechnungen aus 1988 und 1989, nämlich nach vier Monaten, bezahlt. Die bereits vorliegenden, aber noch nicht bezahlten Rechnungen belaufen sich auf eine Gesamtsumme von weiteren 7,11 Millionen, so daß vom Gesamtbudget, von nämlich diesen 28,5 Millionen zu diesem Zeitpunkt, nämlich im April, nach vier Monaten bereits 19 Millionen verbraucht waren.“ Ja, meine Damen und Herren, was das heißt, halten Sie sich bitte vor Augen. Es war immer üblich, und auch der Rechnungshof führt das an, mit den Ist-Vergleichen und mit den Soll-Vergleichen, daß überzogen worden ist, daß Schulden für das nächste Jahr gemacht worden sind und daß diese Schulden einfach fortgeschrieben worden sind. Und irgendwann einmal hat man das nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Im Protokoll der Präsidiumssitzung vom 5. Juli 1989 im Landhaus, Beginn 11 Uhr, heißt es unter anderem: Administrativer Bereich. Betreffend der noch zu bezahlenden Rechnungen aus dem Jahre 1988, die uns erst im Jahre 1989 zugegangen sind, wurde beschlossen, sie als Altlasten zu deklarieren, damit die Bilanz nicht geändert werden muß. Was heißt denn das, meine Damen und Herren? Das heißt mit anderen Worten, daß der Vorwurf an den Herrn Geschäftsführer, keine Bilanz gelegt zu haben, falsch ist. Denn das Präsidium bestätigt selber, eine Bilanz erhalten zu haben, die nicht geändert werden soll, und daß diese Altlast durch irgend welche andere Geldflüsse und Zuführungen abgedeckt werden muß.

Meine Damen und Herren, AV, das heißt, Amtsvortrag für den Herrn Geschäftsführer Pohl vom 31. August 1989: Konsequenzen aus Grabenwarther-Bericht, wobei zu bemerken ist, daß der Herr Pohl seine Tätigkeit am 1. Mai 1988 angetreten hat und dann ein Bericht verfaßt worden ist über die Vergangenheit. Hier ergibt sich ebenfalls diese Problematik, daß die fehlenden Aufzeichnungen über bestimmte Abkommen mit der AUA, fehlende uneinheitliche Dienstverträge für Mitarbeiter, Mängel in der Reisekostenabrechnung, Überstundenabrechnung

und Entlohnung und so weiter erfolgt ist. Ja, meine Damen und Herren, wer sich beispielsweise ganz genau den Bericht der Landesfremdenverkehrsabteilung angeschaut hat, hat festgestellt, daß beispielsweise der Rechnungshof anführt, daß die Herren, die dort beschäftigt sind, nämlich drei an der Zahl, seit dem Jahre 1978 ihre Überstunden mit-schreiben und fortschreiben.

Wissen Sie, was das heißt in diesem Zusammenhang? Die Herren schreiben ihre Überstunden fort, um sie aufzuzeichnen, um zu zeigen, was sie zu leisten haben. Ich zitiere aus dem Bericht:

Der Herr Dr. H. 3582,2 Stunden bei einem Durchschnitt von 173 Stunden pro Monat ergibt das 20,7 Monate oder 1,8 Jahre. Der Herr Dr. H. E. 5434,6 Stunden, das entspricht 31,4 Monaten oder 2,6 Jahren. Und der Herr Dr. P. 3131,6 Stunden, 18,1 Monate, das entspricht 1,5 Jahren. In 13 Jahren bitte, allerdings fortgeschritten, was heißt das? Die Leute kommen mit ihrer Arbeit nicht zusammen, und dem Herrn Pohl macht man den Vorwurf, er sitzt ja da hinten und wird sich das heute auch anhören, er hätte hier zuviel Personal beschäftigt.

Ja, meine Damen und Herren, wenn mein Vordrucker angeführt hat, daß in der damaligen Fremdenverkehrsabteilung bereits 27 Personen beschäftigt waren und zu einem späteren Zeitpunkt samt dem Landesfremdenverkehrsverband oder der Steiermark-Werbung und den Leuten zwölf, acht plus vier Teilzeitbeschäftigten, die in der Landesfremdenverkehrsabteilung tätig waren, und der Zeitraum von 13 Jahren gesehen wird und die Leistung von Überstunden, ja bitte schön, wo liegt dann in der Frage der Überstundenleistung und der Einteilung das Fehlverhalten? Und bitte schön, Sie werden meine Meinung teilen, daß dort, wo Mehrleistungen empfangen und angeordnet werden, diese auch zu bezahlen sind. Aber das, bitte, war sicherlich auch nachweisbar dem Präsidium und dem Vorstand jederzeit bekannt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es wird langsam Zeit, daß man von den langen Problemen, die wir mit dem Landesfremdenverkehr gehabt haben, und allen anderen Dingen irgendwann einmal wekommt. Und ich teile natürlich die Meinung des Herrn Dr. Frizberg, daß nach einem bestimmten Zeitraum aufzulisten ist, was ist geschehen und was ist zu beseitigen. Und es haben sich die Damen und Herren, ich glaube, es waren nur Herren, des Rechnungshofes natürlich hier bemüht, hier aufzulisten, was ihnen aufgefallen ist. Ich muß ihnen nur den Vorwurf machen, daß die Abfassung des gesamten Berichtes manchmal nicht dem Stil entspricht, der normalerweise von einem Rechnungshof angewendet wird in seiner Aussagekraft und in seinen Bereichen.

Meine Damen und Herren, es hat sicherlich auch der Rechnungshof in seinen Feststellungen Fehler gemacht wie wir alle, Kritikpunkte aufgezeigt, die er vielleicht doch nicht so hinterfragt und untersucht hat, wie sie im Endeffekt auch geschehen sollen. In der langen Geschichte der Tourismusmanager und Pohl-Vorgänger, es war eine erhebliche Zahl, nämlich vom Jahre 1983 weg bis zu seiner Einstellung 1989 waren es acht Leute, die befaßt waren damit, Hofrat Geißbacher, Hofrat Hermann, Regine Schmidt, Fritz Trafler, der mit Pomp ernannt worden ist, darf ich das

auch sagen, nie aufgetreten ist und so still wieder verschwunden ist, weil er das nie erreichen konnte, was ihm zugesagt hat. Rainer Friedl mit Doppelaufgaben, aber natürlich auch mit Doppelbezug, Frau Mag. Ilse Schmalz, der Herr Erich Hotter, der auch das nicht erreicht hat, was ihm zusagte, der Herr Josef Schnedlitz und zum Schluß der Herr Herbert Pohl. Und nun nach der Ausgliederung - ich sage bitte Privatisierung - der Tourismus Ges. m. b. H. eine neue Entscheidung, den Herrn Schrötter der - so höre ich - aus 80 Bewerbern als der Beste hervorgegangen ist, als der neue Geschäftsführer. Ob er die Geschäftsführung antritt, meine Damen und Herren, wissen wir bis heute noch immer nicht, weil ich höre, es gebe Probleme mit dem Vertrag, allerdings aus der Zeitung.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, er tritt sie an, er ist bekannt als ein guter Fachmann. Frau Präsidentin und Landesrätin, Sie haben natürlich recht, ich habe den Herrn Merlini vergessen. Auch er hat sicherlich in dieser Zeit versucht, den Verein gut zu führen, und mir fällt in diesem Zusammenhang ein, daß in diesen zwei Jahren der Auseinandersetzung sich die Bediensteten der Steiermark-Werbung oder heutigen Tourismus Ges. m. b. H. samt allen, die draußen im Lande, die mit Tourismus zu tun haben, bemüht haben, das Beste für dieses Land zu tun. Denn wäre es von den Problemen, die wir hatten, nämlich intern in diesen zwei Jahren, die Zeitungen schreiben es ja auch so, wenn Sie es nachlesen, abgehängt, dann wäre es wahrscheinlich um den steirischen Tourismus nicht so gut bestellt, wie es jetzt momentan der Fall ist. Meine Damen und Herren, zwei Dinge, auf die ich noch zurückkommen muß. Erstens, ich habe hier in diesem Zusammenhang irgendwann einmal - ich habe leider das Protokoll nicht mehr angeschaut - die Frage des seinerzeit erstellen Tourismuswerbefilmes durch Vrezer angeschnitten. 2,9 Millionen Schilling sind für diesen Werbefilm ausgegeben worden. Er dauerte lange, ich habe ihn gesehen, inzwischen kaum mehr gesehen. Ich weiß es, vier Minuten sind übriggeblieben oder fünf, die ausgezeichnet worden sind. Ja, aber - meine Damen und Herren - zeigen Sie schnell hier auf, wer ihn gesehen hat. Sehr wenige, der Herr Frizberg, sehe ich, reißt die Hand in die Höhe, der Herr Flecker, aber viele andere nicht mehr. Interessant ist ja die Bezahlung dieser ganzen Sache. Denn eine Million ist seinerzeit als erste Teilzahlung noch über die Tourismus-Ges. m. b. H. gegangen oder über die Steiermark-Werbung, auch gezwungenermaßen am 25. April 1990, die der Herr Pohl als Geschäftsführer unterzeichnen durfte. Die zweite Teilzahlung ist bereits ohne Pohl über Abzeichnung des Herrn Merlini erfolgt am 6. Mai 1991. Man merke auf: am 6. Mai 1991, bitte. Die Restzahlung weiß ich nicht, wann sie erfolgt ist, aber sie hat 900.000 Schilling betragen, Frau Landesrat. Vielleicht sollte sich auch diesem Bereich einmal der Rechnungshof widmen. Wir werden uns überlegen, ob wir einen entsprechenden Antrag stellen, daß das Ganze einmal untersucht werden kann.

Meine Damen und Herren, Geldflüsse sind etwas, das anscheinend nie sehr ernst genommen worden ist in diesem ganzen Bereich. Ich habe mir hier den Budgetbericht beziehungsweise den Rechnungshofbericht angesehen in der Frage der Subventionen, die

über die Landesfremdenverkehrsabteilung gegangen sind. Subventionen an das Ferienmagazin, an die Gösser Schlösserstraße, an andere Bereiche in Höhen, für die sich ein Verein, eine Region, ein Regionalverband die Finger abschlecken würde.

Meine Damen und Herren, eine Subvention ist beispielsweise ergangen an die ÖHU, das ist – so entnehme ich dem Schreiben – die Österreichische Hausfrauen-Union, die schreibt, für Fremdenverkehr würde sie Hilfstätige ausbilden für die Gastronomie, sie müßte die Miete, den Strom, die Kosten für die Aufräumerin und Telefonspesen bezahlen in der Höhe von 21.265 Schilling, sie kommt mit dem Geld nicht aus. Das Land Steiermark gewährt ihnen sowieso schon eine Subvention von 100.000 Schilling, steht drinnen, jeweils in sechs Raten, beginnend mit April, aber sie brauchen noch ein Geld, und die Frau Landesrat hat dann draufgeschrieben, Dr. Koiner mich fragen, und hat dann dazugeschrieben 20.000 Schilling, wobei man sich in dem Brief bedankt, daß man im Jahr vorher schon einmal gut beteiligt worden ist. Meine Damen und Herren, ich lehne das schlichtweg ab, und ich nenne das Parteienfinanzierung. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Der Rechnungshof stellt auch fest: 86.000 Schilling für das Referat Frau, Familie, Gesellschaft, die Frauenakademie 1990. Und ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Unterstützungen für Einzelbereiche erfolgen müssen, nur, bitte schön, was geht das Fremdenverkehrsbudget die Frauenakademie an, die sich bitte mit Honoraren befaßt, wo alleine für die Workshopleitung 28.220 Schilling für drei Tage verlangt werden, oder 14.110 Schilling ebenfalls für eine Assistentin im Workshopbereich. Meine Damen und Herren, mit Budgetmitteln, so heißt es, und gerade im Fremdenverkehr muß man sorgsam umgehen, weil sie dem Bereich des Tourismus und des Fremdenverkehrs zugute kommen sollen, und sie nicht einfach als Parteienfinanzierung hinausgeben. Meine Damen und Herren, ich könnte diese Serie natürlich noch fortsetzen mit der Frage der Finanzierung des Bonbonballs, mit der Saalmiete von 40.000 Schilling, 30.000 Schilling für die Einrichtung einer Diskothek dazu, mit einer Zahlung an den Herrn Alex Rehak oder sein Unternehmen, das Schallplatten mit Weihnachtsliedern herstellt und 150.000 Schilling dafür bekommen hat. Ja, meine Damen und Herren, ich frage Sie wirklich einmal in diesem Hause, wo ist hier die Frage der berechtigten Finanzierung und Unterstützung zu sehen, wobei wir wissen, daß draußen im Lande die Regionalverbände dahingetappt haben. Ich weiß schon, daß wir mit diesem Tourismusgesetz – ich sage das auch ganz bewußt – neue Voraussetzungen gemeinsam geschaffen haben, alle drei hier im Landtag vertretenen Parteien. Ich sage aber auch dazu, und das habe ich damals bei der Beschlußfassung gesagt, sollten uns Fehler passiert sein, so sind diese Fehler zu berichtigen. Es zeigen sich momentan doch einige Dinge, die nicht passen und die nicht in Ordnung sind.

Zum letzten: Ich habe einmal das Vertragszustandekommen mit dem Herrn Pohl hier geschildert. Ich bin nicht sehr glücklich darüber, daß ich das wiederholen muß, weil ich glaube, daß das ein sehr persönlicher Bereich der Frau Landesrätin war. Aber, meine Damen und Herren, nach einer großartigen Empfehlung von Freunden in Salzburg hat sie sich mit dem Herrn Pohl

am Neujahrstag getroffen – ich wiederhole das, ich habe es aber schon einmal gesagt –, und dort ist dieser Vertrag ausgehandelt worden. Er ist nur lange nicht zustande gekommen, weil man sich über den Inhalt nicht einigen konnte. Und so, meine Damen und Herren, ist es dazu gekommen, daß dann im Endeffekt einen Tag vor einem Gang in das Krankenhaus dieser Vertrag in einem einseitigen Werk – wenn Sie es nachlesen, so macht kein Mensch bitte einen Vertrag, ich zeige Ihnen andere Verträge, die gemacht worden sind –, in einem einseitigen Werk dargelegt worden sind, wo weder die Aufgaben umschrieben sind, wo weder alle anderen Bereiche drinnen sind und wo auch diverse andere Dinge noch ausgeschlossen worden sind.

Meine Damen und Herren, ich verstehe schon, daß beide damals unter einem bestimmten Druck gestanden sind, unter der Frage „Na, was passiert, wenn die Frau Präsidentin nicht mehr Präsidentin des Verbandes ist? Steht ein etwaiger Nachfolger auch noch zu diesen Bereichen?“ Aber, meine Damen und Herren, das darf im Endeffekt die Entscheidung für die Unterschrift unter bestimmte Verträge sein. Ich glaube, allen, die davon Kenntnis erhalten haben, ist die Sache doch ein bißchen komisch vorgekommen.

Zum allerletzten: Es haben das Präsidium in seiner Aufsichtspflicht und die Frau Präsidentin in ihrer Aufsichtspflicht bestimmte Bereiche nicht wahrgenommen, die sie wahrnehmen sollen. Und wenn man dem Herrn Pohl deswegen, weil er versucht hat, für den Tourismus immer mehr Geld zu bekommen, verurteilt, dann müßte wahrscheinlich auch die Vorsitzende, die ihre Aufgabe nicht entsprechend wahrgenommen hat, sagen, und ich gehe mit. Daher kann für mich die Forderung nur sein: Frau Präsidentin, ziehen auch Sie die Konsequenzen aus dieser Hauptverantwortung, und geben Sie Ihre Aufsicht darum ab. Ein anderes Regierungsmitglied kann das sicherlich übernehmen. Im Aufsichtsrat sitzen Sie ja selber nicht mehr, da sitzt ja die Frau Dr. Koiner oder der Herr Merlini für Sie nunmehr und andere. Und ich hoffe auch, daß nunmehr diese Tourismus Ges. m. b. H. der parteipolitischen Einflußnahme endlich entzogen ist. Ich sage es auch, warum, meine Damen und Herren, denn da gibt es einen lieben Aktenvermerk auch drinnen, der sehr nett war, wie ich ihn gelesen habe, und eigentlich mußte ich lächeln. Da gibt es eine Anweisung an einen Herrn, wo drinnen steht „Erklärung in der Öffentlichkeit für die Steiermark-Werbung gibt nur einer in positiven Angelegenheiten ab, das bin ich“ – schreibt die Frau Klasnic – „in positiven Angelegenheiten“. Wer gibt dann bei den negativen Angelegenheiten die Erklärungen ab, da darf jeder andere hingehen.

Kollege Vesko, mit dir trage ich gerne auch diese Konsequenz. Aber, meine Damen und Herren, so geht das sicherlich auch nicht, daß man sich nur dort hinstellt, um zu glänzen, sondern natürlich auch die Probleme trägt. Meine Damen und Herren, es wurden Bereiche angeschnitten heute durch meinen Vordredner, die die Frage Fotomodell behandelt haben, die Frage erhöhtes Budget, Kontrollen der Sommerhauptkataloge – entschuldigen Sie, Sommerhauptkataloge, da fällt mir noch etwas ein. Denn bitte, eines muß man einmal klar und deutlich sagen, daß der zweite Katalog so billig hergestellt werden konnte, Herr

Merlini, Sie sind mir nicht böse, liegt darin, wenn man den Unterschied sieht, was zu leisten war und an Vorarbeit zu machen war, daß nur mehr im Endeffekt die Druckkosten draufkommen oder eine geringfügige Bearbeitung, dann kann man leicht billiger arbeiten. Daß sich der Bereich Fotomodell als Umkehrschluß gezeigt hat, zeigen auch die Rechnungen, Herr Kollege, die hier beiliegen. Ich glaube aber, man sollte nicht bei Zigaretten- und Gasthausrechnungen allein einmal reden. Ich würde gerne einmal den Rechnungshof hören, wenn er die Bewirtungskosten der Regierungsmitglieder und die Rechnungen anschaut, wie viele Packerln Zigaretten und sonstige Dinge dort darauf sind, wenn man Gäste bewirbt. Ja bitte, meine Damen und Herren, diese Testimonials, die damals gearbeitet haben, haben nicht einmal eine Bezahlung bekommen, sondern haben geraucht und etwas getrunken, und das hat 300 Schilling gekostet. Manchmal frage ich mich im Endeffekt, wo hier die Möglichkeiten des Denkens und im Endeffekt auch die Möglichkeiten der Entscheidungen liegen.

Meine Damen und Herren, ein Letztes, zu den 3 Tonnen Papier, die angeblich hier eine Entsorgungsfirma beseitigt hat. Es hat sich dabei nicht um neuere Prospekte, sondern um alte Ladenhüter, die nicht mehr brauchbar waren, die in den Jahren vorher sich dort unten angesammelt haben, gehandelt, die beseitigt wurden, weil kein Platz mehr da war für die neuen Prospekte und die neuen Kataloge, die herauskommen mußten. Und daher, meine Damen und Herren, kann es also nur so sein, daß der Geschäftsführer die Anordnung zu machen hatte. Ich teile die Meinung, daß der Herr Geschäftsführer, heute noch immer, Herr Dr. Frizberg, weiter arbeiten hätte sollen, bis sich seine Schuld herausgestellt hat. In Betrieben und Unternehmen, meine Damen und Herren, wird, wenn kein einwandfreier Entlassungsgrund vorhanden ist, eine Dienstfreistellung auf Zeit bis zur Klärung des Falles gemacht, und es war nicht Gefahr in Verzug, den Entlassungsgrund zu versäumen, sondern es wurde eine fristlose Entlassung ausgesprochen, die – und ich wiederhole mich, im Paragraph 82 Gewerbeordnung, im Angestelltengesetz und sonstigem – überall und genau und taxativ aufgezählt worden ist. Daher, ich stehe noch immer dazu, und zwar schon deshalb, weil ich heute noch meine, daß der Schaden hätte begrenzt werden können, der im Endeffekt in weiterer Folge aufgetreten ist.

Frau Landesrätin, noch einmal zum Schluß: Wenn die Entlassung des Herrn Pohl nicht hält, was das Arbeitsgericht zu entscheiden hat und wir nicht entscheiden können, dann hoffe ich, sind Sie so anständig, daß Sie ebenfalls Ihren Hut nehmen und aus der Steiermark-Werbung und aus dem Tourismusbereich der Steiermark gehen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Das ist unverschämte Polemik! Der Stil eines Schwadroneurs!“ – 16.59 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Wir sind wieder dort, wo wir vor knapp zwei Jahren gestanden sind, nämlich bei der Steiermark-Werbung,

und ich möchte gleich am Anfang dem Kollegen Fritzberg recht geben. Natürlich hat man recht, wenn man sagt, wer ausgliedert, muß konsequent sein. Und unter diesem Konsequent-Sein verstehe ich auch, den politischen Einfluß auszuschalten. Wenn man aber den politischen Einfluß nicht ausschaltet und beibehält, dann behält man bitte auch die Verantwortung für das, was hier geschieht oder hier geschehen ist. Und das, bitte, meine Damen und Herren, ist die entscheidende Frage. Daher reden wir hier nicht über den Geschäftsführer Pohl und seine Aktivitäten, sondern führen hier eine Diskussion über die politische Verantwortung der Frau Landesrätin, und die kann ich Ihnen heute nicht ersparen. (Abg. Gennaro: „Wie bei den Draken: viel Gerede um nichts!“) Danke schön! Laßt mich reden, ich bin so froh, wenn ich einmal reden darf. Ich habe nämlich noch so viel Manko gegenüber dem Lesevorsprung der Frau Dr. Karisch, ich komme ja nie mehr nach.

Meine Damen und Herren, das, was der Kollege Vollmann hier angeführt hat, ist ja im Wesentlichen nur eine Wiederholung und eine teilweise Präzisierung dessen, was wir im November 1991 gesprochen haben, und es hat sich seither nichts geändert. Es hat sich auch durch den Bericht des Rechnungshofes nichts verändert, weil der Rechnungshof, diesmal allerdings in einer Art und Weise, die ich aus den vorangegangenen Rechnungshofberichten nicht erkannt habe, in überaus polemischer Form und zum Teil in einer Form, die mir für dieses Instrumentarium Rechnungshof auch nicht gefällt – und da muß ich dem Kollegen Vollmann recht geben –, aber darüber wird man ja noch reden können bei anderer Gelegenheit. (Abg. Dr. Cortolezis: „Du wirbst für den neuen Präsidenten!“) Nein, nein, nein! Gewisse Dinge, die hier gekommen sind, werden in einer Form dargestellt, die mir auch nicht gefällt. Aber – und da ist das Entscheidende – es hat verschiedene Punkte gegeben, die Gegenstand der Kritik waren, und als Resümee dieser Kritik und als Resümee der Vorgangsweise, wobei wir die Dringliche nicht auf Grund der Vorfälle in der Steiermark-Werbung gestellt haben, sondern auf Grund der erfolgten fristlosen Entlassung und der damit verbundenen Klage und der damit verbundenen Kosten für das Land Steiermark, meine Damen und Herren. Weil diese fristlose Entlassung kostet dem Land Steiermark einen Betrag von drei Jahren Lohn für den ehemaligen Geschäftsführer plus der Prozeßkosten und so weiter. Also, wir können, wenn wir gelinde davon ausgehen, von einem Betrag von 4 Millionen Schilling sprechen. Und das muß hier auch einmal gesagt werden. (Abg. Vollmann: „Es gibt ja genügend Beispiele: Etschmaier, Bosch, Krobath!“) Danke, sehr lieb, daß ihr mich alle unterstützt, aber ich finde mich alleine auch zurecht.

Ich könnte jetzt die einzelnen Punkte noch einmal verstärken. Ich könnte zum Beispiel sagen, und mir gefällt die Idee vom Kollegen Vollmann gar nicht so schlecht, daß wir uns vielleicht den Vrezer-Film, der zufällig zur selben Zeit, in die Wahlzeit, gefallen ist, wo es andere Filme gegeben hat, die auch der Vrezer gemacht hat. Man könnte da so Verschiedenes daraus lesen, vielleicht ist es wert, dies zu prüfen. Vielleicht ist es auch wert, einen Schritt weiterzugehen und zu sagen, will man schon die Vergabe der Filme prüfen, dann prüfen wir vielleicht auch das, was in die Heide

hineingeflossen ist. War das wirklich eine Subvention für einen Film, es gibt ja Gerüchte, die in eine ganz andere Richtung gehen, die bis zum Österreich-Ring führen und andere Konsequenzen beinhalten. Auch da wollen wir bitte vielleicht noch hineinschauen, und wir werden uns das vorbehalten. Man soll bitte – und unter man verstehe ich den Rechnungshof – auch diese Dinge sehr sorgfältig prüfen, vielleicht kommen wir da zu einem ganz anderen Bild, als es bis dato dargestellt worden ist. Und dann möchte ich noch etwas sagen. Die Konstellation der Weiterführung, so wie Kollege Frizberg sie darstellt, war eine andere. Der Antrag hat nicht gelaftet, der Pohl soll die Geschäftsführung weitermachen, sondern wir haben gesagt, wenn die Vorwürfe der Frau Landesrat in dem Ausmaß stimmen, dann soll der Herr Pohl, der ein hervorragender Fachmann ist, anerkannt auch von allen Funktionären aus der Steiermark-Werbung als Werbefachmann, nur wirtschaftlich vielleicht nicht dem entspricht, dann stellen wir ihm im Vieraugenprinzip den schon agierenden Geschäftsführer zur Seite, und damit ist es gesichert, und wir ersparen und die 4 Millionen. Das war die Ausgangsbasis. Bitte nur zu lesen, es war nicht der Herr Pohl alleine, sondern es war eine klare Lösung. Und wir haben noch etwas gesagt, daß, wenn diese Prozesse oder wenn dieser Prozeß, es ist ja noch ein weiterer dazugekommen, also können wir ohne weiteres von Prozessen reden, abgeschlossen sind, dann müssen wir Konsequenzen ziehen. Wir ziehen Konsequenzen. Und wir schauen uns an, nachdem wir alle diese Punkte, die ich jetzt noch verstärken könnte, nehmen und sagen folgendes: In der nunmehrigen Situation nach zwei Jahren, wo wir in der Zwischenzeit eine Steiermark Tourismus AG. installiert haben, war ein Wunschtraum eine Tourismusgesellschaft. Wir haben in der Zwischenzeit durch ein sehr objektives Verfahren einen neuen Geschäftsführer, ich hoffe auch, daß er dieser ehrenvollen Aufgabe nachkommen wird. Es ist ein Mann mit einer nicht unbedeutenden Erfahrung und, wie man hört, auch mit einem enormen Selbstvertrauen ausgestattet und mit einem enormen Willen und Ehrgeiz, seine Dinge durchzuführen, und er ist auch bekannt dafür, und dieser Ruf eilt ihm voraus, und das ist das, was mich eigentlich besonders an ihm beeindruckt hat, er hat es bis dato geschafft, sich jedweden politischen Einfluß mit Härte zu entziehen. Und das ist der Vorwurf, den man dem Herrn Pohl macht. Er hat nämlich als Michael Kohlhaas – wie man so schön sagen könnte – sich gewehrt dagegen, nicht nur über das, was an Vorbeimarschierern bezeichnet wurde, nicht nur was also Subventionen betroffen hat, ich könnte Inserate an den MKV, an den „Steirer“ und, und, und nennen – wir werben ja in der Steiermark für die Steiermark, ist ja sehr gescheit an sich. All diese Dinge, wenn man sich dagegen wehrt, natürlich ein Spannungsfeld erzeugen, in dem dann nichts mehr geht. Das kennen wir zur Genüge. Das ist ja bekannt. Solche Fälle haben wir ja in anderen Bereichen auch gehabt. Und schlußendlich – und das ist das Entscheidende – irgendwann einmal der Punkt kommt, wo das Präsidium und die zuständigen Organe dies einfach nicht mehr verkraften können. Dieser Punkt hat eigentlich begonnen mit einem Gutachten. Man hat dann ein Gutachten eingeholt und hat dann begonnen, sukzessive diesen Schritt vorzubereiten, der dann schlußendlich auch erfolgt ist. Wir könnten

den Umstand, daß die Frau Landesrat mit Prozessen in diesem Falle belastet ist, durchaus auch zum Anlaß nehmen und sagen, warten wir, bis diese Dinge vorbei sind. Ich glaube, das muß gar nicht sein. Ich glaube vielmehr, daß wir durch den Umstand, daß nun die steirische Tourismus Ges. m. b. H. installiert ist, daß sie mit 1. Jänner 1994 einen neuen Geschäftsführer bekommt, daß damit verbunden und parallel dazu durch die Gründungen der Tourismusverbände landauf landab, auch in der Stadt Graz, wie ich höre, trotz einiger Schwierigkeiten, daß mit diesem Zustande-kommen im Land Steiermark auf der touristischen Uhr die Stunde Null ist – es also einen neuen Anfang gibt. Und ich glaube, das heißt, ich bin überzeugt davon, Frau Landesrat, daß wir diesen Anfang, kombiniert mit dem Umstand, daß ja auch auf der Regierungsbank sich einige Änderungen abzeichnen, vielleicht zum Anlaß nehmen, um zu überlegen, ob man diesen neuen Anfang damit belastet, daß man weiterhin über Prozesse und so weiter den Tourismus und alle damit befaßten und handelnden Akteure durch die Presse auf- und niederziehen wird, ob man nicht den Schritt machen sollte, von sich aus, oder ob wir die Regierung auffordern sollten, diesen Schritt zu setzen, dieses Ressort in andere Hände abzugeben. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Ich würde das in einer Form tun, und ich würde das in einer Form sehen, die es durchaus ermöglicht.

Das ist Sache der Regierung, zu entscheiden, wie sie das haben will. Ich werde mich dazu sicherlich nicht äußern. Für mich ist es notwendig, daß dieser Tourismus, dieses zarte Pflänzchen „Steirischer Tourismus“, der gerade ein sehr kritisches Jahr hinter sich hat, und ich weiß, daß die Frau Landesrat immer in schönen Worten über diesen Tourismus gegeistert hat. Das war Musik für das Ohr des Unbeteiligten, das war wunderschön, und ich glaube, Frau Landeshauptmann, Entschuldigung, Frau Landesrat, zukünftig als Landeshauptmannstellvertreterin sehr wohl die Möglichkeit haben werden, in allen Phasen schöne Worte zu sagen und sich in dieser Form zu bestätigen. Aber ich glaube, Sie täten dem steirischen Tourismus einen guten Dienst, wenn Sie sich dazu entschließen könnten, diesen Weg zu gehen. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Tasch (17.11 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz überwältigt, doch sehr beeindruckt von den letzten beiden Rednern, den Kollegen Vollmann und Vesko, stelle ich mich hier ans Rednerpult und möchte ein paar Worte sagen. Lieber Kollege Vollmann, als ich dich das letzte Mal gehört habe, habe ich dir empfohlen, du sollst nicht mit Schaum vor dem Mund sprechen, heute warst du ein zahnloser Tiger. Ich muß sagen, es hat mich sehr überrascht, ich habe das Gefühl gehabt, es fällt euch wirklich nichts anderes ein, als wie die Frau Landesrat anzuschütten auf Grund der positiven Bilanzergebnisse der Arbeit in der Steiermark, in der Fremdenverkehrsbewegung. Ich muß wirklich sagen, auf Grund der Zahlen kann man nur sagen, die Landesfremdenverkehrsabteilung hat

mit der Vorsitzenden, Präsidentin, Frau Landesrat oder in Zukunft Frau Landeshauptmannstellvertreter hervorragende Arbeit geleistet.

Und da schaut her, es paßt euch nicht, und für mich ist es ein bißchen gruselig, und es läuft mir alleweil ein bißchen kalt über den Buckel runter, wenn man aus parteitaktischen Gründen, weil man weiß, daß da ein Mensch vorne steht, der einfach bei den Leuten gut ankommt, wo die Bevölkerung in der Steiermark einfach das Gespür hat, da ist jemand, der mit ganzem Herzen, mit Weitblick und mit vollem Fleiß dabei ist, um für ihre Menschen, die sie zu vertreten hat, zu arbeiten. Ja sogar am Neujahrstag war sie bereit, den Geschäftsführer zu empfangen, um ein Gespräch zu führen und keine langen Übergänge zu schaffen, um die Steiermark-Werbung und für den Tourismus in der Steiermark das Positivste zu tun, was möglich ist. Ich glaube, wenn man so einen Menschen dann in dieser Art versucht anzuschütten, dann sieht ein jeder Blinde, daß das nur Parteitaktik sein kann und doch nichts mit der Sache zu tun hat.

Lieber Kollege Vesko, du warst anscheinend zu lange im Ausland und kennst den Tourismus in der Steiermark noch zu kurz, sonst würdest du auch sicherlich auf dem Sektor anders sprechen und anders gehandelt haben. Ich halte dir zugute, daß du dir in den zwei Jahren, die du da bist, schon einiges angeeignet hast, aber in Zukunft bin ich auch hier bereit, bei den Landesausstellungen hast schon gelernt, dir Nachhilfestunden zu geben, um am Tourismussektor auch den nötigen Einblick zu finden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wem willst du Nachhilfestunden geben?“) Chibi, ich freue mich, daß du heute nicht schläfst, sondern daß du bei meiner Rede munter bist. Das ist wirklich erfreulich. Das muß ich echt sagen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Abgeordnete Vollmann, den ich persönlich mag, das muß ich sagen, er ist ein rescher Bursch, frisch raus, ich habe nichts gegen dich, und ich glaube, die Verbindung hat geklappt, da ist wirklich die Frage gewesen, wie weit du dir mehrmals widersprochen hast. Auf der einen Seite hast du den Handlungsbedarf unserer Frau Landesrat nicht rechtzeitig in Frage gestellt, auf der anderen Seite war es dir zu spät. Also einer, der genau zugehört hat, der weiß nicht, was du gewollt hast. Ich hoffe, daß du dich in Zukunft einstellen kannst.

Du hast also auch den Stil, lieber Kollege Vollmann, des Rechnungshofes in Frage gestellt. Für mich hat der Rechnungshof wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Ich frage mich, ob wir nicht deinen Stil in Frage stellen oder den von German Vesko. Ich möchte jetzt wirklich auf den Punkt kommen und möchte das einmal ganz klarstellen, daß wir in der Steiermark tourismusmäßig hervorragend unterwegs sind. Und, Frau Landesrat, ich bin kein Schmeichler und ich kritisiere lieber, aber du hast hier mit deiner Beamtenschaft, mit deinen Mitarbeitern hervorragende Arbeit geleistet. In dem Sinne möchte ich dir nicht in meinem Namen, aber im Namen der, die Tourismus betreiben, ein herzliches Dankeschön sagen.

Ich möchte erwähnen, im Winterhalbjahr 1992/93 konnte die Steiermark eine weit über dem Österreich-durchschnitt liegende Zunahme an Übernachtungen

erzielen. Während in Österreich die Entwicklung über dem Winterhalbjahr 1991/92 mit einer Plus-Minus-Entwicklung stagnierte, konnte die Steiermark eine Zunahme von 2,9 Prozent verzeichnen, und zwar bei den Inländern mit 0,5 und ganz erfreulich bei den Ausländern mit 6,5. Und im Mai wurde ein Plus von 7 Prozent erzielt.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, ob die Verantwortliche in der Steiermark schlecht sein kann mit ihren Mitarbeitern, wenn ein derartiges Plus in der Steiermark erzielt worden ist, wo in Österreich Stagnierung und Minusraten zu verzeichnen sind. Da frage ich mich, wie weit die Objektivierung bei unseren Abgeordneten noch Platz greift. Also da ist wirklich einiges im argen, und es schockt mich immer wieder mit solchen Äußerungen und Anschüttungen. Frau Landesrat, die Leute in der Steiermark, die stehen hinter dir. Wir von der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten, wir stehen auch hinter dir.

Es ist anscheinend so, um politische Taktik zu betreiben, wenn ein Mensch gut ankommt bei den Leuten, daß man ihn dann schlecht machen soll oder niederreißen soll. Da muß ich wirklich sagen, lieber Vollmann, das muß man dir zugute halten, daß du parteitaktisch nicht unerfahren bist und daß du weißt, unsere Frau Landesrätin liegt ganz vorne in den Meinungsumfragen, im Unterschied von dir, und die beißt man gerne in das Wadl.

Ich glaube, das war sicher keine sexistische Aussage, oder? Das kann man wirklich nicht sagen. Aus Tourismus Parteitaktik zu machen, das wäre sicherlich das Schlechteste, was uns passieren könnte. Tourismus ist etwas, was uns alle angeht. Tourismus ist etwas, was wir alle ernst nehmen müssen. Tourismus ist für alle, die Verantwortung tragen, wichtig, daß man dazu steht, um eine positive Entwicklung in diesem Lande für den Tourismus herbeizuführen. Und zu dieser positiven Entwicklung gehört auch eine positive Entwicklung unserer Kulturlandschaft, unserer bäuerlichen Landschaft dazu. Ich glaube, wir sind alle aufgefordert, um alles zu tun für unsere Bauern und vor allem für den Kulturerhaltungsbeitrag alles zu versuchen, um die budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um unsere intakte Landwirtschaft den Gästen auch in Zukunft präsentieren zu können.

Meine Damen und Herren, Marketing muß auch in Zukunft unser oberstes Gebot sein nach dem Motto: Wer aufhört zu werben, um Geld zu sparen, kommt mir vor wie einer, der die Uhr abstellt, um Zeit zu sparen. Mehr für Marketing, weniger für administrative Aufgaben, und dann wird es auch in der Steiermark in Zukunft aufwärts gehen.

Die allgemeine Rezession in den Herkunftsländern zeigt auch im österreichischen Tourismus seine Auswirkungen. So mußte in diesem Sommer, Mai, August, in Österreich ein Nächtigungsminus von 4 Prozent in Kauf genommen werden. In der Steiermark war ein Plus von 1,18 Prozent, das habe ich bereits erwähnt. Fazit daraus: Für die Fremdenverkehrswirtschaft mehr Mittel in wichtige Marketingarbeit zu investieren, beginnend von betrieblicher Ebene, wie Hotels, Angebotsgruppen, wie „Urlaub am Bauernhof“ und so weiter bis hin zu Fremdenverkehrsorganisationen, Tourismusverbänden, Gebietsverbänden und Steiermark-Werbung. Gerade in schwierigen

Zeiten muß in die Produktionsarbeit, Angebotsentwicklung, Darstellung und Marketingarbeit investiert werden. Das von Frau Landesrat initiierte Tourismusgesetz kam daher gerade zur richtigen Zeit. Auch hier der Frau Landesrat für ihre zähe und hervorragende Arbeit, daß dieses Tourismusgesetz installiert werden konnte, was sicherlich mit einigen Wehwehchen hervorgetreten ist, aber in der Zeit der Umsetzung ist und sicherlich für den Tourismus in der Steiermark sicher sehr positiv auswirken kann, herzlichen Dank.

Man soll nicht vergessen, daß es sich bei den steirischen Fremdenverkehrsorganisationen primär um marketingorientierte Organisationen handelt. Im Klartext: Es sind alle aufgefordert, daß die Tourismusbudgets nicht für Verwaltungs- und Personalkosten allgemein aufgehen, mindestens 40 bis 50 Prozent müssen als operatives Budget, sprich für Marketingarbeit, aufgewendet werden. In der Durchstrukturierung des steirischen Tourismus beziehungsweise in gesamter Werbearbeit nach außen erfüllen die Regionalverbände eine wichtige Schlüsselposition. Innerhalb der Landesfremdenverkehrsabteilung wurde der Sonderausschuß gebildet, dabei Hofrat Dr. Hermann, Direktor Georg Bliem, Peter Merlini und Dr. Pögl, welche gerade an der Aufgabenstellung, Zielsetzung, finanziellen Gebarung, personellen Besetzung der Regionalverbände oder Gebietsverbänden arbeiten. Die Schlußsitzung findet nächste Woche in Graz statt.

Abschließend möchte ich sagen: Mein Motto für den Fremdenverkehr 1993 lautet: Weniger für Holzdecken zu investieren, sondern mehr für Marketing investieren! Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.24 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (17.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Auch auf die Gefahr hin, daß ich in Zukunft wieder unter den zehn Faulsten zu finden bin, werde ich mich trotzdem an das Motto „in der Kürze liegt die Würze“ halten.

Ich möchte die positiven Auswirkungen der Steiermark-Werbung, der Landesfremdenverkehrsabteilung und des Tourismusverbandes auf unser herrliches Hartberger Land berichten und darüber kurz informieren. Die Region Hartberger Land konnte ihre Stellung am sicheren zweiten Platz innerhalb der Steiermärkischen Tourismusregionen halten. Das Hartberger Land konnte sogar 2,2 Prozent zulegen. Mit fast 900.000 Nächtigungen in unserem Hartberger Land entfallen rund 10 Prozent aller Nächtigungen in der Steiermark auf unseren Bezirk Hartberg. Der stärkste Zuwachs ist naturgemäß in Bad Waltersdorf erreicht worden, wo immer noch Hotelkapazitäten ausgebaut werden. Grund für diese Entwicklung sind sicher vorrangig die Anstrengungen auf betrieblicher Ebene, doch auch das regionale Tourismus-Marketing im Hartbergerlandbüro sowie auch die Steiermark-Werbung und die Landesfremdenverkehrsabteilung haben sicher ihren Teil dazu beigetragen. Nun kurz zu einzelnen Bereichen unserer Region: Wirklich positive Auswirkungen bringt unsere allen bekannte Blumenstraße. Gemeinsam mit den Gemeinden und den Fremdenverkehrsvereinen des Jogglandes und der

Blumengemeinden des Bezirkes Weiz konnte ein Zusammenschluß jener Orte erreicht werden, die in den steirischen – und sogar europäischen – Blumenschmuckwettbewerben besonders gut abgeschnitten haben. Die steirische Blumenstraße als Marketingplattform für dieses gemeinsame Angebot konnte sich inzwischen besonders im Hinblick auf den Tages-tourismus profilieren. Als Beispiele möchte ich nur St. Lorenzen am Wechsel, das schönste Dorf der Steiermark im heurigen Jahr, erwähnen und auch Wenigzell, wo kürzlich beim Blumenkorso 12.000 Menschen anwesend waren, die diese Region und dieser Blumenkorso begeistert hat. Das trägt natürlich auch seine Früchte. Im letzten Jahre konnte mit 256.000 Nächtigungen im Joggland eine Steigerung um 1,9 Prozent erreicht werden. Wir sind sehr froh darüber in dieser wirtschaftlich ohnehin nicht zu starken Region. Ein sensationelles Anbot ist unsere Erlebnistour. Mit der Erlebnistour wurde eine Angebotsgruppe innerhalb unserer Gastronomiebetriebe mit Ziel geschaffen, dem besten Betrieb jeder Kategorie ein hervorragendes Ausflugs- und Freizeitprogramm zur Seite zu stellen. Zur Seite zu stellen so, daß sie nicht mehr isoliert sind, sondern in einem touristisch hochaktiven Umfeld ihre Produkte verkaufen können. Dem Gast sollen alle Stärken der Region Landwirtschaft, Kinderfreizeitangebote, Tourerlebnis, Sportmöglichkeiten im Zusammenhang mit der guten Gastronomie dargeboten werden. 37 Betriebe sind in dieser steiermarkweiten einzigartigen Gemeinschaft beteiligt. Daß viele Köche keinesfalls den Brei verderben, beweisen die Erlebnistourbetriebe beim jährlichen kulinarischen Frühlingfest, wo sie gemeinsam für mehr als 300 geladene Gäste kochen. Ein zukunftsorientierter Schritt – so hoffen wir alle – ist unser Radprojekt. Mit der ersten Radkarte der Steiermark konnte die Region Hartberger Land schon 1988, als der Radboom Österreich noch gar nicht erreicht hatte, sich als Radland profilieren. Inzwischen sind natürlich zahlreiche Betriebe auf das Thema Rad spezialisiert. Und das Land ist im Begriff, mit dem Thermenradweg, der von Mönichwald bis Radkersburg führen soll, alle Orte des Thermenlandes zu verbinden. Es ist zu hoffen, daß dieser Weg des sanften Tourismus gleich begeistert aufgenommen wird, wie der Donauradweg, auf dem sich täglich bis zu 3000 Radfahrer bewegen. Eine neue Sensation wollen wir mit der Römer-Weinstraße schaffen. Im Entstehen ist ein Zusammenschluß der Weinbaugebiete der Region unter dem Titel „Oststeirische Römer-Weinstraße“. Sie soll eine Plattform für die über 150 Weinbaubetriebe und 120 Buschenschenken unserer Region sein. Es wird selbstverständlich auch eine Einbindung der Gastronomie unserer Region in diese Römer-Weinstraße angestrebt. Berührungängste und Konkurrenzdenken zwischen Buschenschenken und Wirten werden geringer, auch durch die Zusammenarbeit in der oben und vorher erwähnten Erlebnistour. Wir wollen mit dieser Römer-Weinstraße ein gemeinsames Weinangebot anbieten. Ich möchte dazu nur noch erwähnen, daß selbstverständlich auch unser Thermengebiet Bad Waltersdorf im starken Aufwind ist. Die Therme wird großzügig ausgebaut. 100 Millionen Schilling werden in Zukunft in unsere Region investiert. Diese Investitionen brauchen wir für den wirtschaftlichen Bereich sehr notwendig, und auch noch im schwach entwickel-

ten Drei-Stern-Bereich werden Investitionen erwartet. Von der Therme bis zum Schivergnügen, vom Urlaub am Bauernhof bis zum Drei-Sterne-Hotel, von den Badeseen bis zur Almlandschaft findet der Gast im Hartberger Land ein unheimlich breites, aber auch im Winter sehr attraktives Angebot. Sicher ist es für uns sehr schwierig, eine solche Vielfalt zu vermarkten, doch zu diesem Zweck wurde eben unser Regionalverband ins Leben gerufen. Gerade seit die Thermenregion im Aufwärtstrend ist und fast alljährlich ein neues Hotel aus dem Auboden des Safentales wächst, muß das Hinterland der Therme in alle werblichen Überlegungen miteinbezogen werden, damit es den Anschluß nicht verliert. Und wir im Hartberger Land sind froh, daß wir im nächsten Jahr die Landesausstellung mit dem Thema Wallfahrt in Pöllau haben. Aus dieser positiven Zusammenfassung können wir auch mit unserem Regionalverband die Aufgaben der Zukunft meistern. Wir haben die entsprechende Größe, und ich will das nur mit ein paar touristischen Maßzahlen darstellen: Wir haben in unserem Hartberger Land eine Million Nächtigungen, 900.000 Tagestouristen, und der Umsatz in dieser Region beträgt zirka 900 Millionen Schilling. Als Vertreter des Hartberger Landes möchte ich vor allem dir, Frau Landesrätin, aber auch allen, die an diesem Erfolg beteiligt sind, ein herzliches Dankeschön sagen und kann nur hoffen, daß dieser Aufwärtstrend im Sinne der Steiermark weitergeht. Ich danke für das teilweise Zuhören! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.32 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (17.32 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Frau Landesrätin Klasnic hat einmal gemeint, und das war anlässlich der Budgetdebatte im April 1992, man kann über den Fremdenverkehr nicht genug reden, und man kann dem Fremdenverkehr nicht genug Aufmerksamkeit schenken. Das stimmt, Frau Landesrätin, und ich glaube auch, heute muß sich der Landtag wieder dem Fremdenverkehr widmen, obwohl mit einem negativen Beigeschmack, da die Entwicklung innerhalb der Steiermark-Werbung und der Fremdenverkehrsabteilung nicht in allen Bereichen positiv ist.

Meine Damen und Herren, unabhängig davon war heute symptomatisch für diesen Landtag die Einbegleitung und der Beginn dieser Sitzung. Da haben junge Damen und Herren aus dem Obdacher Land ein Mitbringsel hier in den Landtag gebracht und signalisieren einerseits die Kreativität und den Idealismus des Fremdenverkehrs. Ich glaube, wenn sie wüßten, was innerhalb der Steiermark vorgefallen ist, dann wären sie wahrscheinlich nicht in diesen Landtag gekommen, sondern wären hinaus in die Welt gegangen und hätten selbst für ihr Land dort geworben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will aber in bezug auf den Tagesordnungspunkt 13, betreffend Rechnungshofbericht, die Steiermark-Werbung und die Fremdenverkehrsabteilung, meine Betrachtung aus einer anderen Perspektive bringen. Es ist unbestritten, und wir erinnern uns noch, daß einer der Pioniere des steirischen Fremdenverkehrs,

unser Präsident Wegart, damals als Referent, sicherlich für den steirischen Fremdenverkehr sehr viel geleistet hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang – nur ein paar Anmerkungen – an die sogenannte Salonfähigmachung des steirischen Weines, an das steirische Weinland, darüber hinaus die Blumenschmuckwettbewerbe, und vieles mehr wurde geschaffen.

Meine Damen und Herren, man könnte sagen, der Präsident Wegart als damaliger Referent und zuständiges Regierungsmitglied für Fremdenverkehr hat im steirischen Tourismus den Grundstein, das Fundament für die Entwicklung geschaffen. Sein Nachfolger, der Vorgänger der jetzigen Wirtschaftslandesrätin, Landesrat Heidinger, hat auf diesem Fundament weitergearbeitet und weiter aufgebaut. Und leider, wenn man diesen Rechnungshofberichten folgt, hat die amtierende zuständige Landesrätin und zuständige Ressortverantwortliche für den Fremdenverkehr, die dieses Haus Tourismus fertigstellen sollte und das Dach, die Steiermark-Werbung, nicht in diesem Zustand aufgesetzt, so daß auf dem guten Fundament, aus dem guten Bau eigentlich eine Ruine geworden ist.

Meine Damen und Herren, das bestätigt mir auch der Rechnungshof, wenn ich nur in Schlaglichtern ein paar Punkte bringe: Die Zahlungsunfähigkeit der Steiermark-Werbung wurde in der Funktionszeit der Frau Landesrätin Klasnic herbeigeführt. Unabhängig davon, die Kontrolle wurde schon angesprochen, die Kontrolle innerhalb dieses Vereines hat sicherlich nicht funktioniert, und letztlich haben sich die Beamten und Mitarbeiter in der Steiermark-Werbung ja das Budget nicht selbst gegeben und geben können. Der Budgetentwurf wurde rechtzeitig vorgelegt, da war sicherlich Handlungsbedarf für das Präsidium. Ich frage auch, wo war die Aufsichtspflicht von seiten des Präsidiums? Und es wurden auch offene Mängel in betriebswirtschaftlichen Fragen aufgezeigt. Hier fehlten natürlich die Prioritäten, und hier wurde auch politisch hineinregiert, und darüber hinaus fehlten auch die klaren Kompetenzabgrenzungen.

Meine Damen und Herren, wenn ich also eingangs diesen Vergleich gebracht habe mit dem Haus, dann meine ich statt dieser Fertigstellung des Hauses, für das Präsident Wegart den Grundstein gelegt hat, auf dem Landesrat Heidinger weitergebaut hat, war Frau Landesrätin nicht gewillt, dieses Haus fertigzustellen, und wenn nicht der steirische Landtag in seinem Pflichtbewußtsein in einer Eigeninitiative eingegriffen hätte, dann wäre es nicht nur zu dieser Ruine – Haus Fremdenverkehr – gekommen, sondern dann wäre sicher ein Abbruchbescheid in Form eines Konkurses notwendig gewesen.

Und, meine Damen und Herren, daß es dazu nicht gekommen ist, dazu tragen Sie alle die Verantwortung als Abgeordnete, als Damen und Herren der Legislative. Aus dieser Überlegung heraus wurde, weil Handlungsbedarf gegeben war, daß es nicht zu diesem Abbruchbescheid kommt, die Steirische Tourismus Ges. m. b. H. geschaffen. Wir werden diese Entwicklung selbstverständlich alle mittragen und hoffen, daß diese Fehler – und ich bin sogar überzeugt davon, wenn nicht politisch hineinregiert wird, daß wir mit der steirischen Tourismus Ges. m. b. H. mehr Erfolg haben werden. Unabhängig davon, Frau Landesrätin, darf ich am Schluß ein persönliches Wort anmerken. Es

hat heute der Herr Landeshauptmann in einer Anfragebeantwortung schon darauf hingewiesen, und wir wissen es aus den Medien und auch aus seinen eigenen Wortmeldungen, der Präsident Wegart wird sich in den nächsten Tagen – das hat heute der Herr Landeshauptmann gesagt, der letzte Vorsitz in dieser Sitzung – aus dem aktiven politischen Geschehen, aus diesem Haus zurückziehen. Unabhängig davon ist es sicherlich eine sehr schmerzvolle Stunde für den Pionier des steirischen Fremdenverkehrs, wenn er in dieser seiner letzten amtierenden Stunde hier im Haus zur Kenntnis nehmen muß, daß sein Werk nicht mit dieser Konsequenz, die er ursprünglich an den Tag gelegt hat, vollendet wird. Daher, Frau Landesrätin, wäre es vernünftig, denken Sie darüber nach, geben Sie doch den Weg für einen neuen Beginn innerhalb des steirischen Fremdenverkehrs frei. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 17.38 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (17.38 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich bin nicht Mitglied und auch nicht Ersatzmitglied des Kontroll-Ausschusses, aber zum Kollegen Weilharter möchte ich anmerken, daß es keine Berechtigung gibt, eine solche Forderung aufzustellen, die du, Herr Kollege, gerade hier am Rednerpult gestellt hast, die Frau Landesrätin sollte zurücktreten, weil ich gerade das Gegenteil berichten kann und nur Positives aus dem Tourismus und aus dem Bezirk Radkersburg dem Landtag und dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen möchte.

Unsere Frau Landesrätin hat großen Anteil an der Entwicklung des Tourismus im Bezirk Radkersburg, und ich möchte versuchen, hier an einigen Zahlen auch das wirklich darzustellen.

Wir haben im Kur- und Thermenbereich gerade in den letzten Monaten enorme Zuwächse und Steigerungen höchsten Ausmaßes erfahren können. Trotz Podgrad, das haben wir heute in der Fragestunde von unserer Landesrätin gehört. Es sind intensive Bemühungen im Gang mit den neuen Vertretern in Slowenien, auch ein Stück weiterzukommen. Frau Landesrätin, du hast ja auch berichten können, daß 6000 Schweine bereits abgesiedelt sind. Ich bitte auch, daß man hier wirklich intensiv weiterverhandelt und daß man dieses Problem Podgrad in der Zukunft lösen kann. Ich glaube, diese Steigerungen, die wir im Tourismus erleben können, sind die Früchte einer wohlüberlegten Planung, eines guten Managements, aber auch der Engagiertheit unserer Frau Landesrätin und ihrer Zähigkeit bei den Verhandlungen, daß man überhaupt zu diesem Ausbau gekommen ist. Aber das möchte ich auch festhalten – die Früchte der Einigkeit der Politiker auf Landesregierungsebene, aber auch hier im Hohen Hause, weil wir ja im Jahre 1992 einen einstimmigen Beschluß für den Ausbau der Therme Bad Radkersburg gefaßt haben. 107 Millionen Schilling sind investiert worden, und wir konnten die Eröffnung vor zirka einem Monat durchführen. Unser Landeshauptmann hat im Beisein von einigen Regierungsmitgliedern die Therme eröffnet. Und man sieht auch, daß es wohlüberlegt war, den Beschluß zu

fassen und 107 Millionen Schilling zu investieren. Daher war es auch wichtig, daß dieser Investition eine Projektkontrolle des Rechnungshofes vorausgegangen ist und daß der Rechnungshof eben dieses Projekt schon vor Baubeginn geprüft hat und daß man dann auch die Zustimmung für den Bau seitens des Rechnungshofes bekommen hat. Und wir wissen alle, welchen Platzmangel wir im Thermenbereich hatten, ob das bei den Liegeplätzen war oder auch in allen anderen Bereichen, und wie wichtig eben dieser Ausbau war. Ich möchte diese positive Entwicklung an ein paar Zahlen nennen: Im Zeitraum 1989 bis 1992 konnte der Erlös der Gesellschaft um 87 Prozent gesteigert werden. Die Besucherzahl im gleichen Zeitraum um 42,4 Prozent, also in Zahlen ausgedrückt Besucherzahl 1989 160.400, 1992 konnten wir bereits 228.500 Besucher in der Therme Bad Radkersburg verzeichnen. Auch die Anwendungen bei den Nieren- und Harnwegerkranken im Kur- und Rehabilitationszentrum haben in allen Bereichen Steigerungen erfahren können. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß ja diese Heilquelle, die Stadtquelle, 1927 erschlossen wurde und daß dieses Mineralwasser das salzärmste und das magnesiumreichste Mineralwasser Österreichs ist.

Ich glaube, wir wissen, was wir für ein wertvolles Heilwasser in Bad Radkersburg haben. Die Thermalquelle spriebt aus 1970 Meter und hat 78 Grad Celsius. Unser Herr Präsident Wegart hat erst unlängst geschildert, wie problematisch eigentlich der Weg war, daß man hier diese Bohrung machen konnte, und ich darf dir, lieber Herr Präsident, so knapp vor dem Abschied wirklich herzlich danke sagen einmal für diesen Bereich, daß du dich hier so massiv eingesetzt hast für den Bezirk, aber auch für alle anderen Belange, die du für unseren Bezirk geleistet hast – an dieser Stelle herzlichen Dank! Daß sich diese Entwicklung auch bei den Nächtigungen niederschlägt, glaube ich, ist keine Frage. Wir haben im Zeitraum Jänner bis August 1993 bereits 125.000 Nächtigungen nur im Bereich Radkersburg und Radkersburg-Umgebung im Gegensatz zum gleichen Zeitraum im Vorjahr mit 75.000 Nächtigungen. Also da sieht man schon, daß sich der Ausbau voll niederschlägt. Auf Bezirksebene ausgedrückt in diesen acht Monaten 1992 153.000 Nächtigungen und jetzt bis August 1993 204.000 Nächtigungen. Ich glaube schon, daß das wirklich Zahlen sind, wo auch die ganze Werbung mit hineinspielt, wo auch die Steiermark-Werbung beteiligt ist, wo die Fremdenverkehrsabteilung beteiligt ist, und daß man gemeinsam hier diese Erfolge verzeichnen kann. Auch das touristische Angebot rundherum bei uns im Bezirk Radkersburg hat sich in der letzten Zeit sehr, sehr stark ausgebaut und auch den Entwicklungen angepaßt. Ich möchte nur erinnern an unsere vielen Radwanderwege, unsere vier Weinregionen mit unseren edlen Tröpferln, auch dem Klöcher Traminer. Also ich glaube, es paßt alles, und ich bin überzeugt, daß in Hinkunft die Wirtschaft mit der Landwirtschaft gemeinsam, wenn Ideen und der Wille vorhanden sind, das alles nützen kann und zusätzliche Einkommen erwirtschaften wird. Und lassen Sie mich zum Abschluß ein Wort sagen. Es wird sehr viel von der 35-Stunden-Woche gesprochen, und immer mehr Menschen suchen Freizeit, haben mehr Zeit für Erholung. Der ländliche Raum ist in letzter Zeit auch

stark ins Gespräch gekommen. Und meine persönliche Meinung ist, daß der ländliche Raum sehr eng mit Tourismus verbunden ist. Ohne intakten ländlichen Raum würde es auch keinen Tourismus geben, und ein ländlicher Raum kann nur intakt sein, wenn es eine bäuerliche Landwirtschaft auch in der Zukunft geben kann. Es wird keinen Erholungsraum in der Zukunft geben, wenn unsere Bauern diese Landschaft nicht bewirtschaften. Und ich glaube, daß es auch wichtig ist, daß man hier gemeinsam einen wichtigen Schritt setzt, der ja in der Zukunft ansteht, daß man hier das Ökologie- und Kulturlandschaftsprogramm verabschiedet und daß dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und ich bin überzeugt, wenn uns das gelingt, werden wir unsere Bauern erhalten können, und der Tourismus im Lande Steiermark wird auch in Zukunft positive Zahlen schreiben. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (17.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mir diese Debatte jetzt angehört, und wenn ich so die Kollegen von der ÖVP höre, dann frage ich mich, wenn die Verteidigung oder die Rechtfertigung der Frau Landesrat so aussieht, wie sie gerade eben ausgesehen hat, dann tut mir die Frau Landesrat wirklich leid, weil sie keine Unterstützung bei Ihnen finden kann. Es fängt an bei der Überheblichkeit des Kollegen Tasch, der probiert, allen anderen mit seiner Tourismusmeinung etwas beizubringen und selbst aber, wenn er die positiven Werbeeffekte hervorhebt, indirekt den Herrn Pohl lobt. Der Herr Pohl war es, der die Werbelinie vertreten und der diese neue Werbelinie festgelegt hat. Also lobt er somit den Herrn Pohl und bestätigt unsere Meinung, daß wir recht haben. Und ich glaube auch nicht beziehungsweise es wird der Frau Landesrat nichts helfen, wenn wir jetzt über das Wetter, über die Therme und über Bad Radkersburg reden, denn das ist hier nicht das Thema. Ich glaube auch nicht, daß es ausreicht, gut bei den Leuten da draußen anzukommen, wie der Herr Kollege gesagt hat, um auch als Präsident in der Steiermark-Werbung tätig und gut zu sein. Aber das heißt wieder nicht, daß ich den Herrn Pohl so großartig unterstützen will, denn ich glaube auch nicht, daß es allein ausreicht, gute Kenntnisse im Marketingbereich zu haben, aber andererseits keine wirtschaftlichen Kenntnisse zu haben. Aber das wäre auch eine Sache der Frau Landesrat gewesen, das rechtzeitig zu erkennen, da eben, wie sie ja meint, der Herr Pohl diese Fähigkeit nicht besitzt, und schon vorher Schritte zu setzen, daß es nicht so weit kommt, wie es vor zwei Jahren gekommen ist.

Und es will auch niemand die Frau Landesrat anschütten, wie es geheißen hat, sondern wir wollen hier über Tatsachen diskutieren. Wir sind ja keine Plauderstube, sondern wir sollten wirklich auch die Rechnungshofberichte diskutieren und die Tatsachen, die sich aus dem Protokoll und aus dem Rechnungshofbericht ergeben haben. Da kann man nicht einfach sagen, daß es diesen Bericht nicht gibt, daß diese Tatsachen nicht existieren. Man kann sich dem gegenü-

ber nicht verschließen. Und mir kommt das ganze manchmal so vor, nicht wie die drei Affen, sondern wie die zwei Affen, die da sitzen, der eine hält sich die Ohren zu, der nächste die Augen, und der dritte, der kann nämlich noch reden und schreit ganz laut „der Pohl wars, der Pohl wars“. Das ist alles, was er noch sagen kann. Und Sie können sich auch nicht dagegen verschließen, daß der Rechnungshof wirklich einige Dinge aufgezeigt hat. Für die, die diese Berichte durchgelesen haben, ist es sicherlich ersichtlich gewesen, und man kann auch nicht nur sagen, naja, das war ja die Vergangenheit, und das ist passiert, da kann man nichts machen, und wir machen so weiter wie bisher. Das glaube ich auch nicht. Wir müssen Konsequenzen daraus ziehen. Und wenn der Rechnungshof sagt, und ich zitiere jetzt da aus dem Bericht, „daß die Landesfremdenverkehrsabteilung wesentliche und wichtige Aufgabengebiete an andere Institutionen abgeben mußte. Die Übertragung einzelner Aufgaben an Institutionen außerhalb des Landesbereiches kann nach Ansicht des Landesrechnungshofes aber nicht in allen Fällen als echte Privatisierung mit allen erhofften und erwünschten positiven Effekten für die Hoheitsverwaltung bezeichnet werden“, so zeugt das auch schon davon, daß hier einiges nicht richtig gelaufen ist, und es hätten wirklich schon viel früher Konsequenzen gezogen werden müssen.

Und weiter schreibt dann der Rechnungshof: „Hier sind vor allem die Schaffung des selbständigen Referats Marketing und Werbung beziehungsweise die Mutation des Landesfremdenverkehrsverbandes anzuführen. In dem hier vorliegenden Bericht wie auch im Bericht, betreffend den Landesfremdenverkehrsverband, wird ausführlich dargestellt, daß die diversen unklaren, unkoordinierten und intransparenten Anordnungen und Weisungen der Betreiber von Umstrukturierungen zu keinerlei positivem Effekt und zu keinem Nutzen für den Fremdenverkehr in der Steiermark geführt haben.“

Ja ist das, sehr geehrte Damen und Herren, kein Armutzeugnis für unseren Fremdenverkehr? Hier hätte viel früher gehandelt werden müssen, anstatt diesem Verwirrspiel, das sich durch die Kompetenzschwierigkeiten ergeben hat und durch das sich die unzähligen Geschäftsführerwechsel ergeben haben, daß man diesem zugesehen hat und nur halbe Lösungen angeboten hat und keine wirkliche Ausgliederung geschaffen hat, sondern wieder nur so eine Pseudoprivatisierung vorangetrieben hat. Was ist jetzt in der verwaisten Landesfremdenverkehrsabteilung zurückgeblieben? Einerseits das auch vorher schon vielzitierte Steiermärkische Tourismusgesetz, für das wie 40 Jahre gebraucht haben, um es überhaupt einmal durchzubringen. Es ist traurig, daß die Abteilung so lange damit beschäftigt war, dieses durchzubringen oder überhaupt Vorbereitungen zu machen, damit es soweit kommt. Und scheinbar ist es jetzt ein Glück, daß es rechtzeitig fertig geworden ist, denn jetzt hat die Abteilung mit diesem Gesetz endlich etwas zu tun, so schaut es für mich aus. Der weitere Punkt ist, mit dem die Abteilung beschäftigt ist, die ARGE Alpen-Adria. Was die so genau macht, weiß ich nicht. Sie reden über sehr viele Dinge, über innerstaatliche Beziehungen, das könnte sicherlich auch eine andere Abteilung machen.

Der nächste Punkt ist die Grundlagenarbeit. Da gibt es Grundlagen, Konzepte, Arbeiten, die einerseits in der Steiermark-Werbung oder der Tourismus Ges. m. b. H. und andererseits in der Fremdenverkehrsabteilung erstellt wurden. Das ist eine Doppelgleisigkeit und sicher auch kontraproduktiv, weil die Konzepte sicherlich nicht immer in die gleiche Richtung gehen, sondern im Widerspruch zueinander stehen und dann wieder keiner weiß, wie gehen wir vor, und was unternehmen wir jetzt.

Als letzter und wichtigster Punkt ist eine weitere Aufgabe die Fremdenverkehrsförderung. Auch hier haben wir schon gehört, es entstehen viele Doppelgleisigkeiten, und was mich persönlich entsetzt hat, steht im Rechnungshof: „In Einzelfällen wird die Landesregierung nicht genau über den Verwendungszweck informiert.“ Das heißt, es wird ein anderer Verwendungszweck für die Subventionen angegeben, als das Geld dann eigentlich verwendet wird. Wo kommen wir denn da bitte hin, wenn schon die Landesregierung nicht einmal genau weiß, wofür das Geld, wo sie zugestimmt hat, verwendet wird beziehungsweise sie unter völlig falschen Voraussetzungen zugestimmt hat? So kann es ja bitte auch nicht gehen. Da hätte schon schnellstens etwas passieren müssen. Und der einzige Kommentar in der Stellungnahme der Frau Landesrat, „das wird zur Kenntnis genommen“.

Ein anderer Punkt, wenn man Summen von 3000 bis 5000 Schilling subventioniert, stellt sich auch hier die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Förderung, gemessen an der Höhe der Förderung und dem Verwaltungsaufwand, der damit entsteht. Aber wir wissen ja alle, das ist das Körbergeld, das die Politiker, die Regierungsmitglieder verteilen können, und das wollen wir ihnen ja nicht nehmen. Das kann nicht sein, denn diese Vorgangsweise haben wir jahrelang schon gemacht, und die werden wir auch weiter durchführen.

Ein weiterer Punkt, den der Rechnungshof kritisierte, ist der sogenannte Geldmittelkreislauf. Die Landesfremdenverkehrsabteilung subventioniert die Akademie Graz, eine Institution, völlig außerhalb der Verwaltung, und die Akademie Graz subventioniert wieder eine Dienststelle des Landes Steiermark. Das heißt also, das Land subventioniert sich selbst. Mir kommt das so vor, ich gebe einem Bekannten Geld, damit er mir wieder Geld leiht. Also eine Art Selbstbetrug, um sich selbst etwas zu leihen und zu geben. Und wenn wir diese Förderungstätigkeiten betrachten und die Doppelgleisigkeiten und Dinge, die der Rechnungshof aufgezeigt hat, wie das eben bei uns und in der Steiermark-Werbung vor sich geht, so stellt sich auch für mich die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Abteilung. Und es hilft nichts, dann in den Stellungnahmen einfach nur zur Kenntnis nehmen oder sogar zuzustimmen, aber selbst keine Initiativen zu setzen, um es besser zu machen oder einfach dem Geschäftsführer die Schuld zu geben. Entweder wir machen einen völligen Neubeginn mit einer Reorganisation und einer Umstrukturierung, oder Sie, Frau Landesrat, wenn Sie so weitermachen wollen wie bisher, müssen Fehler einbekennen und Konsequenzen daraus ziehen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.57 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (17.57 Uhr): (Abg. Gennaro: „Aber du erzählst jetzt nicht von Gleichenberg!“)

Keine Sorge, genauso ist es. Genau das, was man nicht hören will, muß man manchmal hören, wenn man es herbeiruft. So ist es. Ich habe nämlich das Gefühl, es wird hier von zwei Fremdenverkehren gesprochen, dem, der sich tatsächlich in diesem Land abspielt, der darf aber nicht sein, weil er in diese Strategie nicht paßt, und dem anderen, das ist der, den man zutoderedet, weil er in das Konzept politischer Überlegungen paßt. Und das ist etwas, wo ich sagen muß, das ist eigentlich unwürdig da herinnen.

Es gibt Leute, die jetzt plötzlich als Fremdenverkehrsexperten auftreten und in Wahrheit alles verleugnen, was sich auf diesem Gebiet positiv seit vielen Jahren tut und positiv fortsetzt. Es ist richtig, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter damals als Landeshauptmann, oder als Landesrat, jetzt Landtagspräsident Wegart, eine Linie begonnen hat, es ist richtig, daß sie fortgesetzt wurde, und sie ist bis heute erfolgreich fortgesetzt worden. Und zu sagen, man darf über etwas, das positiv ist, nicht reden, weil es nicht paßt, das bitte ist ganz einfach zu durchsichtig. Es werden irgendwo irgendwelche Rechnungsbelege hervorgeholt, und damit wird ein ganzes System schlecht gemacht.

Vor 20 Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat es in der Oststeiermark nur den Kurort Bad Gleichenberg gegeben als größeren Fremdenverkehrsort. Ein einziges Kurangebot. In den letzten 20 Jahren sind durch Investitionen des Landes und unter Mithilfe des Landes Bad Radkersburg, Loipersdorf, Waltersdorf und in absehbarer Zeit jetzt auch Blumau mit einem völlig neuen Gesundheitsangebot entstanden, das eine wesentlich breitere Gruppe der Bevölkerung und Gäste anzusprechen vermag. Die gute alte Sommerfrische ist vorbei, die vom Arzt verschriebene klassische Kur ist nurmehr in Teilbereichen Reisemotiv der Gäste. Aber die Nachfrage auf den Märkten hat sich verändert, und das Land Steiermark hat richtig reagiert. Hin zu einem genuß- und erlebnisorientierten, wesentlich jüngeren Angebot, mit einem Angebot des Thermenlandes, nämlich wo wir alle, der oststeirische Fremdenverkehr imstande ist, dieser geänderten Nachfrage ein zeitgemäßes Angebot gegenüberzustellen.

Laß mich ein bißchen weiterreden, du mußt noch zuhören. Es ist nicht ganz so einfach, ich weiß das eh, weil es – wie gesagt – nicht in diese Linie paßt. Waren es nämlich früher vornehmlich Gäste aus Wien und aus der Umgebung, die hier ihren Urlaub verbracht haben, so haben wir heute Gäste aus den Bundesländern Tirol, Vorarlberg, Salzburg, aus dem Nachbarland Bayern und aus der Ostschweiz. Das sind neue Gäste für unsere Gegend. Es ist natürlich ein großes Versagen des steirischen Fremdenverkehrs, daß das so ist. Aber wie gesagt, es darf ja nicht gesagt werden.

Natürlich ist Quantität nicht alles, aber es sei gestattet, einen Vergleich zu bringen, der die Entwicklung im Thermenland unterstreicht. Die Investitionen der öffentlichen Hand haben nicht nur Aufenthaltsgäste gebracht. Mit dem Bau der neuen

Thermen begann erst der Gesundheitstourismus. Etwas völlig Neues! Und dieser trägt ebensoviel zur Wertschöpfung bei wie der Bereich der Beherbergung. Zugegeben, wir haben nicht die meisten Nächtigungen im Vergleich zu anderen Regionen. Wir haben vergleichsweise auch nur ein Fünftel der Betten des Bezirkes Liezen. Aber erreicht wurden durch diese Investitionen eine Betriebsauslastung, die uns insgesamt in diesem Bereich in der Steiermark zum Sieger macht und deutlich über den Bettenauslastungen mancher Paraderegionen liegt. Es gelangt, Saisonspitzen von Sommer und Winter zu entzerren und damit verbundene Probleme im Mitarbeiterbereich besser in den Griff zu bekommen. Es gibt für die Bezirke Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld in der Statistik des Jahres 1980 161 Qualitätsbetten, und in gemeinsamer Anstrengung wurden in den letzten zwölf Jahren daraus – mit den Betriebsinhabern natürlich – 3900 Qualitätsbetten der Kategorie Drei-, Vier- und Fünfsternhotel. Der Anteil von Gästezimmern ohne vollsanitäre Ausstattung ist bereits unter der 20-Prozent-Marke. Die Nachfrage nach Billigangeboten ohne Qualität ist in den letzten Jahren ohnedies so gut wie versiegt. 20 Prozent mehr an Nächtigungen in den letzten Jahren, heute 900.000 Nächtigungen im Thermenland. Das ist nix, das ist kein Erfolg, das ist zufällig dahergekommen. Da hat jemand versagt. (Abg. Gennaro: „So sehe ich das nicht!“) Das ist immer so auf der Welt. Kurt, das müßtest du zur Kenntnis nehmen. Manche Thermenhotels erreichen eine Jahresauslastungsmarke von 85 Prozent. Das bedeutet, daß an 310 Tagen des Jahres alle Betten voll belegt sind. Der durchschnittliche Urlaubsgast in der Steiermark gibt pro Tag 770 Schilling aus, eine Zahl, die bekannt ist. In den Thermenorten haben wir Tagesausgaben von mehr als 1200 Schilling pro Gast, und so erreicht man über ein mehr an Qualität einen höheren Preis und letztlich auch eine höhere Wertschöpfung. Von den hier erwähnten Tagesausgaben verbleiben nur 50 Prozent in der Hotellerie, die andere Hälfte, also ungefähr 600 Schilling pro Gast, geht in andere Bereiche, wie Thermen, Schlösser, Verkehr und Landwirtschaft. Diese Qualitätsentwicklung schafft auch neue Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Es ist ein völliges Versagen natürlich der Fremdenverkehrspolitik in der Steiermark.

Der Tourismus ist eine Branche mit einem sehr hohen Dienstleistungsgrad. Tourismuswachstum schafft daher – und das läßt sich anhand von Zahlen ganz exakt nachweisen – Arbeitsplätze. Thermenbetriebe, wie Loipersdorf, wurden so zu den bedeutendsten Arbeitgeberern der Regionen und besonders in der Zeit, wo es andere wirtschaftliche Schwierigkeiten gegeben hat. Mehr Betriebe benötigen mehr Mitarbeiter, auch die Branche der Zulieferer, wie Bauwirtschaft, Landwirtschaft, ist in diesen Wachstumsprozeß einbezogen. Neue Angebote bei uns schaffen auch etwas, was für diese Region wichtig ist, auch ein Versagen natürlich: Ein neues Selbstwertgefühl. Der Gast des Thermenurlaubes genießt heute einen Gesundheitsurlaub für alle Sinne. Kultur wird unter anderem zum Beispiel von der Schlösserstraße, von Veranstaltungen der Gemeinde und den Vereinen eingebracht. Kulinarische Genüsse wurden durch neue Initiativen in der Landwirtschaft aufgewertet, hier seien die Gruppen

der Direktvermarkter und der Qualitätsweinbauern erwähnt. Bewegung und Sport sind durch Fitneßangebote der Thermen, durch gut entwickelte Radwegenetze im Thermenland, durch Golfplätze in Gleichenberg und Loipersdorf abgedeckt. Und zu guter Letzt ermöglicht der intakt erhaltene Naturraum, wie es der Fredl Prutsch schon gesagt hat, unseren Gästen das wesentliche Element der Ruhe und Entspannung.

Und ich möchte damit am Schluß noch die Frage stellen: Thermenland wohin? Diese Herausforderung Thermenland wohin? ist eigentlich ganz einfach formuliert. Intelligenter Ganzjahrestourismus. Auch in der Südoststeiermark ist die Wintersaison halb so gut belebt wie die Sommersaison. Die Thermenorte haben nur um durchschnittlich 25 Prozent weniger Gäste im Winter. Dabei würden die klimatischen Voraussetzungen eine gute Winterauslastung ermöglichen. Kennen Sie eine Gegend in der Steiermark, in der es früher blüht als hier? In der sich zu Ostern mehr Radfahrer durch die Landwirtschaft tummeln als im Thermenland? In Bad Waltersdorf haben wir heute den Idealzustand der saisonalen Auslastung erreicht. Hier sind im Sommer genau gleich viele Gäste wie im Winter. Natürlich ist noch einiges zu tun, aber zu behaupten, der Fremdenverkehr in der Steiermark hätte völlig versagt, die Frau Landesrat müsse das Ressort abgeben, da kann ich nur eines sagen: Alle diejenigen, die das behaupten, sprechen nicht vom wirklichen Fremdenverkehr, sondern von dem Fremdenverkehr, von dem sie haben möchten, daß er schlecht dasteht! (Beifall bei der ÖVP. – 18.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (18.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Landesrat, ich verstehe sehr wohl, daß Sie zu Ihrer Entlastung die Regionalsänger Ihrer Fraktion auftreten lassen. (Abg. Purr: „Unerhört!“) Sie habe ich noch gar nicht gewertet, Herr Abgeordneter Purr. (Abg. Purr: „Ich lege keinen Wert darauf!“) Ich bin nicht in der Lage oder komme nicht in die peinliche Situation, Sie werten zu müssen. Aber wenn Sie fertig sind und mich weiterreden lassen, wäre das gut.

Diese Entlastungsstrategie sticht natürlich in zweierlei Hinsicht nicht. Herr Abgeordneter Alfred Prutsch, es dürfte Ihrer Kenntnis um die Geschäftsverteilung der Landesregierung entgangen sein, daß selbstverständlich der seinerzeitige Beteiligungsreferent Landesrat Klauser die Therme Radkersburg zu einem Zeitpunkt übernommen hat, als sie die Gemeinde naja in eine wirtschaftlich schlechte Lage gebracht hat. Und es war auch der Präsident Wegart, das sei unbestritten, der dafür interveniert hat, und ich kann Ihnen sagen aus meiner früheren beruflichen Praxis, ich war Aufsichtsratsvorsitzender der Therme Radkersburg, wir haben dieses Ausbauprogramm eingeleitet und Gott sei Dank, da bin ich mit Ihnen einer Meinung, hat es der Herr Landesrat Ressel finanziert. Wie Sie darauf kommen, Lorbeeren in diesem Zusammenhang über die Frau Landesrätin Klasnic auszuschütten, ist mir ein Rätsel, aber es sei Ihrer Loyalität Achtung gezollt.

Das Zweite ist der Herr Abgeordnete Majcen. Herr Abgeordneter Majcen, es gilt im wesentlichen das gleiche, nur mit einer besonderen Pikanterie. (Abg. Grillitsch: „Unsinnig!“) Lassen wir den Grillitsch ausreden. Was wolltest denn sagen? (Abg. Grillitsch: „Es ist unsinnig, wenn jemand, der in der Finanzabteilung gearbeitet hat, hier so etwas behauptet!“)

Lieber Fritz Grillitsch, es ist zwar schwer, dich zu verstehen, aber ich habe mitbekommen, daß du die Geschäftsverteilung der Landesregierung noch immer nicht mitbekommen hast.

Herr Abgeordneter Majcen, bei Loipersdorf liegt es natürlich gleich, daß der Herr Landesrat Klauser auch gemeinsam mit dem Herrn Präsidenten Wegart dieses Projekt ins Leben gerufen hat, und es ist leider schon eine sehr lange, aber sehr traurige Vergangenheit, daß es Ihr Herr Landeshauptmann Krainer war, der versucht hat, diesen Bau zu skandalisieren und ins Schlechte zu rücken. Sind wir froh, daß die Geschichte gut ausgegangen ist. Die Kollegen, die schon länger in diesem Haus sind, werden sich daran erinnern, wie der Herr Landeshauptmann das versucht hat. Gott sei Dank hat man sich gut genug für Ihre Region eingesetzt von seiten des Referates für Beteiligungen, und ich bin froh, daß es Ihnen jetzt deswegen auch so gut geht.

Aber zum Thema selbst. Die Politik und vor allem Sie, Frau Landesrätin, haben einen Schuldigen gefunden. Und es ist nämlich der ehemalige Geschäftsführer der Steiermark-Werbung. Sie wissen ja, worin seine Kompetenzen gelegen sind: Die lagen in der Vollziehung der Beschlüsse der Organe. Und die Organe haben sich offensichtlich in dieser Zeit darin geübt, entweder wegzuschauen oder die Angelegenheiten zu verschleppen, nur auf jeden Fall nicht zuständig zu sein. Und an der Spitze dieser Organe, liebe Frau Landesrätin, darum kommen wir nicht herum, sind Sie gesessen. Und der Effekt ist der, daß der Geschäftsführer entlassen wird und Sie nichts gehört und nichts gesehen haben. Das ist eine fast schon Tradition werdende Form der politischen Verantwortung in der Steiermark, vor allem von Ihrer Fraktion, und wir werden ja sehen, wie die Steirerinnen und Steirer dazu stehen. Man will offenbar überall das große Sagen haben, aber wenn es dann darum geht, für das die Verantwortung zu tragen, dann ist man natürlich nicht dabeigewesen. (Abg. Grillitsch: „Wenn du alles aus deiner beruflichen Tätigkeit in den letzten Jahren verantworten müßtest, wärst du auch ein armer Mensch!“) Fritz, was soll ich dazu sagen? Du disqualifizierst dich ja selber. Es wäre günstiger, wenn du die Zwischenrufe von dort machst, wo du herkommst. Bitte, achte ein bißchen auf die Würde des Hauses!

Es ist wohl diese Steiermark-Werbung ein typischer Fall einer Ausgliederung gewesen, wie man es nicht machen soll, nämlich formhalber bei einem Verein einen Geschäftsführer hinzustellen, der in Wirklichkeit keine gesellschaftsrechtliche Position eines Geschäftsführers hat. Er konnte nämlich nicht in Eigenverantwortung handeln, weil er nur die Beschlüsse der Organe zu vollziehen hatte, und auf der anderen Seite steht an der Spitze der Organe bei einer Ausgliederung, die entpolitisiert werden soll, die zuständige Politikerin und schafft in Wirklichkeit an, was er zu tun hat, oder soll das tun, was sie ja nicht immer gemacht

hat, oder sie unterläßt es, was sie sehr oft gemacht hat. Und das sind an sich Situationen, mit denen wir nicht mehr leben wollen und nicht mehr leben können. Und ich bin froh, daß wir jetzt auf die Ges. m. b. H.-Lösung eingestiegen sind. Ich muß sagen, damit kein Mißverständnis entsteht, ich maße mir nicht an zu sagen, daß es richtig gewesen wäre, den Herrn Pohl unbedingt in eine nächste Periode hineinzunehmen und ihn zu belassen. Aber ich bin für Chancengleichheit. Ich bin dafür, daß, wenn einer entlassen ist, dann auch die, die dafür verantwortlich sind und die die Aufsicht über ihn gehabt haben, auch ihre Verantwortung tragen. Denn sich dann einen geschäftsführenden Präsidenten zu holen, ist wohl billig. Und es ist sehr billig, auf der einen Seite einen 52jährigen zu haben, dessen Existenz kaputt ist, und selbst politisch zu avancieren und mit der Geschichte nichts mehr zu tun zu haben.

Und, meine Damen und Herren, diese Sache ist gerichtsanhängig. Das finde ich unappetitlich. Ich habe einmal gesagt, ich beneide Sie nicht darum, Frau Landesrätin. Und es ist nicht schön, mir wäre ein Vergleich, den Sie anstreben würden, sehr lieb, weil es dem Fremdenverkehr dienen würde, und es würde auch Ihrer und unser aller Reputation dienen. Nur eines muß uns klar sein, wenn das Gericht sagt, diese Entlassung sei nicht rechtmäßig gewesen, dann möchte ich schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß man dann auch wieder nicht die Verantwortung auf irgend einen Beamten abschieben kann, sondern ich nehme an, daß diese Entlassung im Einvernehmen mit Ihnen abgesprochen worden ist und daß auch Sie bereit sein werden, dafür die politische Verantwortung zu tragen. (Abg. Tasch: „Plakat Schachner: Versprochen – gehalten – siehe Rader!“)

Ich weiß, Kurtl, daß es dir weh tut. Ich habe gar nicht gewußt, daß du so intern aktuell bist in deinem Klub. Aber ich weiß schon, daß es euch weh tut, daß wir nicht unbedingt bei euren Packereien mittun, aber das ist dein Problem. Ich habe nicht gewußt, daß sich das bis Pürgg-Trautenfels herumgesprochen hat. Lieber Kurt Tasch, höre ein bißchen zu, dann ersparst du dir vielleicht einen blamablen Zwischenruf.

Frau Landesrätin, Sie sind mit Kompetenzen überhäuft worden seit der letzten Legislaturperiode. Und ich glaube, dieses Überhäufen mit Kompetenzen heißt nicht nur mehr Macht, es heißt auch mehr Verantwortung. Es heißt mehr Fleiß, und dieser Fleiß hört nicht damit auf, daß man an einem Neujahrstag arbeitsfähig ist, wie das für mich verständlich der Kollege Tasch sehr hoch schätzt, sondern das heißt, auch die Bereitschaft dafür zu tragen, daß man diese Kompetenzen wahrnimmt und, wenn etwas schief geht, auch dafür einsteht. Und es war heute sehr interessant zu bemerken, daß Sie das Schlußwort zur Debatte über die Landesausstellungen gehalten haben, das an sich dem Herrn Kulturreferenten, der nicht da war – sagen wir so –, zustehen würde.

Ich glaube, daß es grundsätzlich darum geht, Verantwortung in jenem Rahmen zu übernehmen, den man in der Lage ist, tatsächlich auszuüben, oder Kompetenzen abzugeben. Und ich glaube, das halte ich Ihnen ohne jeden Zynismus zugute, daß diese Fülle an Kompetenzen, die man Ihnen aufgehalst hat, in Wirklichkeit fast unbewältigbar ist. Und ich darf nur ganz kurz einen Ausblick in die Zukunft machen, es

wird ja in nicht allzu langer Ferne wieder einen Landesrechnungshofbericht geben in diesem Haus, der sich wieder mit Ihrem Ressort beschäftigen wird, bei dem wieder Sie natürlich den Antrag gestellt haben, das zu prüfen. Es wird sich um die Verkehrs-sachen, die wir in den Zeitungen gelesen haben, handeln. Und ich getraue mich schon jetzt alles wetten, daß die, die übrig bleiben, mit Sicherheit wieder die kleinen Beamten sein werden. Und das ist halt nicht gerade das, was wir unter politischer Verantwortung sehen.

Und Sie, Frau Landesrätin, haben die politische Verantwortung als Aufsichtsbehörde für die Tourismusverbände im Zusammenhang mit den Vorschreibungen für die neuen Gebühren und dergleichen, und es ist binnen kürzester Zeit zum Beispiel in Schladming schon eingetreten, daß im Beisein eines Ihrer Herren ein rechtswidriger Beschluß gefaßt wurde, der selbstverständlich nach sich ziehen kann, daß alle Vorschreibungen, wenn da Berufung kommt, zurückgezahlt werden müssen. Frau Landesrätin, ich mache Sie schon jetzt darauf aufmerksam, daß ich Ihnen diesen Fall schriftlich mitteilen werde, und ich werde von Ihnen erwarten, daß Sie in Ihrer politischen Verantwortung hier eingreifen, daß man nicht einfach durch Anwesenheit etwas sanktioniert, sondern daß man darauf schaut, daß etwas unter Sachkundigkeit und juridisch ordentlichen Vorgängen passiert. Und es war bereits im Rechnungshofbericht drinnen, daß es nicht günstig ist, wenn das Land oder Gebietskörperschaften oder Fremdenverkehrsverbände Reisebüros führen. Tatsache ist, daß wir jetzt froh sein müssen, daß wir dieses Reisebüro hergeben konnten, allerdings mit einer Verschuldung, die in die Millionen geht. Und es wird die Dachstein-Tauern-Region und damit alle ihre Gemeinden dazu verpflichtet werden, einiges an Geld da einzuzahlen. Es geht darum, daß man nicht immer nur beim Feiern dabei ist, sondern man muß auch dann dabei sein, wenn etwas schiefgeht. Man muß sich den Sachen stellen, einen Prüfungsantrag allein zu stellen, wenn es zu spät ist, kann wohl nicht genügen. Das ist nicht der Sinn politischer Verantwortung. Ich glaube, Sie sollten verhindern, daß es soweit kommt. Und ich muß ehrlich sagen, ich kann den Kollegen Vesko voll verstehen, daß es sehr sinnvoll wäre, Sie würden den Steirischen Tourismus entlasten. (Beifall bei der SPÖ. – 18.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Sepp Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (18.22 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Damen und Herren!

Mit großer Bestürzung habe ich gehört, mit welcher Qualifikation der Herr Klubobmann Vesko und der Kollege Vollmann den vorliegenden Rechnungshofbericht Nr. 33 bedacht haben.

Wenn hier das Wort polemisch gefallen ist, dann wundere ich mich sehr. Denn der Rechnungshofbericht sagt ja nur aus, mit welcher Unterstützung die Prüfer des Rechnungshofes durch den Geschäftsführer Herrn Pohl zu rechnen hatten. Und wenn hier wortwörtlich gesagt wird, daß der Herr Pohl zwar Zeit gehabt hat, viele Worte zu schreiben, die wenig Sinn hatten und die das Präsidium verwirrten, aber dem

Rechnungshof Kleinkariertheit vorgeworfen hat, wenn es darum ging, Rechnungen, Verträge, Unterlagen oder Preisvergleiche beizubringen, dann zeigt das schon ein Bild, wie kooperativ der Herr Pohl bei der Erstellung dieses Rechnungshofberichtes mitgewirkt hat. Es wird im Rechnungshofbericht ausdrücklich festgestellt, daß kein politischer Einfluß auf Prüfer beziehungsweise Berichtverfassung gegeben war und der Rechnungshof bestrebt war, ein objektives Bild von den Vorgängen in der Steiermark-Werbung zu geben. Daher ist unserer Meinung nach das Wort polemisch im Zusammenhang mit diesem Rechnungshofbericht auf das schärfste zurückzuweisen.

Wenn der Landesrechnungshof in weiten Seiten diesen Berichtes sich mit der Person Geschäftsführer Pohl beschäftigt, dann ist es wohl angebracht, aus dem Rechnungshofbericht diese Person etwas zu skizzieren. Ich glaube, vorausschicken müssen wir, wozu jemand einen Geschäftsführer oder in diesem Fall einen Topmanager der Touristikbranche engagiert. Nicht – wie es früher geheißt hat –, um Beschlüsse auszuführen, denn dazu – ohne es abwertend zu sagen – würde eine Sekretärin mit weit billigerem Gehalt auch genügen. (Abg. Dörflinger: „Das ist eine massive Kritik an der Frau Landesrat, weil du genau weißt, welche Rechte der Geschäftsführer dort gehabt hat!“) Paß auf, entschuldige, laß mich vielleicht ausreden, daß du begreifst, welche Gedankengänge in einer Privatwirtschaft üblich sind. Ich weiß, daß ihr auf der linken Seite manchmal Schwierigkeiten damit habt.

Aber eines ist klar: Ein Geschäftsführer wird angestellt, um eigenständig zu arbeiten und eigene Ideen zu verwirklichen, die das Präsidium in Leitlinien vorgibt. Fassen wir daher zusammen, wie diese Zeit der Geschäftsführung Pohl aussieht. Laut Rechnungshofbericht ist es Herrn Pohl gelungen, die Zahlungsunfähigkeit herbeizuführen.

Er hat kein Anfangsbudget erstellt, er hat überhaupt kein Budget erstellt oder nicht rechtzeitig vorgelegt, keinen Plan-Ist-Vergleich durchgeführt. Herr Pohl hat von Anfang an betriebswirtschaftliche Mängel gehabt und eine mangelnde Dienstaufsicht durchgeführt. Ich gebe zu – und das sagt auch der Rechnungshofbericht –, daß der Herr Pohl in Tourismusfragen sehr kompetent war, aber daß er in kaufmännischen Angelegenheiten nicht den Anforderungen entsprochen hat. Ich glaube, daß zeigt auch, wie Herr Pohl als Kaufmann agierte. Er legte keine Zwischenbilanzen vor, und so kam es zur typischen Überschuldung, denn wenn jemand mit einem 30-Millionen-Budget einen 50-Millionen-Voranschlag liefert, dann ist er kein guter Kaufmann. In der Privatwirtschaft würde es heißen, er arbeitet ausgleichs- oder konkursorientiert.

Weiters wird festgestellt, daß der Herr Pohl in der Führung seiner Mitarbeiter Mängel hatte, indem er ihnen einfach eine Lohnsteigerung zukommen ließ, die über das übliche Maß hinausging. In seiner Amtszeit hat sich die Lohnsumme nämlich zweieinhalbfach verdoppelt.

Nun, ich würde eines noch sagen: Von einem Geschäftsführer erwartet sich jeder, daß er ein Vorbild ist. Aber ein Vorbild ist man nicht, wenn man pro Tag 27 Stunden arbeitet, und das läßt sich aus der Über-

stundenrechnung des Herrn Pohl ableiten, denn im Mai und Juni hat er 416 Überstunden verrechnet, die mit den Zuschlägen 777 fiktive Stunden ausmachen. Bei zwölf Stunden Arbeitszeit täglich kommt man immerhin auf stolze 27 Tagesarbeitsstunden – ein sehr langer Tag.

Nun, interessant vielleicht war auch, daß der Herr Pohl als Geschäftsführer wenig Zeit für seine Mitarbeiter hatte, denn diese hatten nur eine Gesprächszeit von 0.30 bis 5.30 Uhr in der Früh. Ich könnte jetzt polemisch fragen, was in dieser Zeit besprochen wurde. (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege Ing. Kaufmann, ich bitte Sie zu beachten, daß Sie über jemanden reden, der sich in diesem Hause nicht verteidigen kann. Bitte daher die Würde des Hauses zu achten!“)

Ich nehme den Ordnungsruf zur Kenntnis. Es zeigt sich also – das rundet das Bild ab –, daß der Herr Geschäftsführer Pohl nicht jenen Anforderungen entsprochen hat, die die Frau Landesrat Klasnic bei der Bestellung von ihm erwartet hat und als welche er auch empfohlen wurde. Ich sagte ja schon, er wurde als Topmanager der Touristikbranche empfohlen. Und nun erhebt sich die Frage, warum wird eigentlich die SPÖ so nervös, wenn Frau Landesrat Klasnic handelt, wie es in einer Privatwirtschaft üblich ist? In einer Privatwirtschaft ist es üblich, daß man sich von einem Mitarbeiter, der nicht den Anforderungen entspricht, trennt. Nur im geschützten Bereich der verstaatlichten Industrie oder auch in anderen geschützten Bereichen ist es üblich – (Abg. Dörflinger: „Redest du über geschützte Bereiche?“) Herr Kollege Dörflinger. Ich zitiere Kollegen Schrittwieser, der in Müzzuschlag den Minister Klima gefragt hat, wann fährst endlich mit dem Sekira ab?

Was sollte das bedeuten? Im Bereich, den wir als geschützten Bereich bezeichnen, darf jeder erwarten, daß er, auch wenn er nicht den Anforderungen entspricht, nicht gekündigt oder entlassen wird. Nur in der Privatwirtschaft ist das üblich. Und Frau Landesrat hat so gehandelt, wie man es von einem verantwortungsbewußten Politiker erwartet und wie es in der Privatwirtschaft üblich ist. Sie hat gehandelt. Sie hat sich von Herrn Pohl getrennt.

Herr Kollege Dörflinger, ich frage mich nur, warum die Nervosität? Warum kreidet die SPÖ eigentlich einem Regierungsmitglied eine Handlung an, über die wir alle froh sein müßten? Vielleicht, weil die Frau Landesrat eine Frau ist und man einer Frau nicht diese Entscheidungsfreudigkeit zutraut?

Herr Kollege Vollmann, eines ist sicher. Ihr seid deshalb so nervös, weil einmal ein Regierungsmitglied gehandelt hat, und das wirft man der Frau Landesrat vor. Denn wenn ich mir das anhöre, Kollegin Bleckmann hat gesagt, sie hat zu spät gehandelt, Kollege Vesko hat gesagt, eigentlich wäre der Handlungsbedarf nicht gegeben gewesen. Im Vieraugenprinzip war ja ohnedies bereits ein Geschäftsführer beigelegt. Das Resümee daraus ist, daß Frau Landesrat Klasnic eigentlich richtig gehandelt hat. Wir sollten stolz darauf sein, daß wir in der Steiermark Regierungsmitglieder haben, die sich noch zu handeln getrauen, und sie nicht anschnitten, sondern sie unterstützen. Das wäre richtig. (Beifall bei der ÖVP. – 18.32 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (18.32 Uhr): Herr Präsident! Frau Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man die Debatte hier hört und eigentlich danach fragt, was wollen wir eigentlich erreichen, was ist unser Ziel? Ein florierender Optimismus, Ansehen der Parteien, der Politik? Aber in dieser Form, in dieser Diskussion werden wir beides sicher nicht erreichen. Ich distanziere mich von dem Stil und den Untergriffen, wie sie heute in dieser Debatte erfolgt sind. Es wird hier, ohne Urteile abzuwarten, davon gesprochen, wer schuld ist und wer unschuldig ist. Das ist nicht unsere Aufgabe. Und es kommt eines noch hinzu, all das, was wir heute besprechen, sind die Ereignisse vergangener Jahre, und wir müßten es eigentlich mehr darauf anlegen, in die Zukunft zu schauen und das zu tun, was die Wirtschaft und was der Tourismus brauchen. Kollege Vollmann, du sprichst vom Schuldenvortrag in Bilanzen. Das soll ja, glaube ich, anderswo auch vorkommen, und nicht nur in diesem Zusammenhang. Und vor allem zitierst du groß und breit Tausende Überstunden von Mitarbeitern dort. Die Mitarbeiter sagen mir, die Überstunden wurden aufgezeichnet, aber niemals verrechnet. Dann bekommt das ganze ein völlig anderes Bild. Du unterstellst Parteienfinanzierung in diesem Zusammenhang. Wenn das irgendjemand behauptet, wird man es wahrscheinlich ernster nehmen. Kollege Vollmann, wenn gerade du diesen Vorwurf erhebst, erscheint mir die Sache sehr bedenklich. Ich freue mich darüber, daß du aber das Tourismusgesetz hervorhebst, die Gemeinsamkeit unterstreichst, denn das scheint wirklich eine gemeinsame Leistung mit unserer Landesrätin an der Spitze gewesen zu sein. Du sprichst auch davon sehr lobend vom Entzug des parteipolitischen Einflusses. Darf ich sagen, bitte, Kollege Vollmann, wo ist es euch je gelungen, selbst die Freiheitlichen halten in jenen Passagen sich völlig still und ruhig, wo sie bereits ihre Schäfchen im Grünen haben. Gehen am nächsten Tag wieder an die Presse und sagen, Entzug des politischen Einflusses. Das glaubt uns ja niemand mehr, denn jeder Mensch, der eine politische Meinung einbringt, hat das Recht, diese zu vertreten. Und ich bin überzeugt davon, daß diese Österreicherinnen und Österreicher auch ein Verantwortungsbewußtsein haben, eine politische Entschlossenheit haben, diese Meinung vertreten, dies auch zu respektieren. Sollen die jetzt plötzlich in allen verantwortungsvollen Positionen farblos werden, Kollege Vollmann? Diese Frage darf ich auch des Stiles wegen an dich stellen.

Die andere Seite: Kollege Vesko, du sagst, diese Lobesworte, diese schönen Worte sind für dich nicht erträglich, sind nicht angebracht, machst eigentlich dem Redner einen Vorwurf daraus. Findest aber zum gleichen Zeitpunkt Lobesworte für den neuen Manager, den du vielleicht kennst. Ich weiß nicht, hoffentlich kennst du ihn. Wir alle kennen ihn nicht. Ich würde mir erlauben, ich warte auch mit dem Lob und mit der Kritik so lange, bis ich an der Arbeit ermessen kann, was ordentlich und nicht ordentlich war. Ich glaube, so kann man diese Polemik hier in diesem Zusammenhang wirklich nicht führen. Wenn

die Frau Kollegin Bléckmann meint, alles hätte man anders machen müssen, dann würde ich die Frage stellen, hoffentlich hat sie sich auch beworben als Tourismusmanagerin, weil wir könnten sicherlich auch ihre Bewerbung überprüfen und auch entsprechend berücksichtigen.

Laßt mich bitte eines noch ausführen, wo der Kollege Vollmann alles genau studiert hat, den Akt, etwas zu diesem Film „My Styria“. Das Land Steiermark hat im Feber 1990 den Auftrag gegeben, diesen Film herzustellen, das Land Steiermark hat bezahlt und der Steiermark-Werbung diesen Film zur Verfügung gestellt. Kosten - richtig - 2,6 Millionen Schilling plus Umsatzsteuer. Der Film wurde vom Land Steiermark bestellt, das bedeutet, die Steiermark-Werbung wurde für diesen Zweck mit keinem einzigen Schilling belastet. Die immer wieder von dir hervorgehobene Differenz von einer Million stellt lediglich aus haushaltstechnischen Gründen einen Durchlaufposten dar. Diese Mitteilung dürfte dir bekannt sein. Der Film hat auch eine so große Anerkennung gefunden, daß der Film in Berlin am 7. März 1993 mit dem ersten Preis „Goldener Kompaß“ ausgezeichnet wurde. So viel zur Richtigstellung, so viel zur Information. Und weil du so vieles ausgeführt hast, dann wundert es mich, daß gerade diese Sachen von dir unrichtig dargestellt wurden.

Und noch etwas laßt mich in diesem Zusammenhang in großer, tiefer Überzeugung sagen. Geben wir als Politiker dem Tourismus jenen Hinterhalt und jene Freiheit, die er braucht.

Höre weiter, Herr Kollege! Wir sind in dieser Sache - und das geht an die Adresse der Bundesebene - völlig säumig geworden, denn im Bereich der Jahres- und Saisonarbeitszeit konnte nichts geändert werden, kein Ausgleich erreicht werden. In diesem Zusammenhang nicht!

Zum anderen, Herr Kollege. Auch das gilt für die Steiermark und für die anderen Bundesländer. Die Staffelung von Schulferien, das wäre ein politisches Übereinkommen, ist scheinbar nicht möglich. Die Politiker haben das jedenfalls nicht durchgesetzt, bis zur Stunde ist es unterblieben. Und die Leute draußen, die dort investieren, die ihre Häuser ausbauen, die sich Gedanken machen, wie sie ihre Ausstattung finanzieren, wie sie das Geld aufbringen, wer noch alles mithaftet, damit das passieren kann, damit die Angebotspalette breit ist, die scheinen hier nicht erwähnt worden zu sein.

Sie verdienen die größte Achtung mit allen ihren Mitarbeitern, die dann Samstag und Sonntag und immer da sind, wenn es anderorts schon lange nicht mehr möglich ist, ordentlich zu arbeiten. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir reden über die Steiermark-Werbung!“)

Lieber Kollege Vesko, du kannst diese Diskussion auch so führen, daß du nur vom Schlechten redest. Ich wünsche dir weiterhin viel Glück und Erfolg mit dieser Negativpropaganda, aber das wird wahrscheinlich nicht aufgehen.

Und ich sage in diesem Zusammenhang eines, meine Damen und Herren, unser größtes Kapital sind der Fleiß der Menschen, die Geographie und die Geologie und auch die Bedeutung unserer Umwelt,

die Erhaltung unserer Landschaft, und werfen wir einen Blick in die Südsteiermark, was dort in der Landwirtschaft gelungen ist: Markenweine herzustellen, Anerkennung zu bekommen - (Abg. Vollmann: „Kein Wasser mehr vorhanden!“) Herr Kollege Vollmann - auch, daß man zu den Beschlüssen, die wir hier im Landtag fassen, Umsetzen des Öko-Programmes 2000, steirisches Abfallwirtschaftsgesetz, daß wir hier nicht nur beschließen, sondern daß wir auch draußen dazu hundertprozentig stehen.

Und, liebe Frau Landesrat, eines sei gesagt: Wir alle sind überzeugt davon, daß es deine Bemühungen waren, um Ordnung, damit wir in der Steiermark im Tourismus auch wieder für die Zukunft Erfolg haben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 18.42 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Dr. Maitz. (Abg. Gennaro: „Wenn nur Lobpreisungen erlaubt sind, lösen wir den Rechnungshof auf!“) Davon halte ich überhaupt nichts - nur um das klar zu sehen!

Abg. Dr. Maitz (18.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Allen, die heute, vor allem im Nachhinein, alles besser wissen und der Frau Landesrätin empfohlen haben, sich aus dem Tourismusressort zurückzuziehen, eine klare Antwort:

Die Frau Landesrat ist - und das scheint auch ein Grund zu sein für so manche Aufregung heute - ein ganz besonders erfolgreiches Regierungsmitglied, und Sie haben es zum Teil selbst in Ihren Beiträgen gesagt, die Neuordnung der Wirtschaftsförderung mit dem Wirtschaftsförderungsgesetz, die Neuordnung des Tourismus mit der Tourismusgesellschaft und dem Tourismusgesetz (Abg. Gennaro: „Purr hat es gesagt!“), die Durchsetzung des Verkehrsverbundes Großraum Graz und damit der Durchbruch für die weiteren Verkehrsverbände in der Steiermark sind nur drei Beispiele, verehrter Herr Kollege Vollmann, die Kompetenz, Zähigkeit und Einfühlungsvermögen zeigen. Und auch das Maß, was man politischen Partnern zumuten kann, um für das Land und für die Sache zu einem Erfolg zu kommen, das ist entscheidend! Und alles das hat Waltraud Klasnic in einem Maß bewiesen, das ihr erst irgendjemand nachmachen muß, bevor er hier von einem Rückzug redet. Sie ist eine Frau, die trotz der Härte des Alltages - und das scheint auch manchem nicht zu gefallen - ihr soziales Empfinden, das menschliche Maß nie verloren hat, und das wünsche ich auch so manchem, der heute hier gesprochen hat.

Und deshalb mögen sie die Leute im ganzen Land, und das dürfte auch der Grund sein - (Abg. Gennaro: „Wo ist bei einer Entlassung das soziale menschliche Empfinden?“) Das wird sich zum Schluß dann alles zeigen. Ihr habt ja heute die alten Hüte x-mal aufgestapelt. Im Schluß wird sich's zeigen, wo das menschliche Maß liegt.

Und auch als erste Frau in der Steiermark, die die Würde und Bürde einer Landeshauptmannstellvertreterin tragen wird, wird Frau Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic Wirtschaft, Tourismus und die Verkehrsagenden betreuen, und das ist ein

großes Glück für unser Land und für die Leute, die in diesem Land leben. Damit ist für mich das Wesentliche gesagt an dem heutigen Tag! Wir sind froh, daß wir Waltraud Klasnic haben! (Beifall bei der ÖVP. - 18.46 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Und sie ist nun am Wort. Bitte schön!

Landesrat Klasnic (18.46 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für diese Debatte, und ich freue mich darüber, daß ich selbst es gewesen bin, die im Kontroll-Ausschuß darum gebeten hat, es dem Haus zuzuleiten, es wäre auch ohnedies passiert, nachdem es ja mit bestimmten politischen Begleiterscheinungen sehr lange medial ausgesprochen wurde in den letzten Jahren. Und ich Ihnen aber leider sagen muß: Mit der Debatte hier hat es keine Ende, beide Verfahren sind noch im Gange, es werden im November die nächsten Gerichtstermine stattfinden. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich lasse mich auf keine Vorverurteilung in keinem Sinne ein, nicht für die eine und nicht für die andere Seite. Ich habe nicht geklagt, ich bin geklagt, der Verein ist geklagt, das Gericht wird urteilen, und ich verlasse mich auf einen objektiven und auf einen nicht politisch gesteuerten Richter, weil dort gibt es vielleicht noch diese Gerechtigkeit, ich verlasse mich darauf! Gleichzeitig - und ich sage noch etwas dazu - habe ich als verantwortliche Referentin damals dem Vorstand und dem Präsidium den Manager Herbert Pohl vorgeschlagen. Diese Verantwortung habe ich. Er wurde in dieser Vorstandssitzung einstimmig gewählt, weil wir Vertrauen auf sein Können und Vertrauen in die Referenzen gesetzt haben. Im Kontrollbericht und in beiden Kontrollberichten hat es einiges an Vorschlägen gegeben. Vieles ist enthalten, welches wir in die laufende Arbeit der Steiermark, sowohl in der Fremdenverkehrsabteilung, als auch in die neugegründete Tourismus Ges. m. b. H. einfließen haben lassen, was aufgenommen wurde und auch umgesetzt wird.

Und auch die heutige Debatte hat die eine oder andere Wortmeldung gehabt, wo ich glaube, daß wir darüber nachdenken sollten und daß man immer etwas besser machen kann. Dazu bekenne ich mich, das ist auch meine Aufgabe.

Der Landesrechnungshof hat es sich nicht leicht gemacht. Und wenn man die Stärke der Akten und auch den Bericht sieht oder gehört hat, wie er zustande gekommen ist, dann hat es sicher schon einfachere gegeben. Aber eines sage ich schon als verantwortlicher Referent: Es gibt viele Ressorts, und ich werde immer wieder, wenn es notwendig ist, den Landesrechnungshof ersuchen zu prüfen, und so wird es halt auch wieder Berichte geben. Ich möchte nur zum nächsten Bericht gleich vorgegriffen sagen: Mit dem Vorstand abgesprochen, weil man soll sich nicht über die Medien etwas vorwerfen lassen, wenn man dem vielleicht entgegen kann.

Zur Landesfremdenverkehrsabteilung möchte ich einiges sagen, aber ich soll es nicht verlängern, aber ich werde mir gestatten, den Damen und Herren Abgeordneten eine Auflistung zu geben, welche Arbeiten in der Abteilung geschehen. Es ist eine klar umrissene Aufgabenstellung, und es ist der Herr

Hofrat Hermann mit seinem Team unterwegs mit allen Mitarbeitern dort, mit großem Einsatz, mit langjähriger Erfahrung. Und daß das Gesetz so lange nicht zustande gekommen ist, war nicht die Schuld der Abteilung und bei den Beamten. Das war unsere Schuld, und ich bedanke mich noch einmal beim Hohen Haus, bei diesem Hohen Haus, das das Tourismusgesetz, bis auf einige Passagen, einstimmig beschlossen hat.

Wir haben auch den Verantwortlichen und vor allem den Bürgermeistern im ganzen Land ein Handbuch und eine Vorlage zum Steiermärkischen Tourismusgesetz zur Verfügung gestellt. Wie selten ein Gesetz so gut aufgearbeitet wurde, kann jeder nachschlagen. Daß es in der Landeshauptstadt Graz die eine oder andere Schwierigkeit gibt, hat auch mit der Größe zu tun und hat vor allem mit der Zeit der Fristen zu tun. Es gibt aber andere Städte, ich nenne Deutschlandsberg, weil es vorbildlich war, die haben nicht nur schon konstituiert, sondern auch eingezahlt. In diesem Fall habe ich jetzt eine andere Bezirksstadt genommen als Beispiel.

Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, welche Mittel wir auch immer verteilen, welche Budgetmittel einzelnen Organisationen, Gruppierungen und Menschen zugewiesen werden: Es sind immer Steuermittel, die von jedem einzelnen in diesem Land erbracht werden müssen. Und wir, die wir hier auf dieser Bank und in diesem Hause sitzen, haben die Möglichkeit zu gestalten, mitzuhelfen und mitzuentcheiden, wie diese Mittel eingesetzt werden, und ich stehe nicht an, und ich möchte das ganz, ganz deutlich sagen: Es ist die Wirtschaft dieses Landes, es sind die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Landwirtschaft und die Haushalte, gerade auch im Tourismus, die in ihrer Form, wie sie Gästen entgegenkommen, dafür sorgen, daß die Gäste gerne zu uns ins Land kommen, ob sie vom Ausland sind oder ob es Inlandsgäste sind, die wir sehr, sehr brauchen. Wir haben 2000 gewerbliche Tourismusbetriebe, wir haben im Urlaub am Bauernhof 1600 als Angebot, und wir haben im Privatzimmerbereich 2800 Betriebe.

Das sind Zahlen, wo man sagen kann, da stehen Menschen dahinter, die viel, viel mehr arbeiten, als wir uns manchmal vorstellen können, und die Tag und Nacht eigentlich ihr Bestes im Sinne des Tourismus geben. Wo ist unsere Aufgabe für die Zukunft? Und eine solche Debatte sehe ich auch als eine Aufgabe, daß ich Ihnen eine Antwort geben soll, was wird erwartet, was wird geschehen? Wir haben vorzubereiten, und es ist angesprochen worden, daß wir jenen Einsatz bringen und die Budgetmittel so eingesetzt werden, daß sie auch richtig verwendet werden. Jetzt sage ich schon eines sehr ehrlich dazu, seit diesem November 1991 hat die Geschäftsführung Peter Merlini. Wir kommen mit den 30 Millionen Schilling, die vom Landtag im Budget beschlossen sind, aus. Wir haben ordentliche Tourismuszahlen, und die Leistung in der Steiermark-Werbung war eine ganz großartige. Und wenn Sie den Kopf schütteln, wir kommen wirklich aus. (Abg. Vollmann: „Das hängt nicht von der Tourismus Ges. m. b. H. ab!“) Es hängt natürlich von der Steiermark-Werbung auch ab.

Ich erinnere mich, Herr Kollege Vollmann, voriges Jahr sind Sie da gestanden und haben gesagt, wie großartig die Prospekte sind und daß deshalb so viele

Gäste kommen. Aber es sind ja nicht nur die Prospekte, es muß ja dort viel, viel mehr gearbeitet werden. Es muß vor allem auch der Trend und die Tendenz für die Zukunft erkannt werden. Und auch das ist gelungen in dieser Zeit. Und wenn es jetzt nach einem einstimmigen Beschluß in der Regierung nach einem Hearing im Aufsichtsrat ab 1. Jänner - und damit sage ich dieses Datum - einen neuen Geschäftsführer geben wird, dann möchte ich es heute nicht versäumen, mich bei Peter Merlini zu bedanken, bei ihm und seinem Team, daß er in diesen Jahren, in dieser schweren Zeit innerlich zusammengehalten hat und gute Arbeit gemeinsam mit allen geleistet hat.

Nach außen war es nicht immer leicht und nicht immer angenehm. Dazu haben viele von uns einen Beitrag geleistet. Im Grunde genommen haben es uns aber die Gäste nicht angerechnet, sondern sie sind in die Steiermark gekommen. Und die Steiermark ist nach wie vor Gott sei Dank jenes Bundesland, das gute Zuwächse hat und wo man sagen kann, wir sind und bleiben nicht die Größten, aber wir gehören zu den Besten. Ich möchte Ihnen für die Steirische Tourismus Ges. m. b. H. ein bißchen den Ablauf sagen. Auch jener ist ein Wunsch gewesen, hier im Steiermärkischen Landtag, in der Regierung einstimmig beschlossen. Es wurde diese Tourismus Ges. m. b. H. gegründet. Sie besteht aus Vertretern aller drei Fraktionen, es sind drinnen zwei - ja, nicht Kopfschütteln -, sind drei bitte, es sind von den Fraktionen nominiert, lege Wert darauf, das Recht steht den in der Regierung sitzenden Parteien zu, es ist ein gutes Team, sie bemühen sich sehr, ganz einfach ist es nicht. Die konstituierende Aufsichtsratssitzung war im März. Es wurden inzwischen acht Aufsichtsratssitzungen abgehalten. Es hat dann dieses Hearing durch die Firma Hill gegeben. Es ist Klaus Schröter als jener Mann hervorgegangen, der zum Geschäftsführer bestellt werden soll. Dieser Beschluß wurde am 13. September 1993 gefaßt. Er wird am 1. Jänner 1994

seine Aufgabe übernehmen. Bis dorthin ist im Einvernehmen mit der Tourismus Ges. m. b. H. Peter Merlini gebeten worden, die Geschäfte zu führen. Und ich sage Ihnen, ich würde mir in vielen Bereichen einen solchen Übergang wünschen. Und es stimmt nicht, daß sich nichts verändert hat. Eines hat sich verändert. Wir haben gemeinsam ein Tourismusgesetz, wir haben eine organisatorische und finanzielle Ordnung in diesem Land. Das ist nicht mein Verdienst, das ist das Verdienst aller. Und ich glaube, wir sollten das umsetzen und dem steirischen Tourismus in diesem Sinne dienen.

Und weil der Herr Präsident Wegart angesprochen wurde, daß er eigentlich mitgeholfen hat und einer der Hauptverantwortlichen war für das Fundament, man ist immer nur ein Bauer im Fundament. Ich kann Ihnen sagen, die Tourismus Ges. m. b. H. gibt es. Sie soll das Dach sein. Aber damit unter diesem Dach und in den Wohnungen auch Leben herrscht, haben wir das Tourismusgesetz. Und es liegt an uns allen, das Beste daraus zu machen. Und ich würde Sie ersuchen, dabei zu helfen. (Beifall bei der ÖVP. - 18.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 694/1 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 695/1 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Ich danke Ihnen für die Diskussion. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.56 Uhr.)